

Sitzungsbericht

32. Sitzung der Tagung 2005/06 der XVI. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 23. Februar 2006

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 304).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 304).
3. Ltg. 583/A-8/16: Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Bildungs- und Forschungs-offensive in NÖ – Elite-Universität“.
Redner: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 306), Abg. Weiderbauer (Seite 309), Abg. Mag. Stiovicek (Seite 310), Abg. Mag. Heuras (Seite 312), Abg. Mag. Ram (Seite 314), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 315), Abg. Cerwenka (Seite 316), Abg. Friewald (Seite 319), Abg. Waldhäusl (Seite 320).
4. Ltg. 584/A-8/17: Antrag der Abgeordneten Thumpser u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“.
Redner: Abg. Thumpser (Seite 320), Abg. Mag. Riedl (Seite 323), Abg. Jahrmann (Seite 325), Abg. Mag. Kögler (Seite 326), Abg. Hiller (Seite 327), Abg. Mag. Riedl (Seite 329), Abg. Thumpser (Seite 330), Abg. Mag. Riedl (Seite 330), Abg. Findeis (Seite 330), Abg. Waldhäusl (Seite 331), Abg. Kernstock (Seite 333), Abg. Mag. Fasan (Seite 334), Abg. Präs. Sacher (Seite 337), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 338).
5. Ltg. 560/B-20: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2003 bis 2005.
Berichterstatterin: Abg. Adensamer (Seite 340).
Redner: Abg. Mag. Renner (Seite 340), Abg. Ing. Rennhofer (Seite 341).
Abstimmung (Seite 342).
(Einstimmig angenommen.)
6. Ltg. 554/R-3: Antrag des Bau-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976.
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 342).
Redner: Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 342), Abg. Waldhäusl (Seite 343), Abg. Mag. Fasan (Seite 344), Abg. Jahrmann (Seite 346), Abg. Grandl (Seite 346).
Abstimmung (Seite 348).
(Mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)

* * *

Präsident Mag. Freibauer (um 13.00 Uhr): Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung hat sich entschuldigt Herr Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch. Frau Landesrätin Kranzl wird etwas später eintreffen. Die Beschlussfähigkeit ist hiermit gegeben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche nun speziell den Herrn Abgeordneten Weiderbauer an: Herr Abgeordneter Weiderbauer, Sie haben anlässlich der Verhandlung der Aktuelle Stunde in der Landtagssitzung am 26. Jänner 2006 während der Rede Ihrer Fraktionskollegin Dr. Krismer-Huber ein Tablett zunächst zum Rednerpult und dann zum Platz des Abgeordneten Mag. Ram getragen. Wie mir erst nach der Sitzung bekannt wurde, haben sich auf dem Tablett Geldscheine, möglicherweise Spielgeld, befunden. Aus dem Zusammenhang mit dem Gegenstand der Verhandlung und mangels einer anderweitigen Erklärung dieses Verhaltens auf Grund der Erörterungen in der Präsidiale sehe ich in dieser Ihrer Vorgangsweise den Vorwurf eines zumindest unehrenhaften Verhaltens des Abgeordneten Mag. Ram, welcher nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung den Tatbestand des § 69 Abs. 5 verwirklicht. Ich erteile Ihnen, Herr Abgeordneter Weiderbauer, daher für dieses Verhalten in der Landtagssitzung am 26. Jänner 2006 gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung einen Ordnungsruf. Nach dieser Gesetzesstelle kann ein Ordnungsruf auch am Beginn der nächsten Sitzung ausgesprochen werden, was ich hiermit getan habe.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen: Dieser Vorfall zeigt erneut, dass der Landtag sich darüber im Klaren sein muss, wie sehr auch nicht verbale Äußerungen der Abgeordneten bei Landtagssitzungen beleidigende Äußerungen darstellen bzw. das Ansehen des Landtages schädigen können. Ich hoffe, dass sich alle Fraktionen sehr bald zu einer einvernehmlichen Auffassung über diese Problematik durchringen können.

Frau Abgeordnete Mag. Sylvia Kögler teilt mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 7. Februar 2006 mit, dass sie keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs. 1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Ver-

handlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

- Ltg. 581/P-5 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft – wird dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 582/S-5/28 - Vorlage der Landesregierung betreffend Errichtung des Bürogebäudes „Standort Niederösterreich der Wirtschaft“ in St. Pölten – Regierungsviertel – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 583/A-8/16 - Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuelle Stunde in der Landtagssitzung am 23.2.2006 zum Thema „Bildungs- und Forschungsoffensive in NÖ – Elite-Universität“.
- Ltg. 584/A-8/17 - Antrag der Abgeordneten Thumpser u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuelle Stunde in der Landtagssitzung am 23.2.2006 zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“.
- Ltg. 586/V-13 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Anfragen:

- Ltg. 569/A-4/119 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend unbekanntes Privatstiftung Pregebauer-Mörwald und Unvereinbarkeiten des Abg. Mag. Alfred Riedl.

Ltg. 570/A-4/120 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend Motion Lights Technology Systems GmbH.

Ltg. 571/A-4/121 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmannstellvertreterin Onodi betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 572/A-5/117 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrätin Kranzl betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 573/A-5/118 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 574/A-5/119 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrätin Mag. Mikl-Leitner betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 575/A-5/120 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Schabl betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 576/A-5/121 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Dipl.-Ing. Plank betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 577/A-5/122 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Mag. Sobotka betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 578/A-4/122 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend mögliche Zuschüttung des „Herzer Teiches“.

Ltg. 579/A-4/123 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend gewerberechtliche Genehmigung für die Befüllung eines Schotterteiches.

Ltg. 580/A-5/123 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landesrat Dipl.-Ing. Plank betreffend mögliche Zuschüttung des „Herzer Teiches“.

Ltg. 585/A-5/124 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrätin Kranzl betreffend „Projekt Trainingsraum“.

Anfragebeantwortungen:

Zu Ltg. 549/A-4/112 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu Ltg. 550/A-5/114 – von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank, zu Ltg. 552/1-4/114 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu Ltg. 553/A-4/115 – von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gabmann, zu Ltg. 555/A-5/115 – von Frau Landesrätin Kranzl, zu Ltg. 568/A-4/118 – von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Eingelangt sind zwei Anträge auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde. Den ersten Antrag gemäß § 40 LGO 2001 zur Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 23. Februar 2006 haben die Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Karner, Mag. Riedl, Friewald, Ing. Hofbauer und Mag. Heuras zum Thema „Bildungs- und Forschungsoffensive in NÖ - Elite-Universität“, Ltg. 583/A-8/16 eingebracht.

Gemäß § 40 Abs.4 LGO wird beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung:*) Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Den zweiten Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten Thumpser, Dworak, Findeis, Kernstock, Mag. Kögler, Präs. Sacher und Weninger gemäß § 40 LGO zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“, Ltg. 584/A-8/17 eingebracht.

Gemäß § 40 Abs.4 LGO wurde ebenfalls beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe auch diesen Antrag zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung:*) Danke. Gegenstimmen? Keine Gegenstimmen. Einstimmig angenommen! Die zweite Aktuelle Stunde wird unter Punkt 3 der Tagesordnung verhandelt.

Bevor wir in die Behandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 auch heute eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit der heutigen Sitzung setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidielle beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 200 Minuten ohne Aktuelle Stunden fest. Auf Grund des

zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 88 Minuten, der SPÖ 62 Minuten, den Grünen 30 Minuten und der FPÖ 20 Minuten zu.

Für die erste Aktuelle Stunde gilt gemäß dem zitierten Landtagsbeschluss bei der heutigen Sitzung folgende Verteilung der Redezeit: ÖVP 39,36 Minuten, wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzutreten, also insgesamt für die ÖVP 54,36 Minuten. Für die SPÖ 27,54 Minuten, für die Grünen 13,30 Minuten, für die FPÖ 9 Minuten.

Für die zweite Aktuelle Stunde gilt gemäß dem zitierten Landtagsbeschluss vom 15. Mai 2003 bei der heutigen Sitzung folgende Verteilung der Redezeit: ÖVP 39,36 Minuten, SPÖ 27,54 Minuten, wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzutreten, also insgesamt 42,54 Minuten für die SPÖ, 13,30 Minuten für die Grünen und 9 Minuten für die FPÖ.

Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingente fallen.

Wir kommen nun zur ersten Aktuellen Stunde, Ltg. 583/A-8/16. ich ersuche Herrn Abgeordneten Klubobmann Mag. Schneeberger, als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Meine geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Österreichische Volkspartei in diesem Haus hat den Antrag auf aktuelle Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Bildungs- und Forschungsinitiative in NÖ – Elite-Universität“ gestellt aus zwei Gründen. Zum Einen, weil es Not tut, einmal eine Bilanz zu ziehen über das Ergebnis einer über zehn Jahre andauernden Bildungs- und Wissenschaftsoffensive und Forschungsinitiative in unserem Bundesland. Und zum Zweiten, weil nunmehr die Chance gegeben ist für unser Bundesland, mit der Elite-Universität, wenn Sie so wollen, in den Olymp der Wissenschaften aufzusteigen.

Lassen Sie mich zu allererst Bilanz ziehen. Öffnen wir ohne Jalousien das Zeitfenster Niederösterreich und blicken wir zurück in das Jahr 1994. Niederösterreich, der tertiäre Bildungsbereich allein mit einer theologischen Fakultät vertreten.

Schließen wir das Fenster der 90er Jahre und blicken wir hinaus in das blau-gelbe Land, wie schaut heute nach 10 Jahren der tertiäre Bildungssektor aus? Meine Damen und Herren! Vor 10 Jahren keine Fachhochschule, keine Donau-Universität, kein IFA Tulln. Heute, 2006, zu Beginn des Jahres 2006, im Fachhochschulbereich 19 Fachhochschulstudiengänge. Die erste Fachhochschule Österreichs in Wr. Neustadt. Wir schreiben heute 4.640 Studentinnen und Studenten und im Fachhochschulbereich an die 400 hauptamtliche Mitarbeiter, die Nebenbeschäftigten nicht mitgerechnet.

Wir haben eine Donau-Universität mit 130 Lehrgängen und 3.200 Studentinnen und Studenten. Und 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben in Tulln im IFA 140 anerkannte Forscher tätig. Und wir haben im Forschungsbereich darüber hinaus die Technopole Wr. Neustadt, Krems und Tulln. Und wir haben das Jahrhundertprojekt der Forschung, wo wir über die Bundesgrenzen hinaus im ganzen Festkontinent Europas ein Alleinstellungsmerkmal mit dem Forschungsprojekt Med Austron aufweisen können.

In der Pipeline sind noch einige Projekte die in den nächsten Wochen und Monaten umgesetzt werden. Wenn ich an die Ausbildungsfrage im Fachhochschulbereich der medizinischen Ausbildung denke. Wenn ich an das Universitäts- und Forschungszentrum Tulln denke, das nunmehr bereits in Arbeit begriffen ist und mit 2009 an die 650 Arbeitsplätze zählen wird. Und wenn ich an die Aufwertung der Pädagogischen Akademie denke und nunmehr eine Pädagogische Hochschule in Baden definieren darf.

Wir haben sage und schreibe 138 Millionen Euro in den letzten 11 Jahren in diesem Land in den tertiären Bildungssektor investiert. Und wir werden weitere 188 Millionen Euro in diesen Bildungssektor investieren. Und der laufende Betrieb in den nächsten 20 Jahren wird nahezu 350 Millionen Euro kosten. In Summe, meine Damen und Herren, in Summe haben wir 550 Millionen Euro für die Bildungs- und Forschungsaktivitäten des Landes Niederösterreich entweder bereits investiert oder vorgesehen. Eine Bilanz, die kein anderes Bundesland, ich betone, kein anderes Bundesland, aufweisen kann! Eine Bilanz, die klar erkennen lässt, wo der Schwerpunkt der Politik in diesem Lande ist: In die Investition in die Jugend, in die Investition in die Bildung und damit in die Investition für qualitative Arbeitsplätze und eine Hebung des Standortes Niederösterreich auf europäische Qualität. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist die Bilanz. Eine wahrhaft stolze Bilanz auf die wir alle, die hier mitgewirkt haben, stolz sein können. Und jetzt zum zweiten Punkt warum wir der Meinung waren, diese Aktuelle Stunde zur Elite-Universität ist wichtig.

Lassen Sie mich, Hohes Haus, den Entscheidungsprozess für die Standortwahl hier in aller Kürze im Zeitraffer schildern. Den Anstoß zur Errichtung einer neuen Spitzenforschungseinrichtung in Österreich gab der Experimentalphysiker Univ. Prof. Dr. Zeilinger in einem Interview in der „Presse“ vom 7. Oktober 2004. Es folgte eine intensive Diskussion. Frau Bundesministerin Gehrler hat dieses Projekt und diesen Vorschlag sofort aufgenommen, hat ein wissenschaftliches Kernteam beauftragt, die Standortentscheidung und den Inhalt vorzubereiten und die Professoren Zeilinger, Schmidt und Schuster haben diese Tätigkeit aufgenommen.

Die Landeshauptleute von Oberösterreich, Steiermark, Wien und natürlich Niederösterreich haben sofort Interesse bekundet, hier den Standort für dieses Exzellenzinstitut zur Verfügung zu stellen unter den jeweiligen Rahmenbedingungen wie halt der Standort es möglich macht. Und die Entscheidung der Standortfrage wurde in einem Gutachten von Mc Kinsey, Berlin, dem Zentrum für Hochschulentwicklung Gütersloh, und dem Österreichischen Institut für Raumplanung eingeholt. Es waren vier Kategorien zu prüfen und zu bewerten. Das wissenschaftsbezogene Standortprofil, das generelle Standortprofil, das Finanzierungsangebot und das Immobilienangebot.

Und auf Grund dieser Profile gab es ein, wenn Sie so wollen, Kopf an Kopf-Rennen der Standorte St. Marx, Aspang und Klosterneuburg. Bei wissenschaftsbezogenem Profil war St. Marx eine Nasenlänge voraus, beim Immobilienangebot der Bewertung dieses Bereiches Aspang und Klosterneuburg war in die Kategorie „allgemeines Standortprofil“ und vom Finanzierungsangebot am besten bewertet. Und diese Bewertung wurde von allen, auch von den Wissenschaftlern die ich vorerst angeführt habe, unterschrieben und als richtig bezeichnet.

Was ist nun vorgesehen? Bevor ich dann auf nähere Details der anschließenden Diskussion eingehe: Was ist vorgesehen in diesem Exzellenzinstitut gemacht zu werden? Der Ministerratsbeschluss lautet, dass die Zielsetzungen dieses Instituts die Grundlagenforschung auf Spitzenniveau in Forschungsgebieten, die bisher in Österreich noch unerschlossen sind, zu etablieren. Herausragende Arbeitsbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten für exzellente Forscherinnen und Forscher anzu-

bieten. Als Teil einer umfassenden Exzellenzstrategie in Österreich, in Vernetzung mit den Exzellenzcentren anderer wissenschaftlicher Einrichtungen einen wesentlichen An Schub für das gesamte Wissenschaftssystem in Österreich zu bringen. Und einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Steigerung der Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Österreich zu leisten und damit die Umkehrung des Brain train in einen Brain again zu bewirken.

Hohes Haus! Damit nehmen wir aber auch am österreichischen, am europäischen Wissenschaftsmarkt einen ganz speziellen Raum ein. Denn mit den Lissabon-Beschlüssen ist es ja das Ziel Europas gegenüber allen anderen Kontingenten und Wirtschaftsmächten gerade im Bereich der Forschung und Wissenschaft ebenbürtig aufzutreten und das Ziel von 3 Prozent des BIP überall zu erreichen. Das heißt, wir haben auf Grund der Initiative von Bundesministerin Gehrler die Chance, die Elite-Uni in Niederösterreich für Österreich, für Europa umzusetzen.

Und jetzt lassen Sie mich kurz ein Wort zur Frau Bundesministerin Gehrler finden. Und zwar im Zusammenhang mit so manchen anti-niederösterreichischen Tönen niederösterreichischer Politiker. Die Tirolerin Gehrler, in ihrer Amtsperiode fällt erstens die Entscheidung Fachhochschulstudien in Österreich zu etablieren. Zweitens: In ihre Amtsperiode fällt das Gesetz für die Donau-Universität. In ihre Amtsperiode fällt die Erhebung der pädagogischen Akademien zu pädagogischen Hochschulen. In ihre Amtsperiode fällt die Entscheidung Med Austron in Niederösterreich. Und in ihre Amtsperiode fällt Elite-Universität in Niederösterreich. Danke, Frau Bundesministerin! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt zu den Reaktionen auf politischer Ebene. Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es für einen Kabarettabend abendfüllend. *(Abg. Weninger: Na, da bin ich bei dir!)* Kollege Cerwenka, du schüttelst den Kopf. Ihr habt mit dazu beigetragen! Eure Repräsentanten haben dazu beigetragen, dass dieses Zukunftsprojekt, das Niederösterreich in eine Topsituation europäischer Wissenschafts- und Forschungslandschaft bringen kann, mies zu machen. Ihr habt mit eurem Nationalrat Broukal Niederösterreich, niederösterreichische Einrichtungen, niederösterreichische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht gemacht in einer beschämenden Art und Weise! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Präs. Sacher: Dagegen verwahre ich mich!)*

Herr Präsident Sacher! Wenn es hier heißt: „Gugging ist die zweitklassigste Lösung“, Josef

Broukal, 6. Februar 2006. „Eine rein parteipolitisch motivierte Entscheidung“, Broukal 2. Februar 2006. Und jetzt kommt das Beschämendste: „In den Jahren 1943 bis 1945 sind in Gugging 600 PatientInnen durch wilde Euthanasie des Anstaltsleiters ermordet worden.“ Meine Damen und Herren, diese Aussagen disqualifizieren einen Politiker und sind beschämend für das was hier ausgesagt wurde!

Gehen Sie davon aus, dass viele Standorte, nicht nur in Österreich, eine unrühmliche Geschichte haben. Gehen Sie davon aus, dass es unsere Aufgabe ist, nicht in der unrühmlichen Geschichte zu wühlen, sondern die Wunden zu heilen und daraus was Gutes zu machen. Und allein die letzten Jahre in Maria Gugging haben vielen Menschen wieder menschenwürdige Möglichkeiten geschaffen. Das ist die Antwort auf Aussagen, die sich selbst disqualifizieren, eines Josef Broukal. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Waldhäusl: Die Zeit ist um!)*

Wenn ich schon bei der SPÖ bin ... Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sitzen lange genug in diesem Haus um zu wissen, dass es ein gesamtes Zeitkontingent gibt und daher bin ich noch immer in der Zeit, auch wenn es Ihnen nicht Recht ist. *(Abg. Mag. Fasan: Zur Geschäftsordnung! Stimmt ja gar nicht!)*

Lassen Sie mich in dieser Frage auch noch zu Ihren Kollegen ...

Präsident Mag. Freibauer: In diesem Fall gilt der Beschluss des Landtages über die Redezeitkontingentierungen. Das war schon ein- oder zweimal hier der Fall dass Sie das angefochten haben. Es muss von Ihnen ein Missverständnis sein. Der Herr Klubobmann verfügt über das ganze Zeitkontingent der ÖVP und so ist es. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die gleiche Regelung wurde auch für jede andere Fraktion angewendet. Hat noch nichts anderes gegeben.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Ich kann Sie beruhigen: Ich werde das gesamte Zeitkontingent nicht verwenden, obwohl es eine Herausforderung wäre.

Hohes Haus! Lassen Sie mich fortsetzen was die Art und Weise anlangt, wie Repräsentanten der SPÖ Niederösterreich diese Entscheidung und damit dieses Land Niederösterreich diskreditieren. Niemand geringerer als Ihr Spitzenkandidat Dr. Gusenbauer hat kundgetan, dass diese Entscheidung zurückgenommen wird und neuerlich aufgerollt werden wird. Eine für mich unverständliche und

für mich überhaupt nicht vertretbare Argumentation und Haltung eines niederösterreichischen Politikers! Und was tut die SPÖ Niederösterreich? Sie hat zwar ein Inserat geschaltet. Liebe Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi, ich hätte erwartet, dass dieses Inserat heißt: Dr. Gusenbauer, Hände weg von der Elite-Uni in Klosterneuburg! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo ist der Aufschrei der SPÖ, die Niederösterreich-minded sein will. Wo ist dieser? Im Gegenteil: Sie verschanzen sich hinter bundespolitischen Aussagen statt einmal klar bekennen, wir sind blau-gelb, wir wollen all diese Einrichtungen in Niederösterreich! Sie haben weder Verhandlungen geführt, noch einen Finger gerührt für diese Elite-Universität. Nur, jetzt sich nicht hinter diese Entscheidung zu stellen heißt, Niederösterreich den Rücken zu kehren. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Präs. Sacher: Das ist stark!)*

Danke! Wenn es stark ist, freut es mich, Kollege Sacher.

Eine Bemerkung noch zur Argumentation: Meine Damen und Herren! Da spricht wirklich der Blinde von der Farbe wenn darüber argumentiert wird, dass das unbedingt in Wien sein muss. Klosterneuburg, so weit weg von der Bundeshauptstadt, von einer Millionen Einwohner großen Stadt. Ich würde Ihnen raten, Ihren Abgeordneten-Ausflug einmal step by step von einer Elite-Uni zur anderen im europäischen und amerikanischen Raum zu planen. Dann erkennen Sie, dass gerade dieser Standort all jenen gleicht, die auf europäischer und amerikanischer Ebene vorhanden sind. Nehmen Sie Oxford, nehmen Sie Cambridge, nehmen Sie Stanford, nehmen Sie das Weizmann-Institut, nehmen Sie Harvard. Alle diese Elite-Universitäten von höchstem Rang und Anerkennung sind nicht in einer Millionenstadt, sind mehr als eine Stunde mindestens davon entfernt. Und wir haben die Chance und die Möglichkeit, einen Standort anzubieten, der kaum einen Steinwurf von einer Millionenstadt weg ist und gleichzeitig hervorragende Bedingungen bietet um eben Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu überzeugen, dass es hier es wert ist, sich positiv einzubringen. Um eben der Jugend in diesem Lande, und speziell der Jugend in Niederösterreich zu zeigen, wir wollen hier Wissenschaft von höchster Qualität bieten, in einem Ambiente, das mit jedem anderen Standort gleich gestellt werden kann und sich messen kann.

Das ist die Aufgabe, die wir einer Elite-Universität unterwerfen und daher ist der Standort Klosterneuburg Maria Gugging ein optimaler Standort. Und ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann, dass er sich ganz massiv einge-

setzt hat, dass diese Entscheidung, basierend auf sachlichen Argumenten, so entschieden wurde, wie sie entschieden wurde, nämlich blau-gelb! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. MMag. Dr. Petrovic: Tief schwarz!*)

Und zum Abschluss eine Einladung: Ich verstehe schon. Parteipolitik ist das eine, blau-gelbe Politik das andere. Wir haben erst einen Strauß ausgefochten, wir haben mit blau-gelb gewonnen. Frau Petrovic, Sie können sich am runden Tisch so manche Beule holen an den Ecken, wir nicht. (*Abg. Dr. Krismer-Huber: Seit wann hat ein runder Tisch Ecken?*)

Diese Aufforderung habe ich an Sie: Kommen Sie, steigen Sie ein in den Zug Elite-Universität blau-gelb, und die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher werden es Ihnen danken. Und die Jugend Niederösterreichs hat einen neuen Horizont, ein Jahrhundertprojekt, von dem wir sagen können, Niederösterreich ist wieder top in Europa. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Freibauer: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wir empfinden es wirklich als sehr positiv, dass es diese Aktuelle Stunde heute gibt. Aus zwei Gründen: Einerseits haben wir uns die Mühe erspart, auf Unterschriftensuche zu gehen, die leider notwendig ist für den Landtagsklub der Grünen, die keine eigene Aktuelle Stunde einberufen dürfen. Und zweitens ist es auf Grund der spärlichen Zeit ... (*Abg. Präs. Ing. Penz: Dürfen täten sie schon, nur können sie nicht!*) Aus demokratiepolitisch defizitären Gründen nicht können. Sie haben völlig Recht, Herr Präsident. (*LH Dr. Pröll: Demokratie verlangt bestimmte Mehrheiten!*)

Und der zweite Grund, dass bei so einer spärlichen Tagesordnung über sehr hoch brisante Themen diskutiert wird, empfinden wir als sehr angenehm und positiv. Ich stehe auch nicht an, oder der grüne Klub steht nicht an, die Leistungen, die im tertiären Bildungsbereich hier in Niederösterreich stattgefunden haben zu würdigen. Das ist so, das muss man neidlos anerkennen. Und wir sind auch durchaus positiv der Standortentscheidung gegenüber eingestellt. Wir freuen uns, dass der Standort in Niederösterreich ist. Wir verstehen den Jubel der Klosterneuburger und Klosterneuburgerinnen,

selbstverständlich. Es ist eine tolle Sache für Klosterneuburg. Es wird sich hier sehr viel entwickeln können. Vielleicht, wenn alles so funktioniert wie es geplant ist, aber über die Pläne wissen wir noch nicht sehr viel Bescheid. Und da frage ich mich jetzt, hat die ÖVP, meine Damen und Herren, die Kontrolle noch über die Eigendynamik die diese Entscheidungen mittlerweile erlangt haben? Da bin ich mir nicht mehr ganz so sicher. Und entspricht das dem Qualitätsmanagement der ÖVP, seriensweise renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu verjagen und nicht einzuladen und gemeinsam dieses wirklich interessante und ganz wichtige Thema durchzuziehen?

Und wenn das dann so läuft, dass kritische Fragen der Opposition als feindliche Aktion gegenüber dem Land Niederösterreich und als Landesverrat hingestellt werden, dann frage ich mich wirklich, ob das die feine Art ist. (*LHStv. Gabmann: Seid doch froh, bitte!*)

Der Herr Klubobmann Schneeberger hat das ja sehr staatstragend formuliert. Es gibt andere Persönlichkeiten innerhalb der ÖVP, die das auf etwas niedrigerem Niveau durchziehen. Lieber Gerhard, lieber Kollege Karner, das schaut bei dir schon wieder ganz anders aus. Ich frage mich ja wirklich, warum solche Dinge, die du von dir gibst, überhaupt noch publiziert werden in Niederösterreich und der Bevölkerung zugemutet werden. Also das ist eigentlich ein Skandal. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich will mich gar nicht so sehr auf die Standortfrage einlassen, das ist scheinbar geklärt so, machen wir das Beste daraus. Aber es geht um andere Dinge. Ich schließe mich hier an den Präsidenten der Wirtschaftskammer an, der ja auch eine gewisse Stellung innerhalb der ÖVP hat. Der davon spricht, na ja, ein verpatzter Start kann ja unter Umständen noch zum Ziel führen. Also dass der Start verpatzt war, das steht, glaube ich, außer Zweifel. Er meint weiters, zuerst sollte man die Software überprüfen und dann zur Hardware schreiten. Auch dem können wir uns sehr gerne anschließen.

Ich halte die Aussage, „die Bagger werden auffahren und im September steht das erste Bürogebäude“ für relativ kühn, meine Damen und Herren. Das erinnert mich an einen Häuslbauer, dem der Architekt abhanden gekommen ist. Und andere Architekten sagen dann, bitte, baut das nicht so, setzt euch doch noch einmal zusammen und überlegt die ganze Angelegenheit. (*Beifall bei den Grünen. – LHStv. Gabmann: Peinlich!*)

Unser Interesse gilt sicher nicht dem politischen Hick-Hack das sich im Moment zwischen ÖVP und SPÖ abspielt. Da können wir uns erste Reihe fußfrei zurücklehnen. Unser Interesse gilt etlichen Fragen, meine Damen und Herren. Wie schaut es mit der Konzeption aus, mit dieser Elite-Uni überhaupt? Der Kollege Schneeberger hat das jetzt sehr allgemein formuliert. Aber in welchen Bereichen soll jetzt wirklich dezidiert geforscht werden? Wer sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? Wer wird das Institut leiten? Wie schauts mit der Verkehrsproblematik in Korneuburg aus? Wie schaut die Situation der psychisch kranken Menschen und deren geplante Verlegung aus? Ich glaube, das sollte man sich auch genau anschauen.

Herr Landesrat Sobotka, ich weiß, dass seit dem Jahre 2000 dieses Projekt auf Schiene ist. Aber man steht jetzt unheimlich unter Zeitdruck, denn es sind ja Nationalratswahlen im Herbst und jetzt muss dort was stehen und man muss die Leute weg bringen. Man bringt sie nach Baden wo dieses Institut noch gar nicht fertig sein wird. Man sagt, sie kommen in Container und nennt das „mobile Krankenzimmer“. Ist das ein feiner Umgang mit psychisch kranken Menschen? Ist das die richtige Ambiente für Sie? Ich kann mir das nicht vorstellen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Also: Es gibt eine Menge ungelöster Fragen und wir würden sehr darauf drängen, dass ein Großteil dieser Fragen rechtzeitig gelöst wird. Aber vielleicht geht es uns so wie beim Mobilfunkpakt: Dass heute in der Nacht verhandelt wird und morgen haben wir dann einen Wissenschaftspakt und wissen, wie es hier lang gehen soll.

Die Finanzen sind auch schon angesprochen worden. Nach unseren Informationen sollen insgesamt für dieses Projekt 1,2 Milliarden Euro aufgebracht werden. Nicht vom Land Niederösterreich, sondern insgesamt. Jetzt meine ich, hat das Land großen Erklärungsbedarf auch seinen Bürgerinnen gegenüber, wenn so viel Geld in die Hand genommen wird, auch der Bund und das Land: Was ist der Grund für so eine Spitzeninstitution? *(LHStv. Gabmann: Das wissen Sie nicht?)*

Wenn auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, - und weil zuerst angeschnitten wurde, die Bildungsministerin hat das und das gebracht in diesen zehn Jahren. Sie hat uns noch einige Dinge gebracht: Sie hat uns keinen freien Studienzugang gebracht. Sie hat Kürzungen im Bildungsbudget gebracht. Und wenn man sich die Unis, die bestehenden, anschaut in Österreich, glaube ich nicht, dass man damit sehr zufrieden sein kann. Also

auch das hat uns die Bildungsministerin gebracht und das haben Sie aber jetzt verschwiegen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich meine, zu dieser Thematik passt gut das Schlagwort „Speed kills“, das uns ja diese Regierung sehr oft bewiesen hat. Ich meine jetzt die Bundesregierung. Es werden überhastet Gesetze beschlossen die dann wieder zurückgenommen werden müssen. Und auch hier scheint es mir so, unter dem Druck der Nationalratswahlen, jetzt müssen wir sofort was machen und müssen was hinstellen, egal was dann dabei heraus kommt. Das muss jetzt passieren. Und ich wünsche mir nicht für Niederösterreich und auch nicht für die Klosterneuburgerinnen dass es sich hier um einen veritablen Bauchfleck handeln wird. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stiwicek.

Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ): Werte Präsidenten! Werte Mitglieder der Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Bildung hatte und hat gerade in unserer Bewegung einen besonders hohen Stellenwert. Und zwar von der Basis in den Kindergärten und Volksschulen bis hin zur Aus- und Weiterbildung im universitären Bereich. Daher hat auch die SPÖ Niederösterreich die Schaffung neuer Bildungseinrichtungen in unserem Bundesland, auch und gerade im tertiären Sektor immer mit ganzer Kraft unterstützt. Sei es nun die Donau-Universität in Krems, der Campus Krems, das Universitäts- und Forschungszentrum Tulln, das Med Austron-Projekt in Wr. Neustadt oder seien es die Fachhochschulen. Wir haben uns immer klar dazu bekannt und alle Beschlüsse hier im NÖ Landtag mitgetragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch die Spitzen-Uni in Gugging haben wir begrüßt und öffentlich bereits am 2. Februar, also am Tag der Bekanntgabe der Entscheidung durch die Frau Minister, unseren Standpunkt kundgetan. Ich zitiere aus unserer Presseaussendung: Dass nun das niederösterreichische Gugging als Standort für die geplante Elite-Uni fixiert ist, ist sicher ein positives Signal für den Bildungsstandort Niederösterreich.

Es ist mir daher schleierhaft, warum sie sich sogar in Inseraten, die übrigens ohne jedes Sachargument auskommen, also rein parteipolitisch waren, fragen, was tut die SPÖ Niederösterreich.

Nun, die SPÖ Niederösterreich freut sich auf eine Spitzen-Uni in unserem Bundesland und versucht mit Sachargumenten für den Standort zu werben.

Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, dass die Kritik am Standort Gugging ja zu allererst und in erster Linie von Wissenschaftlern gekommen ist. *(LH Dr. Pröll: Der zuerst unterschrieben hat!)*

Überhastet, undurchdacht, konzeptlos hieß es vielfach. Der Initiator der Spitzenuni Anton Zeilinger meinte: Ich kann mir schwer vorstellen, dass das Projekt ohne Akzeptanz und Unterstützung der internationalen Scientific Community eine Chance hat. *(LH Dr. Pröll: Rufen Sie ihn an ob seine Unterschrift gefälscht ist!)*

Und der Spitzenforscher Benninger meinte, Wien wäre der optimale Standort gewesen und nicht das von Bildungsministerin Gehrler ausgewählte Areal der NÖ Nervenheilanstalt auf dass ihr nicht einmal die Projektinitiatoren Zeilinger, Schmidt und Schuster folgen wollten.

Helga Kromp-Kolb, Wissenschaftlerin das Jahres 2005, meinte im „Kurier“: Mit Geld allein kann man Exzellenz nicht aus dem Boden stampfen. Und der Präsident der österreichischen Akademie der Wissenschaften nannte Gugging, ich zitiere wieder, ... eine politische Entscheidung, die auf Grund von Koordinaten getroffen wurde, die ich nicht kenne. *(LH Dr. Pröll: Der ehemalige Präsident! Der ehemalige!)*

Aber nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus ihren eigenen Reihen gab es Kritiker. So etwa der Wirtschaftskammerboss Christoph Leitl, ich zitiere auch hier: Wenn es nicht einmal gelingt, die Initiatoren mitzunehmen, dann ist da irgend etwas schief gelaufen. Ein Gebäude ohne Spiritus Rektor ist keine Lösung.

Und da nützt es auch nichts, wenn Sie sich in Wahlkampfmanier auf unseren Bundesvorsitzenden einschließen. Denn was ist Ihre Absicht? Sie wollen aus einer bildungspolitischen Jahrhundertentscheidung für Österreich, für Niederösterreich, eine parteipolitische Sache gegen unseren Vorsitzenden machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er wird von Ihnen offenbar bewusst völlig missverstanden. Er hat lediglich eine andere Vorgangsweise und dafür plädiert, dass die Argumente der Wissenschaftler ernst zu nehmen sind. Meine Damen und Herren! Hand aufs Herz. So eine wichtige Entscheidung über eine Spitzenuni muss doch

im Einverständnis zwischen Wissenschaft und Politik erfolgen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Offenbar wollen Sie nicht sehen, dass die Kritik vornehmlich aus der Wissenschaft kommt. Die Wissenschaftler orten durchaus feinfühlig eine politische Motivation dahinter. Und Sie wollen nicht wahr haben, dass die Kritik auch aus Ihren eigenen Reihen kommt. Und Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die SPÖ Niederösterreich eine Spitzenuni in unserem Bundesland ausdrücklich begrüßt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Uns schon, aber offenbar nicht allen politischen Entscheidungsträgern ist auch vollkommen klar, dass wichtige niederösterreichische Bildungseinrichtungen und das Schulsystem überhaupt auch weiterhin Förderung und finanzielle Unterstützung benötigen. Inzwischen geht ja die Angst im Lande um, woher denn die 180 Millionen Euro für die neue Spitzenuniversität Gugging kommen soll. Wird man diese riesige Geldsumme drucken oder doch ein paar Millionen da und ein paar Millionen dort, von den bestehenden Universitäten, von den Fachhochschulen, von den Höheren Schulen abzwicken?

Ich kann auf jeden Fall über Versäumnisse einer Bildungsministerin, die ja seit Monaten offenbar nur mehr damit beschäftigt ist, einem überforderten Museumsdirektor die Mauer zu machen, aus meinem Bezirk berichten. Das St. Pöltener Bundesschulzentrum HAK/HTL platzt seit Jahren aus allen Nähten. Unterrichtet wird in Kellern, Dachböden und Putzkammerln. Der geplante BORG/L im Neubau, ein Sportgymnasium, steht in den Sternen. Er ist möglicherweise auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Und mit dem Fachhochschulneubau wird die Stadt vom Bund alleine gelassen. *(LR Mag. Sobotka: Das macht die BIG! Das wissen Sie! Da müssen Sie bei der BIG intervenieren! Sich einsetzen!)*

Für die Sanierung der HLW St. Pölten musste die Stadt für den Bund Vorfinanzierungen tätigen. Die übrigen Mittelschulen in unserer Stadt sind veraltet, es ist keine Besserung in Sicht. So sieht es leider aus. *(LR Mag. Sobotka: Da müsste man was arbeiten! Intervenieren! Arbeiten muss man lernen! Das lernt man nicht bei der Eisenbahn!)*

Im Pflichtschulbereich wird auf Teufel komm'raus gespart, gekürzt und gestrichen. Oder sehen Sie sich das Desaster der Zugangsbeschränkungen auch für Studenten aus Niederösterreich an! Angehts all dieser Versäumnisse wäre es höchst an

der Zeit für ein Bildungs- und Technologiekonzept in unserem Land. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Auf jeden Fall kann von einer angeblichen Niederösterreichfeindlichkeit, wie sie uns in bezahlten Inseraten in absurder Weise unterstellt wird, in Inseraten - weil so eine Nonsense würde ja kein Redakteur drucken - nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil! *(LR Mag. Sobotka: Kandidiert der Gusenbauer im Burgenland oder in Niederösterreich?)*

Für uns Sozialdemokraten kommt Niederösterreich zuerst! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir sind besorgt um Arbeitsplätze, um das Bildungs- und Gesundheitssystem, über zahlreiche ungelöste Verkehrsprobleme und vieles andere in Niederösterreich.

Daher sind uns auch viele Maßnahmen zu wenig. Wir fordern, dass in all diesen Bereichen mehr geschieht. Und das ist, so glaube ich auch, durchaus legitim und gerechtfertigt. Bei einer Rekordarbeitslosigkeit, bei galoppierenden Gesundheitsausgaben, die zunehmend auch die Patienten, auch die sozial Schwachen schlucken müssen. Und bei einem Bildungssystem, dem finanziell die Luft auszugehen droht.

Meiner Rede kurzer Sinn: Wir Sozialdemokraten stehen zu Niederösterreich! Wir stehen zur Spitzen-Uni in Gugging! Wir stehen zu den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern! Und, meine Damen und Herren von der ÖVP: Zwischen die Menschen und uns werden Sie nicht einmal das Blatt Papier schieben können auf dem Ihre Inserate gedruckt sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren der Landesregierung! Hohes Haus!

Das Land Niederösterreich hat viele Attribute. Es ist als Familienland anerkannt international. Es ist ein international anerkanntes Kulturland. Es ist ein Tourismusland, es ist ein Wirtschaftsland, ein Standort, international anerkannt, und es ist seit einigen Jahren auch ein Land der Technologie, der Wissenschaft, der hohen Bildung und der Forschung. Dank einer zehnjährigen Initiative, federführend getragen von unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, hat sich dieses Land international im Bereich der Wissenschaft, der tertiären Bildung und der Forschung einen Namen gemacht und den Standort dieses Bundeslandes in-

ternational aufgewertet und gehoben. Das ist eine Erfolgsgeschichte!

Klubobmann Mag. Schneeberger hat es in großen Zügen skizziert. Die großen Erfolge mit der Donau-Universität, übrigens damals auch nicht von allen so uneingeschränkt als die große Erfolgsgeschichte gesehen. Heute ist es ein sensationeller Erfolg. Oder auch die Einrichtungen, gemeinsam mit der BOKU in Tulln und vor allem auch die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen.

Die Fachhochschulen, die 1994 begonnen haben mit 230 Studenten. Bereits fünf Jahre später 2.125 Studierende und weitere vier Jahre später 4.640 mit dem Ziel, in weiteren vier, fünf Jahren bei 6.000 zu sein. Das ist eine enorm steile Kurve. Das ist ein Sprung im Bereich der tertiären Bildung in Niederösterreich! Und was das Herausragende dabei auch ist, das ist die Idee, dieses Fachhochschulennetz sehr dezentral über Niederösterreich zu legen. Nicht zentrale Lösungen nur zu suchen, sondern die Standorte und die Wirtschaftsstandorte auch draußen in der Region aufzuwerten, durch das Ansiedeln von diversen Lehrgängen dieser Einrichtung.

Ich darf nur einige daraus herausgreifen und erwähnen: Fachhochschulstudienlehrgänge oder Universitätslehrgänge zum Beispiel: St. Pölten klarerweise, Krems, Wr. Neustadt, Tulln, Waidhofen a.d. Thaya, Waidhofen a.d. Ybbs, Wieselburg, Hollabrunn, Mödling, Korneuburg, Gmünd, Gars, Leobersdorf, Hernstein, und das sind nicht alle. Das macht deutlich, welche Konzeption und welche Idee dahinter steckt, nämlich wirklich auch die Regionen mit hohem Standard, höchster Qualität im Bereich der tertiären Bildung und der Forschung zu versorgen.

Mit einer klaren Perspektive. Mit der Perspektive, dieses Land zu einem wirklich hoch qualitativen Standort im Bereich der Forschung und damit auch im Bereich der Standortpolitik und der Arbeitsplatzpolitik zu machen und zu sichern. Mit einem Wort: Das Land Niederösterreich hat sich in vielen Bereichen ganz einfach emanzipiert. Und es hat sich auch im Bereich der Forschung und der Bildung emanzipiert. Doch was mich ein bisschen irritiert ist, dass dieses Emanzipieren des Bundeslandes Niederösterreich zu einem Top-Land manche in der SPÖ irritiert. Das ist eigentlich eigenartig und das ist eigentlich etwas, was die Wählerinnen und Wähler draußen nicht verstehen.

Ich darf vielleicht in dem Zusammenhang auch zur Elite-Uni noch einige Gedanken einbringen. Denn heute, das fällt mir schon auf, hat man so den

Eindruck, als wäre man ständig dahinter gestanden, als stünde man uneingeschränkt hinter dem Standort, als stünde man uneingeschränkt hinter Niederösterreich. Ja, ich mache schon darauf aufmerksam, dass Dr. Alfred Gusenbauer die Worte gesprochen hat politischer Willkürakt, neu überdenken, neu aufrollen, das müssen wir uns im Herbst neu anschauen. Ja, Entschuldigung, was sind denn das für Ansagen? Da ist ein Niederösterreicher, dessen Freude sich offensichtlich in Grenzen hält, wenn in seinem Bundesland, wo er Spitzenkandidat der SPÖ ist, eine tolle international anerkannte Einrichtung etabliert wird. Das ist doch bitte ... *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist doch bitte nicht zu fassen und man muss das schon draußen den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen! Denn eines ist für mich auch Faktum: Gemeinsam in guter Partnerschaft mit dem Bund ist es den Vertretern und den Verantwortlichen des Landes gelungen, hier für Niederösterreich ganz einfach tolle Leistungen an Land zu ziehen. Tolle Einrichtungen zu gewinnen. Und wenn nun ein Niederösterreicher und Spitzenkandidat der SPÖ so agiert, dann habe ich Sorge, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass im Herbst, wenn tatsächlich das eintreten sollte was er sich vorstellt, dass diese Vorstellung oder dass diese Partnerschaft mit dem Land offensichtlich natürlich keine mehr sein kann.

Es soll daher auch hier schon gesagt werden, was es heißen würde, wenn das tatsächlich passiert. Daher sind solche Anlagen eines Niederösterreichers und Spitzenkandidaten draußen für die Wählerinnen und Wähler ein Warnsignal für jeden Niederösterreicher und jede Niederösterreicherin. Und eines sei draußen klar gesagt und hoffentlich auch ankommend, und dazu ist diese Aktuelle Stunde ja ganz gut: Hier denkt offensichtlich jemand ausschließlich mit einer roten Brille. *(Abg. Weninger: Rot-weiß-rot!)*

Mit der roten Brille! Unsere Vertreter und Verantwortlichen des Landes denken ausschließlich in blau-gelb. Und das ist der wesentliche Unterschied! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Weninger: Schwarz!)*

Wissen Sie, wie mir die Vorgangsweise vorkommt? Weil gerade die Olympischen Spiele stattfinden: Da gewinnt das Springerteam Gold und dann geht vielleicht gar noch der eigene Trainer hin und sagt, die Urteile der Sprungrichter, die müssen wir uns noch einmal anschauen. Da ist ja vielleicht irgendwas falsch zusammengezählt worden. Ja, Entschuldigung, bitte! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Ich bin nur froh, dass du meinst, der Gusenbauer ist der Trainer von der Gehrer!)* Ich sage Ihnen, in der Sportwelt hätte er seine

Funktion verloren! Dieser Vergleich macht das, glaube ich, schon sehr deutlich, worum es hier wirklich geht.

Lassen Sie mir noch einen anderen kleinen Aspekt einbringen, der, glaube ich, hier nicht unwesentlich und auf jeden Fall gesagt gehört. Bis 1954 war Klosterneuburg ein Teil von Wien. Ich behaupte hier einmal, wäre das noch immer so, es gäbe heute überhaupt keine Diskussion. Auch dieser kleine Einwurf möge einmal zeigen, wie hier parteipolitisch, nämlich einzig parteipolitisch argumentiert wird.

Vielleicht noch eine Anmerkung zum Kollegen Weiderbauer, was diese ominösen kolportierten Container betrifft. Ich halte das für eine gewaltige Verunsicherung weiter Teile der Patienten in diesem Land. Denn erstens, die forensischen Patienten werden nach Mauer verlegt, ein Teil kommt nach Tulln von den Patienten in Klosterneuburg. Und was diese Containergeschichte betrifft: Nach Baden werden keine Patienten übersiedelt, hier geht es ausschließlich um neue Patienten. Nicht jene von Klosterneuburg, hier geht's ausschließlich um neue Patienten, die in modularen Fertigteilen mit allem Stand der Technik, mit allen medizinischen Einrichtungen und allem was notwendig ist, dort eingerichtet werden. So wie in Neunkirchen! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei Abg. Dr. Krismer-Huber.)*

So wie in Neunkirchen! *(Abg. Dr. Krismer-Huber: In Mauer sind sie auch gerüstet?)*

So wie in Neunkirchen, Herr Kollege Weiderbauer und Herr Kollege Fasan.

Und eines sei hier noch gesagt: Wir gehen mit unseren Patientinnen und Patienten sehr sorgsam um und tun alles um aus medizinischer und sozialer und menschlicher Sicht das Beste daraus zu machen. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Das sind nicht Ihre! Gottseidank!)*

Und diese Containersache ist ganz einfach etwas, was ich euch bitte, ein- für allemal einzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um abzuschließen: Das, was forschungsmäßig, wissenschaftsmäßig im tertiären Bildungsbereich in Niederösterreich passiert mit dem Höhepunkt jetzt Zuschlag zur Elite-Uni, ist eine Erfolgsgeschichte. Es ist aber auch eine Erfolgsgeschichte der Volkspartei Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Im Namen des Landtages darf ich unsere Gäste auf der Galerie herzlich begrüßen. Insbesondere den dritten Jahrgang der landwirtschaftlichen Fachschule Warth mit

den Schülerinnen und Schülern unter der Leitung von Herrn Direktor Dipl.Ing. Wolfgang Wallner. Herzlich willkommen bei uns! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Damen und Herren!

Zu dieser Aktuellen Stunde möchte ich einmal grundsätzlich als Abgeordneter des Bezirkes Wien-Umgebung sagen, dass ich natürlich dieser Entscheidung der Elite-Universität für Klosterneuburg eine sehr wichtige, eine sehr maßgebliche und vor allem eine zukunftssträchtige Entscheidung ist. Wenn ich den Kollegen Eigner hier sehe, weiß ich, dass das in Klosterneuburg von allen maßgeblichen Parteien so gesehen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit der Elite-Universität Klosterneuburg bekommen wir nach der Donau-Universität eine weitere außergewöhnliche Universität. Und es wurde heute auch schon erwähnt, als damals die Donau-Universität als Weiterentwicklung der Landesakademie im Gespräch war, wurden sehr wohl auch negative Stimmen laut, und es wurden auch Prügel in den Weg geworfen. Diese Prügel haben sich dann als falsch herausgestellt und die Donau-Universität ist heute eine echte Erfolgsstory. Wir alle kennen die Zahlen. 1995 gab es 300 Studierende, jetzt haben wir 3.000 Studierende. Die Absolventen tragen den Ruf der Universität und den Ruf unseres Bundeslandes weit in die Welt hinaus. Internationale Professoren lehren an der Donau-Universität und auch hier wird die ... (*Abg. Präs. Sacher: Wer war das der da Prügel vor die Füße geworfen hat? Ich glaub das war der Busek von der ÖVP! - LH Dr. Pröll: Da kannst dir anschauen wie man umgeht mit dem Widerstand der eigenen Partei! Wie wir das überwunden haben! Nicht kuschen sondern kämpfen!*)

Lieber Herr Präsident! Ich möchte mich da auf diese parteipolitischen Spielereien nicht einlassen. Ich selbst weiß nicht genau wer das war und mir ist das auch sehr egal ob das jetzt ein Roter, ein Schwarzer oder wer auch immer war. Für mich ist wichtig, dass die Donau-Universität sich positiv entwickelt hat. Und ich hoffe auch, dass die Universität, die Elite-Universität mit Standort Klosterneuburg sich genauso positiv entwickeln wird. Und deswegen wäre es an der Zeit, dass man weg geht von den parteipolitischen Streitereien. Dass man Ja sagt zu diesem Standort. Dass wir Niederöreicher uns alle dazu bekennen und wir alle daran mitarbeiten, damit wir das Beste aus dieser Entscheidung machen können.

Geschätzte Damen und Herren! Die Fachhochschulen wurden heute auch schon erwähnt. Auch die Fachhochschulen in Niederösterreich blühen und gedeihen sehr gut und auch wir haben hier sehr positive Erfolge zu verzeichnen.

Was man natürlich schon erwähnen sollte bezüglich der Diskussion rund um die Standortentscheidung. Hier gibt es ja vor allem von Seiten Wiens sehr negative Meinungen. Und hier wird, würde ich schon sagen, mit harten Bandagen gekämpft und eine Entscheidung, die nun einmal gefallen ist, wird versucht, umgedreht zu werden.

Ich glaube ganz einfach, dass hier einige, vor allem in Wien, schlechte Verlierer sind. Es gab eine Entscheidung, diese Entscheidung ist zu rechtfertigen. Wien hat zwei Grundstücke angeboten als Alternative. Diese beiden Grundstücke haben gegenüber dem Angebot Niederösterreichs ganz einfach den Kürzeren gezogen. Und das ist zu akzeptieren!

Gestatten Sie mir kurz zu einem Grundstück das Wien angeboten hat, nämlich das Grundstück in Aspang. Zu Aspang ist zu sagen, wenn man das genau betrachtet, in das Grundbuch 'reinschaut und auch gewisse historische Entwicklungen sich anschaut, würde man darauf kommen, dass dieses Grundstück ein restitutionspflichtiges Grundstück ist. Das bedeutet, hier hätte sich Wien mit der Entscheidung für Aspang ein Problem vom Hals geschafft und dieses Problem dem Bund ganz einfach umgehängt. Ich glaube, auch das sollte man bedenken. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, dass Wien sich so vehement für diesen Standort einsetzt.

Und jetzt ganz kurz zu Klosterneuburg, geschätzte Damen und Herren. Also ich kann es gar nicht verstehen, wenn in Pressemeldungen und politischen Kommentaren Klosterneuburg als rückständig, als provinziell hingestellt wird. Wenn die fünf Autominuten, die Klosterneuburg von Wien entfernt ist, hier als eine Ewigkeit dargestellt werden wie wenn das eine andere Welt wäre. Ich darf bei dieser Gelegenheit schon darauf hinweisen, dass es sehr viele Wiener gibt, die in Klosterneuburg eine neue Heimat gefunden haben, die in Klosterneuburg wohnen. Und es sind gerade sehr viele Wiener, die in der Öffentlichkeit stehen. Menschen, die im Sport tätig sind, Menschen die in der Kunst tätig sind, Menschen die in der Kultur tätig sind. Und ich glaube, wenn diese Personen Klosterneuburg den Vorzug geben, dann kann diese Entscheidung nicht so schlecht sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Genauso sollte man zu den Wissenschaftlern schon Folgendes erwähnen: Bei den Wissenschaftlern kann ich mir kaum vorstellen, dass es angenehmer und zielgerichteter ist zu forschen zum Beispiel in St. Marx oder in Aspang als in Klosterneuburg am Rande des Biosphärenparkes Wienerwald. Ich glaube, dass auch diese Situation hier die Möglichkeit, Forschung zu bieten, ganz einfach der anderen Situation in der Stadt vorzuziehen ist. Und es wurde auch schon erwähnt, sehr viele Universitäten befinden sich nicht in der Hauptstadt und befinden sich nicht in Großstädten. Zum Beispiel war die erste deutschsprachige Universität auch nicht in der damaligen Hauptstadt, nämlich Wien, sondern in Prag.

Geschätzte Damen und Herren! Um damit zu einem Ende zu kommen, möchte ich noch kurz darauf hinweisen, dass diese Elite-Uni eine große Chance für uns alle ist. Und dass wir diese Chance nicht dadurch schlecht machen sollten, dass wir jetzt eine parteipolitische Diskussion starten. Dass wir nicht hergehen und eine Schuldzuweisung hier geben und eine Schuldzuweisung dort. Sondern wir sollten die Chancen, die sich aus dieser Situation ergeben, ganz einfach nutzen.

Klarerweise war auch ich verwundert, wenn es hier die Stellungnahme, und es wurde auch schon angesprochen, des Parteivorsitzenden Gusenbauer gegeben hat, der als Niederösterreicher und als niederösterreichischer Spitzenkandidat angekündigt hat, wenn er Bundeskanzler wird, wenn er in die Regierung kommt, werde der Standort überdacht und werde der Standort mehr oder weniger umgedreht und kommt der Standort doch wieder nach Wien. Gerade das erwarte ich mir von einem niederösterreichischen Politiker nicht.

Es gibt in jeder Partei gegensätzliche Meinungen. Klarerweise wollen die Wiener, dass Wien gestärkt wird. Aber wir Niederösterreicher sollten, und ich glaube, darüber sind wir uns in diesem Landtag einig, über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam die Interessen Niederösterreichs vertreten. Und ich glaube, dass wir hier mit dieser Elite-Universität mit einer gemeinsamen Vorgehensweise und auch mit einer gemeinsamen Überlegung, einem gemeinsamen Wettbewerb der Ideen hier sicherlich auf dem richtigen Weg sind. Und wir hier dementsprechend auch daran denken sollten, wie machen wir das Beste aus der Situation und nicht, wie können wir den anderen, dem politischen Gegner, „eine drüber geben“.

Zum Schluss, geschätzte Damen und Herren: Bekennen wir uns gemeinsam zu diesem Standort! Diese Entscheidung ist gefallen. Ergreifen wir die

Chance, machen wir das Beste für die Zukunft, für die Zukunft der Bildung, für die Zukunft unserer Jugend und für die Zukunft unseres Bundeslandes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hohes Haus!

Fromme Wünsche meines Vorredners. Ich fürchte, sie werden nicht ganz in Erfüllung gehen, wenn ich die Töne der Redebeiträge von ÖVP und SPÖ richtig deute. Ich sehe das ähnlich wie Alfred Payerleitner im „Kurier“, der schreibt, ich zitiere wörtlich: Der Aufbau einer neuen Elite-Uni in Gugging müsste von einer wirklich untadeligen, internationalen Trägerschaft besorgt werden. Ohne diverse mitgestaltende Landesbeamte. Wenn Dr. Erwin Pröll gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium und anderen Fachleuten eine solche Lösung gelänge, wäre er reif für eine Ehrenprofessur. Aber leider ist so etwas in einem Wahljahr nur wenig wahrscheinlich. Derzeit regieren die Klischees.

In der Tat sehen wir in einem derartigen Projekt eine mögliche Chance. Was bisher passiert ist, spricht nicht dafür, dass diese Chance bestmöglich genutzt wird. Ich habe den Eindruck, es dominieren Wahlkampföne. Das, was ich heute gehört habe, insbesondere von den Rednerinnen und Rednern der größeren Parteien, das ist Vollwahlkampf. Das ist tief schwarz und tief rot und hat mit blau-gelb aber auch gar nichts zu tun! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zwei Vorbemerkungen bevor ich auf dieses Projekt des Spitzeninstitutes, der Spitzeneinrichtung - das Wort „Elite-Universität“ mag ich nicht so gern - näher eingehe. Einerseits eine Spitze, ein hervorgehobenes Institut ist immer so gut wie die Breite auch lebendig ist, unterstützt wird, gefördert wird. Und Emmerich Weiderbauer hat es schon gesagt, nicht nur unter dieser Bundesregierung, sondern auch unter den vorhergehenden Regierungen ist vieles passiert was den niederösterreichischen Jugendlichen weit mehr zusetzt als jungen Leuten, die direkt im Ballungsraum, die direkt in der Bundeshauptstadt wohnen. Von den Fahrtkosten bis hin zu den Studiengebühren.

Fragen Sie einmal, wie es einer niederösterreichischen Familie mit mehreren studierenden Kindern geht, wie die heute über die Runden kommen. Denen müssen Sie ganz besonders deutlich machen, dass es trotz dieser Schwierigkeiten und trotz

der Notwendigkeit, mehr zu tun seitens des Landes notwendig ist, auch in die Spitze zu investieren. Das ist nicht passiert, diese breite Debatte, sondern es war eine Entscheidung, die hat man verkündet so nach dem Motto „friss Vogel oder stirb“. Und das war von der Vorgangsweise wirklich schade und schlecht für das Projekt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweite Vorbemerkung: Wir hatten, haben in Ansätzen noch immer in Niederösterreich ein derartiges Spitzeninstitut, das weltweit begonnen hat, sich Ansehen zu verschaffen, wo tatsächlich Delegationen von Forscherinnen und Forschern gekommen sind, sich informiert haben was dort passiert, und gestaunt haben. Das war, der Name indiziert das nicht so deutlich, der Safaripark Gänserndorf. Der sich über Vorphasen einer nicht wissenschaftlichen zur Schaustellung, dann zu einem Wissenschaftsinstitut ... Da können Sie lachen Herr Landeshauptmannstellvertreter. *(LHStv. Gabmann: Was hat der Safaripark mit der Elite-Uni zu tun?)*

Sie sehen das leider immer noch nicht, dass dort Verhaltensforscherinnen und Verhaltensforscher ersten Ranges ... Sie waren wahrscheinlich auch nie bei so einer Delegation dabei, die gestaunt hat was dort passiert ist und sich entwickelt hat ohne wesentliche öffentliche Unterstützung. Und zumindest einmal zu prüfen den wissenschaftlichen Gehalt dieser Einrichtung, das wäre auch dem Land und dieser hier so allmächtigen ÖVP gut angestanden. *(Beifall bei den Grünen.)* Wissen Sie, ich maß mir nicht an, die wissenschaftlichen Kapazitäten einer Jane Goodall zu haben. Aber wenn Forscherinnen dieses Kalibers einmal sagen, da habt ihr etwas Einzigartiges, dann sollte man das zumindest einmal ernst nehmen bevor man darüber lacht!

Und meine Damen und Herren, jetzt zu dem Institut im engeren Sinn. Leider auch heute wenig Raum, wenig Möglichkeiten, wirklich über das Projekt zu reden. Herr Klubobmann Schneeberger, Sie haben gesagt, auf die jetzt schon schreiend im Raum stehende Frage, was soll dort passieren, Grundlagenforschung in bisher unerschlossenen Bereichen. Ja bitte, sagen Sie es doch, in welchen Bereichen! Wo denn? Es gibt Forschungen, die sehr bewusst, und das halte ich für eine legitime, politische Entscheidung, hier nicht stattfinden sollten: Atomforschung, Gentechnikforschung. Wir wissen es nicht.

In Tulln haben Sie sich immer herausgehalten was dort passieren soll. Doch es gehört zur politischen Verantwortung sehr wohl darüber zu reden, wo wollen wir denn, dass sich die wissenschaftlichen Spitzen oder wenn Sie so wollen Eliten hin

entwickeln. Kein Wort dazu! Kein Wort über den Inhalt. Kein Wort über die Trägerschaften. Kein Wort über die Persönlichkeiten die sie jetzt nach den erteilten Absagen als mögliche, als bestmögliche, als wahrscheinliche Trägerinnen und Träger ins Auge fassen.

Das heißt, es ist ein inhaltsleeres Vorhaben bis jetzt. Leider! Und ich verstehe nicht, warum Sie sich auch über den Vorschlag eines runden Tischer hier nur abfällig äußern können. Wir hätten gerne beigetragen und mitgewirkt auch über so ein Konzept zu reden, als dass wir dann wieder da stehen, dass wir das gewohnte großkoalitionäre Hick-Hack kurz vor Wahlen hier erleben und dann im Nachhinein, wenn wieder irgend eine Absage erteilt wurde, wieder auf die Suche nach den Schuldigen gehen.

Herr Klubobmann, es waren einige Projekte von denen ich glaube, dass eine bessere Vorbereitung insgesamt für das Land, für das blau-gelbe Ziel mehr gebracht hätte. Das, was von der ÖVP immer wieder passiert, ist im Nachhinein die Suche nach den Schuldigen. Wer hat denn diesmal wieder etwas ...

Präsident Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete! Ich muss Sie aufmerksam machen, das Redezeitkontingent ist verbraucht.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Ja. Sie suchen im Nachhinein nach den Schuldigen und deswegen bekommen Sie heute symbolisch ein „Schwarzer Peter“-Spiel. Ein „schwarzer“ Peter! *(Beifall bei den Grünen. – Frau Abg. MMag. Dr. Petrovic legt Klubobmann Mag. Schneeberger ein Kartenspiel auf den Tisch.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, der Kollege Heuras hat es auf den Punkt gebracht mit seinem sportlichen Vergleich der mir sehr gut gefällt. Nur eines bereitet uns persönlich Sorge. Wir werden vielleicht die Sprungschance haben, es werden auch Punkterichter aufzutreiben sein. Aber wie es derzeit aussieht, fehlen uns die Springer dazu. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Und das ist in Wirklichkeit der Kern der Diskussion. Und ich habe mir in den letzten Tagen und Wochen viele Kommentare und Zeitungsartikel durchgelesen. Und wenn man die meisten Passagen davon wörtlich teilweise zitiert aneinander

reimt, dann entsteht eigentlich ein modernes, zeitgenössisches Märchen. Und wie Sie wissen, Märchen haben oft einen sehr brutalen Hintergrund. Aber ich kann Ihnen garantieren, bei diesem Märchen wird niemand sein Leben lassen müssen. Es kann höchstens sein, dass jemand seine Reputation verliert.

Es war einmal im Westen des Österreiches eine Lehrerin, die vor zirka einem Jahrzehnt zur obersten Bildungschefin aufstieg und bei ihrer Inthronisation sprach: „Elite-Schulen will ich keine.“ Das elisabethanische Zeitalter war mit vielen üppi-gen und fetten Näpfchen gepflastert, von denen sie kaum eines ausließ. Einige Kostproben gefällig? Deftige Sager wie Kinder statt Parties. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Darüber könnte ein Lehrer auch nachdenken was die Kinder betrifft!)*

Unis, die sich über die Unireform aufregen? Pisa-Studie: Die OECD hat wohl nicht sauber gerechnet. Schulreform der Zukunftskommission: Zwei zerfledderte Packerl wurden verschickt. Diebstahl der Saliera ... Das steht in den Kommentaren, bitte. Diebstahl der Saliera – na und? Sie ist wieder da. Und das Ungemach von Gustav, Wilfried und Sally ist pariert. *(Abg. Mag. Fasan: Sie war blau-gelb die Saliera! Sie war in Niederösterreich!)*

Da aber die veröffentlichten Meinungen immer kritischer wurden, schaltete sich ein kleiner Prinz ein. Lisl, wie er sie nannte, wir brauchen eine neue Geschichte. Gesagt – getan. Sie verkündete: „Ich will eine Elite-Uni. Und zwar im schönen Gugging, im Reich des befreundeten Landesfürsten Erwin Pröll.“ Und die schwarze Stubenmusi mit dem kleinen Prinzen als Primpianisten, der Querflötistin aus dem Ländle und dem dirigierenden Landesfürsten plant im Jahr der Bürgerentscheidung zu Oktober ein wunderschönes und prachtvolles Fest zu Klosterneuburge zu feiern. Ende gut – alles gut? Bei weitem nicht!

Seriöse Politik, und damit steigen wir in die Sache noch einmal ein, Kollege Hiller, muss wissen, dass die Standortfrage wichtig ist. Aber seriöse Politik muss auch wissen, dass genauso die inhaltliche Komponente sehr wesentlich ist. Und darum geht's nämlich genau bei den nicht enden wollenden Diskussionen. Sie wissen genau ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Wo diskutiert Broukal den Inhalt? Wo diskutiert Gusenbauer den Inhalt? Der Standort wird diskutiert, nicht der Inhalt!)* Moment! Ich komm schon auf deine Ausführungen! Als erstes haben sich die Wissenschaftler verabschiedet. Die wissenschaftlichen Proponenten. *(Abg. Mag. Schneeberger: Aber zuerst unterschrieben, lieber Kollege!)*

Lieber Herr Klubobmann! Ich habe den Planungsvorschlag für die Standortentscheidung und kann dir genau sagen, was drinnen steht. Und ich gehe davon aus, dass du ihn auch kennst. Ich möchte ihn aber jetzt nicht unbedingt vorlesen.

Und bei der Verabschiedung der wissenschaftlichen Proponenten zitiere ich aus dem „Standard“ vom 9. Februar: Wankelmütiger Professor – das war noch die höflichste Formulierung die Erwin Pröll im Gugging-Gezerre für den Projektdissidenten Anton Zeilinger fand. Andere Freundlichkeiten richtete er dem Quantenphysiker indirekt aus. Zum Aufbau der Elite-Uni bräuchte es eben umsetzungsfreudige, kompetente, verlässliche Menschen. Mit einem Wort handfeste Persönlichkeiten wie Pröll über Pröll sagen würde, der ja ganz gern von sich in der majestätischen dritten Person spricht. Zeilinger stempelte er damit zum inkompetenten, unzuverlässigen Verhinderer. Dessen Argumente gegen Gugging, schimpfte er im ORF-Report schlicht Stumpsinn. Pröll unterschritt damit nicht nur das allgemein akzeptierte Niveau politischer Auseinandersetzung, sondern praktiziert auch jene Sorte Wissenschaftsfeindlichkeit, die normalerweise zum Repertoire provinzieller Populisten ohne politische Zukunft gehört. Soweit das Zitat aus dem „Standard“.

Was war das Nächste? 39 österreichische Wissenschaftler aus dem Ausland haben an die Bundesregierung appelliert. Die Mitglieder der Wittgenstein-Gesellschaft haben eine klare Position bezogen. Vorgestern hat sich ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Wo bleibt euer Patriotismus? Das ist ja eine Schande!)*

Lass mich weiter reden. Du wirst es schon hören! *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*
Melde dich zu Wort.

Vorgestern hat sich der Planungsleiter Sigurd Höllinger ... *(Heftige Unruhe bei der ÖVP. – LR Mag. Sobotka: Ja, es tut weh, gegen Niederösterreich!)*

Herr Präsident, bitte die Zeit anzuhalten.

Präsident Mag. Freibauer: Sie reden. Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter!

Abg. Cerwenka (SPÖ): Vorgestern hat sich der Planungsleiter Sigurd Höllinger, dessen Wissen meiner Ansicht nach unverzichtbar ist, verabschiedet und die Medien finden die Sache zum Heulen. Wie Alfred Payrleitner im „Kurier“. Und jetzt, Kollege Hiller, eine Zeitung, hinter der der Landeshauptmann-Freund Christian Konrad steht, dem SPÖ-Nähe nachzusagen, wäre sicher eine bösar-

tige Unterstellung. *(LR Mag. Sobotka: Redakteurstatut ist aber bekannt! Das ist ja unwahrscheinlich!)*

Fingerspitzengefühl ist gefragt und nicht der unkontrollierte Politikhammer. Wir wollen nicht dass riesige Mittel an Steuergeldern vielleicht nicht den Effekt ... *(LR Mag. Sobotka: Ihr verunglimpft ja alles! Was hat der Konrad mit dem „Kurier“ zu tun?)* Nein, Herr Landesrat, hör mir zu. Dass riesige Steuergelder nicht den Erfolg, den wir uns alle wünschen, den wir gemeinsam haben wollen, bringen. Und ich verweise auf das japanische Projekt, das sicher bekannt ist, das MITI-Projekt. Das war rein populistisch aufgebaut und ist in die Hose gegangen. Und viele Mittel waren weg. Wir Sozialdemokraten stehen für einen Niederösterreich-Standort. Das ist überall herausgekommen. *(Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Unruhe bei der ÖVP.)*

Wir wollen aber eine konsensuale Lösung im Interesse der Sache. Was bedeutet, dass es notwendig ist, die Wissenschaftler wieder an Bord zu holen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Was ist mit Broukals Aussage?)*

Der Klubobmann Schneeberger hat zuerst gesagt wir sind im Olymp, wir steigen in den Olymp der Wissenschaft auf. Ohne Wissenschaftler wird es nicht gehen. Wir brauchen die Wissenschaftler wieder dabei. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und jetzt zum Niveau. Zu den Zeitungsinserten der ÖVP. Die haben mich zutiefst betroffen gemacht. Lieber Herr Klubobmann, das war geschmacklos, unterste Politlade und schlichtweg falsch! Erzählen Sie mir nicht, dass Sie unsere Presseaussendungen nicht kennen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Sag' mir mal was zum Broukal!)*

Ja, zu Dr. Gusenbauer. Selbst Dr. Schüssel, der Bundeskanzler, hat im Parlament, und das können Sie in den stenografischen Protokollen nachlesen, von einem Standort Wien-Klosterneuburg gesprochen. Ist er jetzt auch Verräter in Ihren Reihen? Wenn Niederösterreich rund 180 Millionen Euro einbringt, die ersten 10 Jahre einer Elite-Uni mindestens unterste Kante 540 Millionen Euro kosten, dann brauchen wir Vernunft und eine optimale Vorgehensweise.

Ich persönlich bin ja der Auffassung, dass so ein Projekt in Wirklichkeit eine nationale oder sogar eine internationale Aufgabe darstellt. Und wenn Sie vorgestern oder gestern den „Kurier“ gelesen haben, die EU plant ab 2009 ein EIT (European Institut of Technology) mit 2 Milliarden Euro für die ersten fünf Jahre um gegenüber den USA aufzuholen. Um gegenüber dem MIT aufzuholen. *(LR*

Mag. Sobotka: Dazu hat sich die Elite-Uni schon angemeldet! Selbstverständlich!)

Und wir wissen ja auch, innerhalb der EU werden bisher nur 1,28 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für den Forschungsbereich eingesetzt, während Amerika 3,26 Prozent für diesen Bereich einsetzt. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das habe ich ja gesagt, das gehört dazu!)*

Und wenn Sie jetzt glauben, wie es zuerst herausgekommen ist, sich sehr bei anderen aufregen aber selbst fest werfen, dass Sie den Schmutzkübel über Dr. Gusenbauer ausschütten können, dann frage ich mich, ob Sie jemals mitbekommen haben, dass dieser einer Spitzen-Uni durchaus positiv gegenüber steht. Und das war auch veröffentlicht. *(Abg. Mag. Schneeberger: Aber nicht in Niederösterreich!)*

Er hat sich vom Kleinbürgerlichen gelöst und denkt in Wirklichkeit in nationalen und in internationalen Dimensionen. *(Beifall bei der SPÖ. – Unruhe und Heiterkeit bei der ÖVP. - LR Mag. Sobotka: Er hat sich vom Kleinbürgerlichen gelöst?)*

Ich frage Sie jetzt: Worum geht es Ihnen bei dem Thema? Geht es Ihnen um eine Machtdemonstration? *(Abg. Mag. Schneeberger: Nein! Um Niederösterreich geht es uns! Um die Jugend unseres Landes!)*

Oder wollen Sie von den Problemen, die die Menschen in diesem Land bewegen, die sie betreffen, ablenken. Rundherum fehlt es an finanziellen Mitteln. Wir haben die höchste Arbeitslosenrate. Im Gesundheitsbereich ist zu wenig Geld vorhanden. Wir benötigen mehr Polizisten im Sicherheitsbereich. Und die Bildung ist, dank der Gehrerschen Bildungspolitik ohnehin in einer Misere. *(LR Mag. Sobotka: Wo ist das Gesundheitssystem?)*

Dazu einige Beispiele. Wir haben gemeinsam viele Leistungen für Niederösterreich geschaffen. Dazu muss ich jetzt noch eines einbringen. Zuerst haben sich einige Ihrer Redner herausgestellt und haben Donau-Universität, Fachhochschulen angesprochen. Stehen wir dazu. Wir haben mitgearbeitet, waren wir auch federführend. *(LR Mag. Sobotka: Darum wundert es uns ja! Wenn die Nationalratswahl kommt, vergesst Ihr ja dass es blau-gelb gibt! Da gibt's ja nur rot!)*

Wer war denn kritisch bei den Fachhochschulen am Anfang? War nicht die ÖVP kritisch gegenüber den Fachhochschulen? Also ich kann mich an das schon erinnern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich würde empfehlen, ein bisschen mehr Durchsetzungskraft gegenüber der Bundesregierung. *(Heiterkeit bei LR Mag. Sobotka.)*

Ich erinnere mich zurück an die 70er Jahre. An die 70er Jahre, als Bruno Kreisky eine Vision hatte und sagte, jedem Bezirk seine höhere Schule, seine AHS. Ist heute selbstverständlich. Nur, heute sind diese Schulen in einem Zustand nach rund drei, dreieinhalb Jahrzehnten, wo Sanierungsbedarf deutlich gegeben ist, wo aber die Mittel nicht da sind. (LR Mag. Sobotka: *Wer sagt denn das?*)

Viele nötige Gegenstände in den Schulen wie Logopädie, Legasthenie usw. – und sagen Sie mir nicht dass das unnötig ist wenn Sie ein Kind mit einem Sprachfehler haben oder einen Legastheniker – können nur mehr in verminderten Ausmaß oder teilweise gar nicht mehr angeboten werden, weil das Geld fehlt. Das sind die ersten Signale einer Privatisierung der Bildung. (Beifall bei der SPÖ. - LR Mag. Sobotka, Abg. Mag. Schneeberger: *Das stimmt ja nicht!*)

Wir haben nicht genug Lehrer. Wir brauchen Sozialarbeiter in den Schulen. Wir können den Deckel nicht mehr draufhalten. Fragen Sie bei Ihren eigenen Lehrgewerkschaftern nach. Lesen Sie die letzte APS was mit den Klassenschülerhöchstzahlen ist. Wo Sie die Hand nie herinnen hinauf gebracht haben. (Abg. Mag. Schneeberger: *Du hast als Märchenerzähler begonnen, setzt so fort und hörst so auf!*)

Ein praktisches Beispiel noch aus dem Uni-Bereich. Ich bin selbst betroffen. Wer hat denn die Studiengebühren eingeführt? (LR Mag. Sobotka: *Du studierst auch? Die Kranzl studiert! Du studierst auch? – Anhaltende Unruhe bei der ÖVP.*)

Und ich sage Ihnen eines: Wenn ich für meine Tochter Studienbeitrag zahle, dann erwarte ich mir eine Leistung. Und jetzt sage ich Ihnen die Realität: Ich zahle diese Studiengebühr, sie muss sich einer Internet-Verlosung stellen, fällt aus dem Internet heraus, wie es vielleicht vielen anderen auch geht, und verliert ein Jahr. Was heißt das? Das heißt, dass für dieses Jahr auch keine Familienbeihilfe anfällt. Ich werde es mir leisten können. Aber erzählen Sie das einer Familie mit einem geringen Einkommen, die es sich bitter abspart dass ihr Kind studieren kann. So schaut die Politik der Bundesregierung aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Politik muss persönliche Betroffenheit erzeugen um erfolgreich zu sein. Im negativen Sinn hat uns das die derzeitige Bundesregierung vorexerziert. Und die überwiegende Mehrzahl der Menschen in diesem Bundesland haben existenzielle und existenziellere Sorgen. Daher sage ich: Ändern Sie den Kurs, suchen wir gemeinsam nach einer Lösung. Die Sozialdemokratie war immer und ist ein sachorientierter Partner und wir streben eine

gute Lösung gemeinsam für Niederösterreich an. Aber ohne Wissenschaftler wird das nicht funktionieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage Ihnen abschließend: Lassen Sie das politische Kleingeld den Karners, den Lopatkas ... (Abg. Mag. Schneeberger: *Den Broukals, den Caps, den Gusenbauers.*) ... und arbeiten wir eher für die gemeinsame Zukunft des Landes. Wir denken rot-weiß-rot, aber im Sinne des Wählerauftrags, der finanziellen und der inhaltlichen Verantwortung denken wir in erster Linie blau-gelb. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. Friewald (ÖVP): Meine geschätzten Damen und Herren der Regierung! Herr Präsident! Hohes Haus!

Niederösterreich und seine Entwicklung, ein Thema, gerade im Bereich von bildungspolitischen Weichenstellungen ohne die diese Entwicklung auch in der Geschichte nicht gelungen wäre. Wenn wir die letzten Jahrzehnte Niederösterreichs betrachten, so hätte vor 30 Jahren keiner geglaubt, dass es eine Entwicklung in diesem Ausmaß in unserem Bundesland geben wird. Es waren Entscheidungen auf diesem Weg, die sehr oft von Unkenrufen, von politischen Diskussionen begleitet waren. Wo wir aber heute bereits wissen, dass sie Fundamente einer gesunden und vernünftigen Entwicklung dieses Landes waren.

Nicht nur im bildungspolitischen Bereich, auch andere Entscheidungen, die das Selbstbewusstsein dieses Landes geprägt haben, waren nicht einfach in der politischen Diskussion. Denken wir an die Entscheidung für die Landeshauptstadt St. Pölten. Eindeutig und klar ist, dass seit deren Schaffung ein ganz anderes Bewusstsein in der Bevölkerung vorhanden ist und ein anderes Bekenntnis zu ihrem Heimatland.

Und genau diese Entwicklung wollen wir in einer bildungspolitischen Offensive weiter verfolgen, um unseren jungen Menschen in unserer Region Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Chancen für die Zukunft zu geben. Wenn wir eine politische Diskussion führen und unsere Aktivitäten, egal aus welchen Reichshälften sie gekommen sind, im Negativen heute diskutieren, so werden wir keine positive Ausstrahlung und keine positive Entwicklung den jungen Menschen draußen zeigen. Wenn wir eigentlich unsere Arbeit schlecht reden und schlecht machen, gerade unser Land auch als ne-

gativ bilanzierend hinstellen, obwohl wir in diesem Europa zu den Topregionen, zu entwicklungsführenden und Spitzenstrukturen gehören und wir immer nur sagen, wir haben immer noch ein hohes Potenzial sehr wohl an Arbeitslosigkeit. Aber wir haben trotzdem im Verhältnis zu allen anderen eine gute Performance. Wir haben Entwicklungen am Arbeitsmarkt wie kaum eine andere Region Europas. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade diese Entwicklung gibt uns Recht, dass die Entscheidungen der letzten Jahrzehnte, die federführend von der Österreichischen Volkspartei in diesem Bundesland getroffen wurden, die positiven und die richtigen waren. Sie haben die Weichenstellungen damals gestellt, damit heute ein modernes, konstruktives Niederösterreich die Weichen für die nächsten zukünftigen Chancen stellt und die auch im Bewusstsein einer neuen Entwicklung in diesem Kernland Europas betrachtet.

Wenn der Herr Kollege Cerwenka mit einem Märchen begonnen hat, dann bleibt seine Ausführung ja gar nichts Besseres als ein Märchen. Anders kann man es ja gar nicht bezeichnen. Ich habe gestern eine Frage erhalten von einem Bürger meiner Gemeinde, am Abend beim Heurigen. Wie ich heimgefahren bin, bin ich noch hineingegangen. Hat er mich gefragt, wie schaut denn das aus eigentlich, gibt's in dem Land ja Politiker, die führende Positionen bekleiden wollen, ja die sich bewerben, Bundeskanzler zu werden und lieber die russische Erde küssen als den Heimatboden Niederösterreichs bewerten. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Man sollte auch unter den Aspekten der Frage der Patriotismus vielleicht auch eines nicht vergessen: Wenn das der Herr Kollege Cerwenka als kleinbürgerlich bezeichnet, dann bin ich gerne kleinbürgerlich. Ich bin für dieses Land, ich werde für diese Bürger eintreten und damit auch für diese Republik und für dieses Europa. Denn diese Entwicklung, die Niederösterreich heute spiegelt, ist eine positive! Nicht umsonst zählen wir zu den Top-Regionen Europas.

Und gerade die Entwicklung einer Elite-Uni in Klosterneuburg, in Wahrheit in einer traumhaften Region, im Biosphärenpark Wienerwald. Ein besseres Ambiente kann sich Europa gar nicht vorstellen. Dieses Ambiente, das Künstler, das verschiedenste Spitzenpolitiker als Wohnlandschaft sich genommen haben zu sehr tollen Preisen sollte ein negativer und schlechter Standort sein? Hier wird wohl die Frage einer ideologischer Beleuchtung immer wieder im Raum stehen.

Ich glaube daher, wenn wir eine gemeinsame Entwicklung der bildungspolitischen Schiene wollen, dann müssen wir auch den Mut haben, Entscheidungen zu treffen. Und es ist feig wenn wir sagen, alles nur im Konsens zu lösen. Auch Konflikt gehört zum Leben. Eine konfliktträchtige Entscheidung führt zu Diskussionen, eine konfliktträchtige Entscheidung wird auch den anderen anregen sich mit einzubringen. Und in diesem Sinne, glaube ich, dass diese Politik eine für Niederösterreich positive ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Wer immer die letzten Wochen die Diskussion um die Elite-Universität verfolgt hat, der wird meine Meinung teilen: Es ist eine Schande, es ist eine riesen Schande, wie hier auf Kosten der Bildung Parteipolitik gemacht wurde. Es ist beschämend, welches Schauspiel vor allem ÖVP und auch die SPÖ, ich sage bewusst Pröll und Co. hier uns präsentiert haben. Eine gute Idee, eine sinnvolle, perfekte Sache wird bereits im Entstehen national und leider auch international zum Gespött gemacht. Daher: ÖVP und auch SPÖ, Pröll und Co. stehen Sie auf, entschuldigt euch für dieses Kasperltheater wo ihr selbst die Hauptrollen spielt. Holen wir die Wissenschaftler wieder zurück an Bord und vergessen wir endlich die Parteipolitik und retten wir, was noch zu retten ist. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Weninger: Du hast leicht reden. Du hast keine Partei mehr!)*

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Bildungs- und Forschungsoffensive NÖ – Elite-Universität“, Ltg. 583/A-8/16, für beendet.

Wir kommen nun zur zweiten Aktuellen Stunde zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“, Ltg. 584/A-8/17. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Thumpser, als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten. *(Abg. Weninger: Wie lange hat er?)* Die ganze Zeit, die er hat. Das sind 42 Minuten und 54 Sekunden.

Abg. Thumpser (SPÖ): Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Ich werde versuchen mit meinen 15 Minuten das Auslangen zu finden.

Präsident Mag. Freibauer: Nicht notwendig und vor allem nicht die Kritik am Präsidenten damit.

Abg. Thumpser (SPÖ): Keine Kritik. Das war eine Selbstbeschränkung. Das war eine Selbstbeschränkung, weil wir uns das so im Klub ausgemacht haben.

Präsident Mag. Freibauer: Ich kenn mich schon aus.

Abg. Thumpser (SPÖ): Diese Aktuelle Stunde zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“ ist deshalb aktueller denn je, weil es mittlerweile für Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher die zur Arbeit pendeln müssen, ein hartes Los ist, Pendler in Niederösterreich zu sein.

Erstens, weil sich die Situation für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher am Arbeitsmarkt drastisch verschlechtert hat, auch auf Grund eines zunehmenden Flexibilisierungsdrucks. Und zweitens, weil aber auch der Weg zur täglichen Arbeit für viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mittlerweile ein derart beschwerlicher wird und vor allem einer wird, der den Regelarbeitstag von siebeneinhalb oder acht Stunden zu einem 11-, 12- und 13-stündigen Arbeitstag ausdehnt.

Ein hartes Los für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher! Nicht nur weil die Preise für den Weg zur täglichen Arbeit in den letzten Jahren exorbitant gestiegen sind. Denken Sie nur an den Dieselpreis, der gegenüber dem Jahr 2000 um 21,1 Prozent gestiegen ist, oder auch an den Preisanstieg im Bereich des öffentlichen Verkehrs, im Bereich von Wochen- und Monatskarten, der um 40 Prozent gestiegen ist, sondern auch weil der Weg zur Arbeit mittlerweile für viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu einem Stressfaktor geworden ist und sich damit negativ auf die Gesundheit auswirkt.

Die Frage der Flexibilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben wir in der letzten Aktuellen Stunde im letzten Landtag besprochen. Die Frage der Pendlerinnen und Pendler steht heute auf dem Programm. Meine Damen und Herren! Die Frage der Pendlerinnen und Pendler ist auch einerseits eine Frage der fehlenden oder der falschen Politik im Bereich des öffentlichen Verkehrs und ist andererseits eine Frage der nicht vorhandenen Politik im Bereich der Straßeninfrastruktur. Ganz kurz einige Worte zum öffentlichen Verkehr. Vorangestellte Tatsache, dass wir von einer Gruppe von 95.000 Menschen reden, Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die tagtäglich

mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu ihrer Arbeitsstätte gelangen. Oft müssen. Für viele hat sich dies in den letzten Jahren zum wesentlich Schlechteren gewandelt. Und man könnte hier und jetzt eine Liste, eine Reihe, dann würde ich mit den 15 Minuten nicht auskommen, von aufgelassenen und zugesperrten Regionalbahnen erwähnen. Und wahrscheinlich bald, so nach den Plänen der ÖBB, ist diese Liste um einige Bahnen in Niederösterreich zu ergänzen. Die erste Liste über Regionalbahnen, die geschlossen werden sollen, kursiert bereits. Und ich nehme an, dass im Mai dieses Jahres die nächste Liste kommen wird.

Um nicht über zukünftige Szenarien zu reden, möchte ich es nur an einem Beispiel skizzieren und davon ausgehen, wie der öffentliche Verkehr in den letzten Jahren reduziert wurde. Und ich möchte voranstellen, dass für uns der öffentliche Verkehr eine volkswirtschaftliche Dimension und eine ökologische Dimension hat und nicht rein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu betrachten ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Viele von Ihnen kennen mehrere Verbindungen, und jetzt bleibe ich beim öffentlichen Verkehr – vom Süden Niederösterreichs zur Landeshauptstadt. Eine dieser Verbindung ist oder besser gesagt war die Leobersdorfer Bahnstrecke, die von Leobersdorf über den Gerichtsberg nach St. Pölten gegangen ist. Vor einigen Jahren, vor rund 6, 7 Jahren hat es für diese Strecke Ausbaupläne, schnellere Takte, bessere Verbindungen und vor allem auch bessere Anschlüsse gegeben. Die Finanzierung war gesichert. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschehen ist das Gegenteil! Aus welchen Gründen auch immer wurde dieser Ast des Südens von Niederösterreich von der Landeshauptstadt abgeschnitten und die sogenannte Salami-Taktik im Bereich des öffentlichen Verkehrs wurde angewandt. Man verschlechterte so lange, man erschwerte so weit wie möglich und man vertrieb die Kundinnen und Kunden bis schlussendlich niemand mehr fährt und der Betrieb zur Gänze eingestellt wird. Und außer ein paar geschlossenen Bahnhöfen und Haltestellen nichts mehr übrig blieb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Versetzen Sie sich in die Situation nur von einer der rund 400 Personen des Bezirkes Lilienfeld, die in den Süden von Niederösterreich in die Bezirke Mödling und Baden pendeln. Die Bahnlinie zwischen Hainfeld und Weißenbach wurde gesperrt und wurde auf Grund von Einsparungsmaßnahmen durch eine Busverbindung ersetzt.

Sie als Person fahren jetzt mit dem Zug bis Hainfeld, steigen dort in den Bus um bis nach

Weißbach, steigen in Weißbach wieder in den Zug um nach Leobersdorf um dann in Leobersdorf in den nächsten Anschlusszug zu gelangen. Ich glaube kaum, dass einer von Ihnen sich das antun würde. Ich glaube, dass dies bei allen Betroffenen, die das tun müssen, Stresssituationen hervorruft. Was hat man gemacht? Der Bus wurde sukzessive zu Tode gespart und jetzt kommt das Nächste: Jetzt hat man dann auf dieser Strecke ein Anrufsammeltaxi eingerichtet.

Zwei Aspekte dazu: Der Bund und das Land haben sich vom öffentlichen Verkehr verabschiedet. Die Finanzierung ist zu einem Großteil jetzt den Gemeinden überlassen und als nächster Aspekt, es ist finanziell für die Pendlerinnen und Pendler wesentlich teurer geworden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir vorige Woche eine Fahrkarte gekauft von Traisen nach Leobersdorf. 8,20 Euro. Saftig! Jetzt muss man einmal, wenn man am Bahnhof ist, mit dem Fahrscheinautomat zurecht kommen. Ich bin zurecht gekommen nach einigen Anfangsschwierigkeiten. Nirgends auf der Fahrkarte, nirgends am Computer war angemerkt, dass zwischen Hainfeld und Weißbach ein Anrufsammeltaxi installiert ist. Nirgends wurde ich hingewiesen, dass ich in Hainfeld stehen bleibe, dass wenn ich um 10.00 Uhr hinüber fahre, ich keinen Anschluss habe, weil das nächste Anrufsammeltaxi wahrscheinlich um 15, um 16 oder um 17 Uhr Richtung Weißbach geht.

Und noch dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich dann in Hainfeld das Glück habe, ein Anrufsammeltaxi zu bekommen - auch nur dann wenn ich eine Stunde vorher angerufen habe -, dann zahle ich 4,50 Euro zusätzlich zu den 8,20 Euro plus - und das ist für mich der pure Zynismus - plus 50 Cent „Komfortzuschlag“, weil ich ja mit dem Anrufsammeltaxi nach Weißbach fahre und nicht mit dem Zug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! An diesem Beispiel ist klar zu erkennen, was die Kundenvertreibungsaktion seitens der ÖBB und seitens der NÖVOG in den letzten Jahren gebracht hat. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Wörter oder zwei Sätze zum Thema ÖBB. Zwei Wörter zum Thema ÖBB. 46.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖBB, bei denen ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken möchte, müssen nämlich leider das ausbaden, was 52 Vorstände in den letzten Wochen, Monate und Jahre im Bereich oben gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und die ÖBB wird scheinbar, Herr Präsident, die ÖBB wird scheinbar nur dann interessant, die ÖBB wird scheinbar nur dann für die ÖVP interessant, wenn Nationalratswahlen vor der Tür stehen. Dann wird sie scheinbar interessant! Und wenn schon der „Kurier“ fast hergestellt wurde als sozialdemokratisches Organ, dann ist in der „Presse“ vom 18. Februar genau nämlich dieses nachzulesen. (*Zeigt Zeitungsausschnitt.*) Dass jetzt zufälligerweise, ein paar Monate vor der Nationalratswahl, die Weichen im Bereich des ÖBB-Managements neu gestellt werden und - so ist es nachzulesen in dem Presseartikel - scheinbar die ÖVP jetzt daran geht, auch noch die Reste, die es an sozialdemokratischen Managerinnen und Managern in diesem Bereich gibt, dort abzulösen und schwarz einzufärben. (*Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese ÖBB, die in den letzten Jahren nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion herausgekommen ist ..., und wir haben die Diskussion um die Fahrscheinautomaten bzw. um die Strafe erlebt. Wir haben die Diskussion um die Schließung von Bahnhöfen, von Haltestellen erlebt. Wir haben die Diskussion gehabt, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die übervollen Züge und Busse. Und da kann man leicht noch hinzufügen, dass die jüngsten Kundinnen und Kunden der ÖBB, nämlich die Schulkinder, noch immer in den Bussen geschlichtet sind wie die Ölsardinen in der Dose und es leider keine andere Regelung gibt.

Und genau in dieses Konzept, liebe Kolleginnen und Kollegen, passt jetzt auch die Diskussion um den Entwurf des Herrn Staatssekretärs Kukacka zum Bereich des öffentlichen Personenverkehrs-gesetzes.

Ich würde es jetzt einmal so titulieren: Der Herr Staatssekretär Kukacka ist der Eisenbahnzerstörer par excellence in Niederösterreich und darüber hinaus in Österreich. Doch scheinbar hat es über dieses neue Gesetz in ganz Österreich einen Aufschrei gegeben. Von Vorarlberg bis Burgenland wurden Anträge beschlossen, vom Vorarlberger Landtag angefangen bis zu den anderen, die sich ganz klar und eindeutig gegen dieses Konzept von Herrn Staatssekretär Kukacka aussprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und der Vorarlberger, und ich zitiere nur kurz, der Vorarlberger Antrag: Der nun vorgelegte Entwurf des neuen ÖPLRV-Gesetzes ist allerdings keine brauchbare Diskussionsgrundlage. Mit diesem Entwurf zieht sich der Bund einseitig aus dem ihm durch das Finanzverfassungsgesetz kompe-

tenzrechtlich klar zugewiesenen Bereiche zurück und überwälzt die Lasten und Risiken auf die Länder und Gemeinden.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch ganz Österreich, falsch, durch fast ganz Österreich, ist ein Aufschrei gegangen. Und ich hoffe, dass dieser Aufschrei in den nächsten Tagen, denn am 28. endet die Stellungnahmefrist, dass dieser Aufschrei auch vom Land Niederösterreich kommen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Wort noch zur Frage der Straßeninfrastruktur. Denn wenn es den Pendlerinnen und Pendler mit öffentlichen Verkehrsmitteln oft schwer genug gemacht wird, dann bleibt ihnen oft nur als Alternative der eigene Pkw. Und in diesem Bereich reden wir jetzt von 300.000 Personen.

Bei den Straßen Niederösterreichs, oder bei vielen Straßenzügen Niederösterreichs ist, so denke ich mir, die vorher angesprochene Stresssituation bei den Pendlerinnen im Bereich des öffentlichen Verkehrs auch im Bereich der Straße vorprogrammiert. Denn in den letzten Jahren oder Jahrzehnten hat sich in Niederösterreich statt einer Straßeninfrastrukturpolitik eher eine Spatenstichkulturpolitik entwickelt. Ankündigungen sind gemacht worden, Spatenstiche sind durchgeführt worden und dann hat man die letzten fünf Jahre meistens nichts mehr gesehen davon, bis vor den nächsten Wahlen, wo man dann wieder großartig 16 Bogen-Plakate aufgestellt hat.

Und dazu auch ein Beispiel, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nachzulesen im Landesverkehrskonzept unter dem Bereich Maßnahmen. Dort kann man lesen, es ist ein Einreichprojekt fertig. Der Baubeginn war 2001, die Kosten sind in diesem mit 3,63 Millionen Euro beziffert. Das ist der dreispurige Ausbau zwischen Wilhelmsburg und St. Georgen entlang der B20, der bis heute nicht durchgeführt ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch unter diesem Gesichtspunkt ist das Los der Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich ein sehr hartes. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Herr Kollege! Sie hätten sich nicht so beeilen müssen. Sie haben noch immer 27,47 Minuten. *(Abg. Thumpser: Selbstbeschränkung.)* Selbstbeschränkung, das gefällt mir, Selbstdisziplin. Ich möchte bei der Gelegenheit mitteilen, dass über die Redezeitkontingente ein Beschluss des Landtages vorliegt vom Mai 2003 und dass wegen einer Meinungsverschiedenheit im Mai, so

nehme ich an, wenn ich mich richtig erinnere, 2004, und das ist nachzulesen in den Protokollen der Präsidiale, diese Sache geklärt wurde. Also es braucht sich bei der Aktuellen Stunde niemand an die 15 Minuten halten und auch niemand an die 10 Minuten, sondern nur an das Gesamtkontingent. Also ich hoffe, dass das ein- für allemal aufgeklärt ist.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es ist wirklich gut zu wissen, meine Damen und Herren, dass wir mit unserer Infrastrukturoffensive auf Grund der Arbeit der NÖ Volkspartei, auf einem richtigen, auf einem guten Weg sind. *(Zwischenruf bei Abg. Dworak. – Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Mit dem Ausbau von Schiene und Straße erfüllen wir einerseits die geforderte Mobilität unserer Landsleute und es gibt durch diese Mobilität zusätzliche Pendlerbewegungen. Auf das müssen wir reagieren. Gleichzeitig fördern wir diese Mobilität dort wo es notwendig ist am Beispiel Pendlerhilfe. Unser Ziel, meine Damen und Herren, dabei ist, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und gleichzeitig Lebensqualität in Zeiten steigender Mobilität zu garantieren und zu schaffen. Schließlich bedeutet für uns jeder einzige eingesparte Kilometer, jede einzige eingesparte Minute Fahrtzeit zur Arbeit und von der Arbeit einen Gewinn an Lebensqualität.

Wir arbeiten, meine Damen und Herren, mehr als 20 Jahre konsequent am Ausbau hervorragender Infrastruktur. Das bessere Mobilitätsangebot und mehr Qualität für unsere Bürger ist das Ziel. Aber das Ergebnis dieser sozialen Verantwortung, meine Damen und Herren, ist nicht nur mehr Lebensqualität, ist erhöhte Sicherheit, ist soziale Wärme. Dafür arbeitet die NÖ Volkspartei und das ist auch messbar. Messbar in verbesserter Schienen- und Straßeninfrastruktur. Messbar in verkürzten Fahrtzeiten, messbar an der Vielfalt der Angebote, messbar an großartig gesteigerter und gesteigener Pendlerhilfe.

Im Detail, meine Damen und Herren: Für die Straßen- und Schieneninfrastruktur wurden in den letzten Jahren mehr als 1,8 Milliarden ausgegeben und auch um die Erreichbarkeiten in den Regionen zu verbessern, um die Flexibilität der Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Um die Kapazitäten dort, wo es Engpässe gibt, zu verbessern.

Das Zweite: Fahrzeitverkürzungen, weil Sie gerade davon gesprochen haben. Ein paar Punkte in diesem Zusammenhang. Mistelbach – St. Pölten, ein Thema. Gmünd – St. Pölten, Mistelbach – St. Pölten mehr als 30 Minuten kürzer nun. Gmünd – St. Pölten mehr als eine Stunde kürzer nun. Mistelbach – Wien mehr als 10 Minuten. Gmünd – Wien mehr als 15 Minuten.

Vielfalt des Angebotes, drittens, habe ich gemeint. Wer war denn gegen die Wieselbusse? Wer hat denn kritisiert die Frage öffentlicher Verkehr neu zu organisieren? Heute fahren mehr als 600.000 in Niederösterreich auf beschleunigten Routen mit den Wieselbussen. Und wo sind heute die Argumente von damals? Das zweite oder dritte Argument zu diesem Thema, die Vielfalt des Angebotes, Doppelstockwaggons dort, wo Kapazitätsengpässe waren, Qualitätsverbesserung.

Oder Nahverkehrsfinanzierungsprogramm. Wieviel geben wir in den letzten Jahren aus? Mehr als 50 Prozent, mehr als in den vergangenen Jahren, 4,7 Millionen Euro pro Jahr. Aber ein besonderes für die niederösterreichischen Pendler, das sollten Sie an Prozentsätzen den niederösterreichischen Pendlern sagen. Mehr als 50 Prozent gesteigerte Pendlerhilfe. Auch hier ein Beispiel. Ob jetzt Hollabrunn 80.000 2000, nunmehr 157.000 Euro. Ob Krems 54, nunmehr 118.000 Euro. Ob Melk 145.000 Euro, nunmehr 219.000 Euro insgesamt in Niederösterreich pro Jahr von einer Million auf zwei Millionen Euro erhöht. 100 Prozent mehr an Pendlerhilfe durch das Land Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Anträge mehr als verdoppelt von 4.000 auf 6.500 und mehr.

Meine Damen und Herren! Das sind die Anliegen, die wir für unsere Pendler diskutieren und die Prozentsätze, die wir als Pendlerlos auch diskutieren müssen. Denn eines ist klar: Für uns gilt, Mobilität zu unterstützen dort wo sie gefordert ist. Und wo zunehmende Mobilität für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger Probleme schafft, dort müssen wir helfen. Genau das wünschen sich unsere Landsleute. Und was macht die SPÖ? Anstatt stolz auf diese hervorragenden Leistungen der Infrastrukturverbesserungen zu sein, verunsichern Sie, meine Damen und Herren, die Bevölkerung. *(Abg. Thumpser: Immer die gleiche Masche!)*

Die niederösterreichische sozialdemokratische Partei hat nicht den Mut, gegen die Forderung des Abgeordneten Gusenbauer einzutreten. Was will denn eigentlich der Kollege Gusenbauer? Eine kilometerabhängige Pkw-Maut! Wissen Sie, was das heißt? *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Kilometerabhängige Pkw-Maut heißt, eine Belastung der Pendler! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Megagau. Der Megagau für die Pendler. Was will, ich kann's Ihnen schon noch zeigen, was will unter Anführungszeichen der Abgeordnete Gusenbauer in seinem Programm für den ländlichen Raum? 50 Prozent der Mittel kürzen. Das müssen wir unseren Pendlern sagen. Das sind die Probleme. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ. – Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)*

Gendarmerieposten, Herr Kollege Thumpser? In Ihrem Bezirk, wie viel sind denn geschlossen worden in Ihrem Bezirk? Wie viel, Herr Kollege Thumpser, wie viel Gendarmerieposten sind in Ihrem Bezirk geschlossen worden? Vier! *(Abg. Thumpser: Zwei!)*

Und wie viel unter SPÖ-Regierung? Alle vier unter SPÖ-Regierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Scheinhilfe soll hier vorgegaukelt werden. Das ist nicht unser Interesse. Statt Interessen unserer Landsleute zu vertreten, verstecken Sie sich und verschweigen Sie sich, meine Damen und Herren, als Befehlsempfänger der Bundespartei. Ja das kann es ja wohl nicht im Interesse der Niederösterreicherinnen sein! *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Einen weiteren wichtigen Punkt, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, ein weiterer wichtiger Punkt: Statt neue Arbeitsplätze, statt Ausbildungs- und Wirtschaftsstandorte in Niederösterreich zu sichern, verhindern Sie sozusagen diese Entwicklung. *(Abg. Weninger: Das war einmal die Bürgermeisterpartei die ÖVP. Könnt ihr euch erinnern?)*

Das müsste man eigentlich wissen. Dort, wo die NÖ Volkspartei für dieses Land arbeitet, dort arbeiten wir für die Interessen unserer Landsleute, zum Wohle unserer Bürger. Das war unser Ziel. Jeder Arbeitsplatz mehr, jeder einzelne Arbeitsplatz mehr in diesem Land. *(Abg. Thumpser: Du hast dich in der Aktuellen Stunde vertan. Das war schon vorher!)*

Ja, darauf komm ich gleich zurück. Auf die vorhergehende Aktuelle Stunde. Genau dort will ich hin. Jeder Arbeitsplatz mehr in diesem Land ist ein Pendler weniger. Ich weiß, dass es euch weh tut, aber es ist so.

Das heißt, zur Bestätigung auch hier eine statistische Zahl. Eine statistische Zahl, wie viele Arbeitsplätze oder nicht selbständig Erwerbstätige in diesem Land gibt es nunmehr mehr? Immer jeder

Einzelne ein Pendler weniger. Darüber können wir reden. (*Abg. Dworak: Wieviel Arbeitslose gibt es? – Anhaltende Unruhe bei der SPÖ.*)

Ob es Städte und Gemeinden, Waldhausen zum Beispiel, 28 Prozent plus, Zwettl 16 Prozent plus von 5.700 auf 6.600. Bezirke können wir reden gerne von 22.000 auf 25.000. Der Bezirk Melk, St. Pölten-Land von 24.000 auf 26.000. Alles Kennzahlen, meine Damen und Herren, alles Kennzahlen der Statistik Österreich. Arbeitsplatz Niederösterreich, geringere Notwendigkeit für unsere Landsleute zu pendeln. Je mehr Arbeitsplätze wir schaffen, umso weniger Pendler haben wir. Unser Ziel muss heißen Arbeitsplatz. (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei Abg. Kadenbach und Vladyka.*)

Und da komme ich, meine Damen und Herren, auf die vorangegangene Aktuelle Stunde, um es nicht zu vergessen, Ihren Einwand. Elite-Universität ist ein Beispiel dafür wie man hier Arbeitsplätze, zukunftssichere Arbeitsplätze, bauen könnte. Wie die Chance dazu da wäre. Und genauso als Beispiel der Entwicklung der Donau-Universität könnte für Klosterneuburg heute wiederholt werden was vorhin schon alles gesagt wurde. Aber auch hier eine deutliche Ansage. Was ist denn wirklich die SPÖ Niederösterreich und die Äußerung dazu in diesem Zusammenhang? (*Abg. Thumpser: Von den Pendlern habt ihr nicht viel zu sagen, gell?*)

Kollege Gusenbauer ... Arbeitsplatz heißt weniger Pendler. Kollege Gusenbauer hat aber deutlich gesagt, es wird, wenn er Entscheidungsgewalt bekommt, wieder aufgeschnürt, noch einmal verhandelt und das Ganze an den Start zurück. Das ist etwas, was wir unseren Landsleuten sagen müssen. (*Abg. Thumpser: Kann man Themaverfehlung auch haben!*)

Das heißt, wissen Sie, wer mir in diesem Zusammenhang einfällt? Der Ernstl Höger fällt mir ein, der Ernstl Höger fällt mir ein beim Geburtstag des Sigi Ludwig. Der dort öffentlich vor allen gesagt hat: Wenn's um Niederösterreich geht, so waren für mich immer die Interessen Niederösterreichs über alle Parteiinteressen hinweg an erster Stelle zu reihen! (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Es wird Zeit, aufzuhören zu verunsichern, zu hetzen. Es wird Zeit aufzuhören, Wahl zu kämpfen. (*Abg. Thumpser: Komm einmal zum Thema, bitte!*)

Es wäre vernünftig, für dieses Land gemeinsam zu arbeiten. Wir würden Sie gerne einladen dazu. Für die niederösterreichische Volkspartei heißt es: Wir nehmen die soziale Verantwortung

wahr. Wir wollen mehr Sicherheit. Wir wollen mehr Lebensqualität für unsere Pendler. Wir wollen helfen dort wo es notwendig wird. Aber eines werden wir nicht tun können. Was heute ein Thema ist, gesteigerte Mobilität ist die Forderung unserer Landsleute sie zu organisieren und zu helfen. Aber dort, wo der Einzelne damit nicht zu Rande kommt, dort müssen wir Unterstützung geben.

Das heißt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie würden gut daran tun, die niederösterreichischen Interessen im Sinne unserer Infrastrukturinitiativen im Sinne unserer Hilfsangebote, im Sinne unserer Pendlerunterstützung vor die Parteiinteressen und vor die Befehle aus der Bundespartei zu stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Hoher Landtag! Mir wird eine Wortmeldung für eine tatsächliche Berichtigung gemeldet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Jahrmann das Wort.

Abg. Jahrmann (SPÖ): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Riedl hat behauptet, in Niederösterreich wären unter SPÖ-Führerschaft quasi alleine Polizeistationen geschlossen worden. Ich darf zitieren: Unter ÖVP-Führerschaft Scheibbs 2, Bruck 3 Posten, Schwechat 2 Posten und Melk 3 Posten usw.

Zweite unrichtige Behauptung: Der Herr Abgeordnete Riedl meint, Herr Dr. Gusenbauer hätte eine kilometerabhängige Maut gefordert. Wahr ist in Wirklichkeit, dass Dr. Gusenbauer das nie und in keiner Weise gefordert hat. Es handelt sich hier um die Unwahrheit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und als drittes Beispiel, und tatsächliche Richtigstellung, dass die ÖVP als ehemalige Bürgermeisterpartei oder als Bürgermeisterpartei in Niederösterreich die Partei ist, die alleine Arbeitsplätze schafft. Ich darf aus meiner nächsten Umgebung ein Beispiel bringen. Die Vereinigung von fünf Gemeinden unter der Führerschaft von Hürm mit einem neuen Autobahnanschluss mit einer Auszeichnung für hervorragende Arbeitsplatzpolitik von der Wirtschaftskammer hat in den letzten fünf Jahren 12 Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen. Gegenüber die Marktgemeinde Loosdorf unter SPÖ-Führung, ohne Auszeichnung der Wirtschaftskammer 466 Arbeitsplätze. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Mag. Kögler das Wort.

Abg. Mag. Kögler (SPÖ): Werter Herr Landtagspräsident! Hohes Haus!

Die Hälfte der niederösterreichischen Beschäftigten ist jeden Tag gezwungen auszupendeln. Jeder vierte Niederösterreicher, jede vierte Niederösterreicherin ist gezwungen, nach Wien zu pendeln und das sind 124.000 Menschen jeden Tag. Und nur zum Thema Arbeitsplatzbeschaffung im Süden. Aus den Bezirken Wien-Umgebung und Mödling sind es 80 Prozent der dort wohnhaft Beschäftigten, die jeden Tag nach Wien fahren.

Aus den Bezirken Bruck und Baden sind es 50 Prozent, die jeden Tag nach Wien fahren arbeiten. Und aus dem Bezirk Neunkirchen müssen immerhin noch 30 Prozent der Arbeitnehmer diesen täglichen Weg auf sich nehmen um einen Arbeitsplatz zu haben. Auf Grund dieser Zahlen kommt der Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsstruktur in diesem Land eine zentrale Bedeutung zu. Fakt ist aber, dass der öffentliche Verkehr in Niederösterreich noch immer so unattraktiv ist, dass er nur von 20 Prozent der Pendlerinnen und Pendler in Anspruch genommen wird.

Fakt ist auch, dass trotz Lippenbekenntnissen des dafür zuständigen Verkehrsreferenten noch immer nicht genug für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich getan wird. Speziell im Industrieviertel, wo die Hälfte der niederösterreichischen Bevölkerung wohnt, hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die wirtschaftliche Entwicklung, leider dazu geführt, dass nicht mehr alle Einwohner einen Arbeitsplatz dort finden und viele gezwungen sind, lange Anfahrtszeiten in Kauf zu nehmen um überhaupt einen Job zu haben.

Hier ist es Aufgabe der Politik, einerseits die Arbeitsplätze dort zu schaffen wo auch die Menschen leben, und das ist schon mal der Süden in diesem Land, und andererseits dafür zu sorgen, dass jene, die keinen Job dort finden, möglichst kostengünstig in die Arbeit kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber gerade die immer höheren Kosten für die Verkehrsmittel sorgen bei stagnierendem Einkommen dafür, dass unsere Landsleute große Sorgen haben. Eine viermalige Verteuerung der Preise bei den ÖBB-Monats- und Jahreskarten seit dem Jahr 2004 steht einer nur neunprozentigen Steigerung des Durchschnittseinkommens der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gegenüber.

Das heißt, nimmt man das Nettodurchschnittseinkommen unserer Landsleute her, so müssen diese bei einer durchschnittlichen Wegstrecke von

70 Kilometer, das ist nicht recht weit zum Pendeln, 10 Prozent ihres Monatsgehalts nur dafür berappen um in die Arbeit zu kommen. Die Pendlerpauschale wurde im Vergleich dazu seit dem Jahr 1996, das heißt in einem doppelt so langem Vergleichszeitraum, nur um 26 Prozent angehoben.

Und was tut die Bundesregierung in dieser Frage? Was tut der Bundeskanzler für die Anliegen der Pendlerinnen und Pendler? Ich sage einmal, er tut das was er am allerbesten kann: Er schweigt. Und er lässt die Pendlerinnen und Pendler im Stich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich bin ganz bei Ihnen, Herr Abgeordneter Riedl, wenn Sie sagen, es geht um die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Viele davon sind auf einen öffentlichen Verkehr angewiesen. Der Herr Landeshauptmann ist heute leider nicht mehr bei uns. Als zuständigen Verkehrsreferenten hätte ich ihn gerne dazu eingeladen, den Pendleralltag mit mir zu bestreiten. Eine Anreise aus dem Bezirk Neunkirchen in die Landeshauptstadt am Morgen zu machen.

Im Süden dieses Landes muss man nämlich sehr früh aufstehen wenn man um 8.00 Uhr hier in St. Pölten zu arbeiten beginnen will. Genauer gesagt muss man um 5.33 Uhr in Neunkirchen den Zug besteigen, darf dann um 6.16 Uhr in Wien-Meidling umsteigen, ein zweites Mal umsteigen in Wien Hütteldorf um 6.43 Uhr um dann um 7.54 Uhr, nach zweieinhalb Stunden Anreise, sicherlich erholt und entspannt hier in St. Pölten anzukommen.

Lieber Herr Abgeordneter Riedl, ich frage Sie: Wo sind denn die Wieselbusse aus dem Bezirk Neunkirchen? In diesem Bereich sind sie nämlich schon lange eingestellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Kosten für eine Monatskarte, 146 Euro, möchte ich noch hinzufügen. Und das ist ein Pendlerlos, dem die Politik nicht achselzuckend gegenüberstehen darf. Hier ist Handlungsbedarf und es muss zu einer drastischen Verbesserung des Streckennetzes und zu einem Überdenken der Tarifpolitik kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zu den ständig steigenden Preisen bei den ÖBB, zu den schlechten Verbindungen und zu dem geringen Kundenservice, und da möchte ich gar nicht näher auf die laufende Diskussion über komplizierte Fahrkartensysteme oder geschlossene Bahnhofs-WCs eingehen, zu all dem kommt noch hinzu, dass mit einem veraltetem Wagenmaterial gefahren wird, dass es unaufgeräumte Züge gibt, dass es unzählige Verspätungen gibt und dass trotz bezahlter Fahrkarte man sehr oft nur einen Steh-

platz bekommt. Alles sehr förderlich für die Lebensqualität der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Verantwortlich dafür ein ÖBB-Management unter dem schwarzen Generalsekretär Kukacka, das noch nie soviel abkassiert hat wie heute. Und ich zitiere aus dem Konzernbericht der ÖBB: Vorstandsgagen im Jahr 2002 1,2 Millionen Euro. Vorstandsgagen im Jahr 2003 1,5 Millionen Euro. Und Vorstandsgagen im Jahr 2004 1,6 Millionen Euro. Bezahlt wird das alles von den Pendlerinnen und Pendlern. In Zuschauerposition eine schwarz-bunte Bundesregierung, die zuschaut und keine Verantwortung mehr für die Pendlerinnen und Pendlern in diesem Land übernimmt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bedanken möchte ich mich allerdings, wie schon der Kollege Thumpser, bei den vielen Bediensteten der ÖBB, die viele Gehaltsstufen unter dem ÖBB-Management ihren Dienst versehen und die diese Stumpfsinnigkeiten, die ihnen das Management jeden Tag aufbürdet, auszubaden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zusammenfassend kann man nur festhalten: Niederösterreich steht auf der Straße ohne einen funktionierenden und leistbaren öffentlichen Verkehr. Die Sozialdemokratie steht daher dafür, dass es zu einer Attraktivierung der Fahrpläne kommt, zu Investitionen in das Streckennetz und zu einer deutlichen finanziellen Entlastung für die Pendlerinnen und Pendlern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dass es zu einem Preisstopp bei den Monats- und Jahreskarten bei den ÖBB kommt, dass die Pendlerpauschale noch um ein Weiteres angehoben wird und ebenso die Pendlerbeihilfe des Landes. Und Sie, liebe Abgeordnete der ÖVP, würden gut daran tun, sich auch für die Interessen der Pendler einzusetzen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Hiller das Wort. Ich möchte aber auch im Namen des Herrn Präsidenten Mag. Freibauer sagen, das Rednerpult wurde umgebaut, so wie die gesamte Akustikanlage und daher fehlt heute noch eine Abstellmöglichkeit für Wassergläser. Die wird nachgeholt. Also jene, die heute etwas rau bei Stimme sind, möchten sich gedulden bis zur nächsten Landtagssitzung. Bitte, Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. Hiller (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Zeitalter ist zweifellos bestimmt, einerseits durch die steigende Mobilität, deren Anforderungen und deren Möglichkeiten, auch den gesteigerten Möglichkeiten im Bereich der Informationskapazitäten, die mehr Menschen nützen können.

Es zeichnet gerade die hoch entwickelten Industrieländer aus, zu welchen sich Österreich erfolgreicherweise auch zählen kann, dass wir in diesem Bereich, in diesem Genre uns bewegen können und alle Vorteile, aber auch alle Nachteile und Hemmnisse diesbezüglich wahrnehmen müssen und darauf Antworten geben können.

Die globale Anbindung und Vernetzung ist für jeden, auch für Otto Normalverbraucher heute auf der Tagesordnung. Von GPS, Global Position Systems bis hin zu unzähligen Passagierflugzeugflotten ist heute die Möglichkeit gegeben. Und wir haben erst die vergangenen Tage ein neues Rekordergebnis vom Flughafen Schwechat hier verlautbart bekommen mit über 20 Millionen Flugpassagieren im erfolgreichen Jahr 2005. Und alleine 15 Millionen davon haben am Flughafen Schwechat abgehoben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesen 20 Millionen Flugpassagieren sind auch sehr, sehr viele Personen, Österreicherinnen und Österreicher, dabei, die dem weitesten Los eines Pendlerjobs nachgehen, nämlich im Ausland, fern der Heimat für Österreichs Wirtschaft, für Österreichs Anliegen ihre Arbeit einzubringen. Und alleine schon das aus- und einchecken dauert also in diesem Falle länger als oft die längsten anreisenden Pendler zu ihren Arbeitsplätzen haben.

Ich möchte das aber nicht in dieser Sache stehen lassen, sondern wir wissen sehr wohl, dass Niederösterreich auf Grund seiner geografischen Konfiguration des weiten Landes, wie es so oft und treffend genannt wird, natürlich auch in der Überwindung oft weite Strecken im Einzelschicksal zu den Arbeitsmöglichkeiten, zu den Märkten überwinden muss. Es ist kein Leichtes, von Gmünd oder von Kirchschlag am Wechsel oder von Waidhofen a.d. Ybbs oder auch von meiner Heimatstadt Laa a.d. Thaya in die Zentren zu gelangen, dort seine Arbeit und sein Geschäft zu verrichten. Das ist un-

ser Problem das wir seit Jahren kennen und für das wir, möchte ich sagen, alle eintreten. Und das unser gemeinsames Anliegen ist.

Ich glaube aber schon, dass die ÖVP-Politik hier einen wesentlichen Teil mit einbringt und da kann ich gewissen Vorrednern oder der Vorrednerin in ihrer Erstrede nicht folgen. Dass wir sehr wohl hier versuchen und auch mit Erfolg bereits versucht haben und dies auch gelungen ist, dass wir für unsere zahlreichen, für die 10.000 Aus- und Einpendler hier Möglichkeiten vorfinden, die das Mögliche hier an Angebot realisieren. Und das ist das Wichtigste. Dass wir beginnend von den Gemeinden über die Landespolitik bis hin zur Bundespolitik in größtmöglichem Umfang uns einbringen und die oft nicht sehr billigen, auch nicht sehr einfachen Lösungen für unsere so zahlreichen Pendlerinnen und Pendler hier in erster Güte in diesem Land, in diesem schönen Land im Herzen Europas anbieten.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, Niederösterreich hat in diesen Jahren, in diesem Jahrzehnt, eine besondere Herausforderung gleichzeitig zu bewältigen. Einerseits am peripheren Rand von zwei Wirtschaftsblöcken gelegen mit vielen Verkehrsunterbrechungen, welche über Jahrhunderte hindurch Funktion gehabt haben, haben wir nunmehr seit 1989 wieder die Möglichkeit, unsere Verkehrswege zu internationalisieren. Das heißt nicht nur für die Grenzräume vorzusorgen, sondern darüber hinaus auch die Verkehrsangebote so auszurichten, dass im zunehmenden Ausmaß auch Arbeits- und Geschäftsmöglichkeiten über den Grenzen wahrgenommen werden können. Und hier ist Niederösterreich und auch Österreich insgesamt ein Vorzeigeland. Inwieweit die Prosperität der österreichischen Wirtschaft über tüchtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, über ein tüchtiges Management hier zusätzlich Arbeitsplätze schafft, die uns allen hier zur Wohlstandsmehrung und zum Erfolg gereichen.

Die einzelnen Segmente unseres Verkehrsangebotes sind natürlich vielfältig. Wo man anfängt ist nicht das Entscheidende, ob jetzt die Straßen wichtiger als die Bahn oder umgekehrt sind, beides ist von Wichtigkeit. Und muss im Zusammenhang natürlich auch immer wieder mit den ergänzenden Verkehrsmitteln, wie dem Busverkehr letztendlich ergänzt werden um wirklich flächendeckend auch in Querverbindungen ein Angebot für unsere arbeitende Bevölkerung zu ihren Arbeitsplätzen hier zu haben.

Und da können wir sehr wohl hier auf schöne Erfolge in den letzten 15 Jahren verweisen. Ich

habe mir da extra einige Sachen herausgesucht und kann, wie ich schon einführend erwähnt habe, manchen Vorrednern hier nicht folgen. Wenn ich zum Beispiel hernehme die Bahnverbindung von Amstetten nach Wien-West. Es ist zwar keine Fahrzeiterparnis, die man realisieren hat können, aber immerhin hat sich das Zugsangebot von 1990 auf 2000 um 12 Züge erweitert und von 2000 bis 2006 um weitere 19 Züge, statt damals 21 sind jetzt 40. Also ist eine tolle Fahrzeitverdichtung, die natürlich einerseits dem Mehr an Pendlern Rechnung trägt und diese Kapazitäten auch aufnimmt. Und das ist zu berücksichtigen. Auch wenn es manchen nicht gefällt. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich kann auch nicht der Frau Kollegin Kögler folgen, wenn sie die Strecke von Neunkirchen in unsere Landeshauptstadt hier erwähnt über die Bahnverbindung. Da hat sie nämlich noch nicht in Erfahrung gebracht, dass vier Wieselbusse über Wr. Neustadt fahren. *(Abg. Gartner: Die sind eingestellt worden!)*

Ich habe die neuesten Zahlen da. Ich darf Ihnen das sagen. Die hier aus 2006, das sind die neuesten Zahlen, die hier von Wr. Neustadt weg in eineinhalb Stunden Fahrzeit, 15, 20 Minuten muss man von Neunkirchen noch hinzurechnen, in St. Pölten sind. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich kann also weiter auch berichten, dass zum Beispiel die Strecke von Zwettl nach St. Pölten im Jahre 1990 sind damals vier Züge verkehrt, 2000 ebenfalls vier und jetzt sind es mit den vier Wieselbussen insgesamt 11 Möglichkeiten in eine Richtung die man hier nehmen kann. Dazu kommt eine Zeitersparnis von 113 Minuten. Das ist das beste Beispiel. Gibt vielen mit kleineren Fahrzeitverkürzungen. Aber man sieht, dass hier doch Wesentliches gestaltet und geschaffen werden konnte.

Der Ausbau der Bahn wird auch von den Medien im positiven Sinne wahrgenommen. Vergangene Woche, es war am Samstag, hat die „Kronen Zeitung“ in ihrer Wirtschaftsseite folgende Schlagzeile hier zum Besten gegeben: Es gab noch nie so viel Geld für die Bahn. Mit einer Grafik dazu, in welcher die Steigerung der Bahninvestitionen, beginnend vom Jahre 2000 mit 1,1 Milliarden Euro – auch viel Geld – bis ins heurige Budget hinein mit 2,3 Milliarden Euro, das sind über 100 Prozent Steigerung der Investitionen. Das ist hier von der „Kronen Zeitung“ wiedergegeben. Falls Sie es nicht wahrhaben wollen, ist das Ihre Sache.

Und in diesem Zusammenhang können wir stolz sein, dass es gelungen ist, in Niederösterreich wichtige, zukunftsweisende kapazitätsfördernde

Bahninvestitionen zu bekommen. Wenn ich an den viergleisigen Ausbau der Westbahn hier denke. Die neuen Möglichkeiten, die hier Richtung Bratislava gegeben sind werden durch den Ausbau, durch den beschlossenen Ausbau, die wir in den Süden, die wir auf der S2 endgültig bis Ende dieses Jahres umsetzen werden, werden wir einerseits Komfortverbesserungen haben, wir werden die Kapazitäten verbessern und wir werden letztendlich auch hier schneller zur Sache kommen können. Das heißt, die Leute hier schneller von Ort zu Ort bringen.

Im Straßenbau muss ich all dem entgegentreten was hier von sozialistischer Seite sehr demagogisch gebracht wurde. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Von sozialdemokratischer, gut, ihr heißt noch immer SPÖ, da hat sich an und für sich nicht allzu viel im Erscheinungsbild geändert. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Wollt ihr eure Geschichte vielleicht leugnen? *(Abg. Dworak: Ihr macht das aber präpotent!)*

Es ist ja nur eine Sache der Propaganda.

Im Straßensektor ist hier sehr viel von niederösterreichischer Seite bewirkt worden. Nur ein Vergleich: Das wichtige Projekt S1, dem Ring um Wien, ist Niederösterreich mindestens um fünf Jahre vor dem Projekt, was die Wiener Seite hier zu erbringen hat. Wenn ich denke, dass wir bereits in Schwechat eine Umfahrung freigegeben haben und dann Ende April/Anfang Mai die gesamte Verlängerung von der A21 von Vösendorf rüber bis nach Schwechat haben bis zur Wiener Stadtgrenze. Und an der Wiener Stadtgrenze werden gerade nun mal Grundsondierungen getätigt. Wir haben erst im Oktober festgelegt im Rahmen des Druckes seitens der Landtagswahl in Wien überhaupt etwas zu tun. Wir in Niederösterreich können einerseits bereits in zwei Monaten die Südstrecke anbieten und die Nordschleife ist diesbezüglich bereits in der Vergabephase drinnen. Wien ist mindestens fünf Jahre hinten. Das wäre natürlich eine tolle Sache und eine großartige Aufgabe für die sozialdemokratische Fraktion im Landtag, bei ihren roten Brüdern und Schwestern in Wien hier Tempo zu machen. Damit dieses Hemmnis, dieses schwierige Hemmnis, das sich auf der A23 abspielt, damit dieses einmal zügig angegangen wird und dann auch den Pendlerinnen und den Pendlern in Niederösterreich zu Hilfe kommt und diese Staus, diese unnötigen verhindert.

Die Errichtung Nordautobahn ist eine weitere Möglichkeit. Und gerade heute ist ein besonderer Tag, nachdem heute Vormittag die Bundesregierung einstimmig im Ministerrat ganz wichtige Straßenbauprojekte einstimmig beschlossen hat. Und

zwar die von Kollegen Thumpser geforderte Verbindung, die wir aber schon lange in unseren Papieren hier über Jahre schon finden können. Dass hier die Traisenschnellstraße S34 von St. Pölten, vom Kreuz mit Schnellstraße nach Krems Richtung Wilhelmsburg hier in das Bundesstraßengesetz aufgenommen wird. Ebenso die Weinviertel Schnellstraße S3 von Stockerau nach Kleinhauzdorf. Und dazu die Marchfeld Schnellstraße S8 von Raasdorf nach Marchegg.

Meine Damen und Herren! Das sind immerhin Gesamtkosten im Umfang von 900 Millionen Euro. Und das wird, so ist es vereinbart, auch über die Mauteinnahmen der ASFINAG, wie schon andere Projekte, finanziert. Also nicht nur eine Sache für den heutigen Tag, sondern nachhaltig bewusst hat die niederösterreichische Politik durch ihre Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler das Heft in die Hand genommen und erfolgreich bei unseren Freunden in der Bundesregierung diese Projekte, diese wichtigen Infrastrukturprojekte auch im Interesse, im besonderen Interesse der Pendler, durchgedrückt. Ich darf dazu recht herzlich danken allen die sich hier eingebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch bis hin zu den Vertretern der Bundesregierung, an der Spitze Bundeskanzler Schüssel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass die Verkehrspolitik des Landes Niederösterreich damit eindeutig unter Beweis stellt, dass die Dinge, die wir angehen, auch tatsächlich Gehör finden. Dass wir sie, so wie die Donau-Universität und so wie das Exzellenz-Center in Klosterneuburg, dass wir diese Sachen nach reiflichen Prozessüberlegungen, nach Diskussionen, dass wir dann, wenn wir Beschlüsse fassen, auch in der Lage sind, für die Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich eine nachvollziehbare Politik hier auf den Tisch legen können, die letztendlich hier allen zum Genuss reicht. Das Herunterreden, das Mildreden ist nicht unsere Sache. Wir stehen dazu, dass wir unsere Politik ernst machen und für unser schönes und erfolgreiches Niederösterreich und Österreich uns tagtäglich einbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Eine neuerliche tatsächliche Berichtigung möchte Herr Abgeordneter Riedl vornehmen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Herr Präsident! Auf Grund der vielen Sorgen und Belastungen, die die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher erwarten vom Vorsitzenden Gusenbauer, habe ich ihm gleich auch die kilometerabhängige Pkw-Maut

zugeordnet. Das ist natürlich nicht richtig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vielmehr richtig ist, dass es ein Sozialdemokrat war, dass das heute noch immer gefordert wird von den Sozialdemokraten, nämlich der Landeshauptmann Häupl. Das wollte ich tatsächlich berichtigen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Das macht Schule. Herr Abgeordneter Thumpser, ebenfalls eine tatsächliche Berichtigung.

Abg. Thumpser (SPÖ): Zum Abgeordneten Riedl: Bitte, die eine Minute, nicht einmal, die halbe Minute schenk' mir noch. Tatsächliche Berichtigung: Nicht einmal der Wiener Bürgermeister Michael Häupl fordert es. Bürgermeister Michael Häupl hat klar gesagt, dass er die Maut kategorisch für Wien ausschließt. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Für das Protokoll: Neuerliche tatsächliche Berichtigung Abg. Mag. Riedl.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Ich wollte eigentlich dieses Schauspiel jetzt nicht mehr weiter bieten. APA-Online Manager: Also wir können da gerne nachlesen. Wiens Bürgermeister Häupl bestätigt, die Landes-SPÖ denkt über die Einführung der Pkw-Maut und Roadpricing nach. Sie steht auch weiterhin zu diesem Nachdenken und sie möchte das auch umsetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Nun in der Rednerliste gehe ich weiter und zwar Herr Abgeordneter Findeis bitte.

Abg. Findeis (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Zu den verkehrspolitisch am stärksten benachteiligten Gebieten Niederösterreichs zählt mit Sicherheit das Weinviertel. Jahrzehntlang vom Eisernen Vorhang umgeben, hat die Region ein beinahe vergessenes Dasein geführt. An sie erinnert hat man sich bis heute scheinbar nicht. Und das Weinviertel umfasst mit den Bezirken Hollabrunn, Mistelbach, Korneuburg, Gänserndorf und Teilen des Bezirkes Tulln eine recht beachtliche Fläche von rund 450.000 Hektar und beherbergt über 300.000 Menschen. Doch diese Fläche ist mangelhaft erschlossen. Die Menschen werden von der Verkehrspolitik des Landes im Stich gelassen. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sicherlich wird mir jeder hier im Saal beipflichten, dass das Vorhandensein von leistungsfähigen Verkehrslinien Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung

ist. Firmen brauchen Straße und Schiene um Waren zu- und abtransportieren zu können. Die Menschen benötigen sie auf ihrem täglichen Weg zur Arbeit.

Mir geht es aber hier bei Weitem nicht um das Lamentieren über ein einzelnes Straßenstück. Und es liegt mir fern, irgend etwas krank zu jammern, ganz im Gegenteil. Ich freue mich über jeden Fortschritt wenn es ihn gibt. Bisher haben sich viele Projekte im Weinviertel allerdings als Wahlkampfschmäh entpuppt. Der Bau der Nordautobahn wird seit Jahren versprochen. Hauptsächlich dann, wenn man es wahlkampftaktisch gut brauchen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

1999 feierte die NÖ Volkspartei ein 15-Milliarden Straßenbaupaket. Da äußerte sich Kollege Hiller darüber, dass Landeshauptmann Pröll Marksteine in der niederösterreichischen Verkehrspolitik gesetzt hat, und mit der Errichtung der Nordautobahn und dem Ausbau der Weinviertel Schnellstraße sowie anderen Projekten in Niederösterreich infrastrukturell aufgeschlossen wurde.

Vielleicht ist es ganz interessant in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass 1999 ein Nationalratswahljahr war. Das war aber nicht nur das Ende, die Geschichte lässt sich noch ein paar Jahre fortsetzen. Im November 1999 berichtet der damalige Klubobmann Strasser erneut darüber, dass es Landeshauptmann Pröll gelungen ist, den Bau der Nordautobahn im Rahmen eines 15 Milliarden-Straßenpaketes durchzusetzen und erklärt dies als Markstein für den Weg des Weinviertels vom Grenzland zum Kernland. (*Abg. Lembacher: Weißt du eh wer da dagegen war?*)

Der Baubeginn sei demnach mit 2001 festgelegt worden. Und am 4. Juni 2000 äußerte sich Kollege Wilfing begeistert über den Planungsfortschritt der Nordautobahn und den Einsatz von Landeshauptmann Pröll. Den Baubeginn stellt er für spätestens 2002 in Aussicht. Und am 17. März 2003 wird öffentlichkeitswirksam von Landeshauptmann Dr. Pröll und Minister Gorbach der Spaten für die Nordautobahn gestochen. Dass 13 Tage später die Landtagswahl stattgefunden hat, wird wohl nur ein Zufall sein.

Im September 2005 stellte Landeshauptmann Pröll nun die Fertigstellung bis zum Jahr 2009 in Aussicht. Damit ist seit den ersten Jubelmeldungen ein Jahrzehnt verstrichen. 10 Jahre, die für die Wirtschaft und die Menschen in der Region Weinviertel verloren sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber auch viele weitere für das Weinviertel dringend notwendige Vorhaben sind seit Jahren

versprochen und nicht gehalten. Wie die für die Region besonders wichtige Brücke über die March. Auch die Verwirklichung dieses unverzichtbaren Infrastrukturprojekts wird seit Jahren versprochen. Freilich, ohne dass dem Versprechen auch eine leistungsfähige Brücke gefolgt wäre.

Und die nach wie vor noch versprochene Verbesserung des hochrangigen Straßennetzes ist aber nur ein Aspekt. Auch der entsprechende Ausbau der Schieneninfrastruktur lässt noch immer auf sich warten. Wie schaut die Situation des öffentlichen Verkehrs im Weinviertel also derzeit aus, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

Die Verbindungen sind für die Pendlerinnen und Pendler, wie wir hörten, teilweise unzumutbar. Auf die Details möchte ich hier nicht eingehen sondern analog zum Straßennetz nur auf die groben Strukturprobleme. Das Prozedere ist nämlich hier das gleiche wie bei den Straßen. Im Juli 1999 wurde zwischen dem Bund und dem Land vertraglich der Ausbau der Schnellbahnlinie S2 und die Elektrifizierung des Streckenabschnittes Mistelbach – Laa beschlossen.

Der Baubeginn war für 2001 und die Fertigstellung für 2003 vorgesehen. Der Vertrag trägt die Unterschrift natürlich des Landeshauptmannes Pröll. Im Jahr 2000 wies Landeshauptmann Pröll in einer Anfragebeantwortung auf den Ausbau der Schnellbahnlinie S2 hin und verweist auf den erfolgten Abschluss eines Ausbauvertrages für die Schnellbahnlinie S2 Wien-Mistelbach-Laa.

Und am 26. Februar 2003 sticht Landeshauptmann Pröll wieder einmal Spaten, rund einen Monat natürlich vor der Landtagswahl. Im Februar/März dieses Jahres 2006 wird nun endlich mit den Hauptbauarbeiten der Elektrifizierung zwischen Mistelbach und Laa begonnen. Entgegen den Ausführungen im Übereinkommen stellt sich nunmehr allerdings heraus, dass keine Schnellbahn nach Laa geführt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag! Unter diesen Versäumnissen und unter dieser Ankündigungspolitik haben die Menschen in unserer Region täglich zu leiden. Auf ihrem Weg zur Arbeit und zur Schule und durch die nach wie vor massive, wirtschaftliche Benachteiligung des Weinviertels. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Die Aktuelle Stunde heute „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“. Ich mein, man könnte beginnen mit einer Frage: Gibt's einen Unterschied zwischen einem Pendler der mit dem Auto oder einem der mit der Bahn oder öffentlich zur Arbeit fährt? Die Antwort ist nein. Beide haben keinen Job in ihrer Nähe. Beide haben am Weg zur Arbeit absolut Stress, Stress pur. Und beide werden voll abgezockt. Abgezockt von den schwarzen Raubrittern, die sich auf Kosten der Pendler ihre Taschen füllen. So einfach könnte man es einleitend sagen. Aber es ist noch ein bisschen komplizierter. Nehmen wir den Pendler mit dem Auto. Mit welchen Problemen ist er tagtäglich, ständig konfrontiert? Steigende Treibstoffkosten, steigende Versicherungskosten, steigende Kosten für die Vignette. Seit 1999 stiegen die Kosten für Autofahrer um zirka 25 Prozent.

Spritkosten in Niederösterreich so hoch wie noch nie. Nachzulesen. 825 Euro pro Kopf. Die höchsten Spritkosten. Das ist eine Studie des Verkehrsklubs. Und kann man bestätigt bekommen, warum immer mehr Leute auch auf das Auto umsteigen und umsteigen müssen: Weil die öffentlichen Verkehrsmittel leider Gottes nicht attraktiv genug sind. Also von den Jubelmeldungen heute hier der ÖVP, dass eh alles perfekt ist und passt, da hätte man ja glauben müssen, es haben die öffentlichen zugenommen. Es sind mehr Bahnlinien gebaut worden. Ich kann mich an viele Bahnlinien erinnern, wo zwischen den Gleisen so die Bäume herauswachsen und die sind schon drei Meter hoch. So was kenne ich leider Gottes seit die ÖVP in diesem Saat das Sagen hat.

Oder dem Pendler, der mit den Öffentlichen, zum Beispiel mit der Bahn, zur Arbeit fährt. Steigende Bahnpreise, seit 2000 um 40 Prozent gestiegen, sinkende Qualität. Ob es der Fahrplan ist oder der Ticketautomat, brauchen wir gar nicht diskutieren. Und auch bei den Öffentlichen seit 1999 um über 20 Prozent hier alles gestiegen. Dass hier Probleme im öffentlichen Bereich sind haben viele Vorredner besprochen, brauche ich absolut nicht wiederholen. Aber alle Medienberichte sprechen davon: Pendler werden zur Kasse gebeten. Weniger Züge, höhere Tarife. Die Pendler müssen wieder mehr zahlen. Bis zu den Problemen, die es rund und um die Bahn gibt. Riesiger Ärger über die Bahn. Alles bitte nachzulesen. Es stimmt leider, der Unmut ist berechtigt und der Unmut ist vorhanden.

Wie schaut so ein Pendlertag aus? Ich habe das heute schon von einer Vorrednerin hier mitbeobachtet und kann das nur wiederholen. Auch ich habe hier versucht so ein bisschen etwas aufzuzeigen, wie geht's so einem Pendler wirklich.

Im Morgengrauen ins Auto, gestresst im Stau, nach zirka eineinhalb, zwei Stunden am Arbeitsplatz, einen schweren Arbeitstag, dann die Heimat, wieder ein Stau, im Winter die Gefahren der Straße, dann ein kurzer Tankaufenthalt. Plötzlich das Gefühl dass man ausgeraubt worden ist, erschöpft nach Hause. Wo bleibt die Lebensqualität?

Oder der Bahnfahrer aus dem Waldviertel. Um zirka halb Uhr früh aufstehen, mit dem Auto zum 20 Kilometer entfernten Bahnhof, im Winter die Landesstraße leider noch stark verweht, weil der Straßendienst kann nicht überall gleichzeitig. Dann den Verbindungszug zum Zug nach Wien, wieder total überfüllt, eineinhalb Stunden stehen im Waggon zur Arbeit, natürlich nicht ausgerastet, am Abend natürlich alles noch einmal zurück. Nur, der Zug hat dann Verspätung. Damit ist dann der Verbindungszug nach Hause versäumt. Es ist zirka halb acht Abend, 19.30 Uhr. Das Auto ist 30 Kilometer von dort wo ich stehe entfernt. Wann ich heim komm, von dem kann ich träumen. 22.00 Uhr, vielleicht ist es 21.30 Uhr, vielleicht dauert es aber heute auch bis 23.00 Uhr.

Und 190.000 Niederösterreicher trifft es täglich, die nur hier diesen Bereich nach Wien auspendeln. Und es sind über 50 Prozent, die länger als eine Stunde unterwegs sind. Und was auch absolut nicht in Ordnung ist, es sind immer mehr Frauen die hier pendeln müssen. Also auch das sogenannte schwache Geschlecht muss immer mehr hier diese Strapazen in Kauf nehmen. Und es gibt Studien die bereits davon sprechen und es untermalen, dass Pendeln auch psychisch depressiv, also krank macht.

Warum tut man sich dann das an? Weil kein Arbeitsplatz vor Ort in der Region vorhanden ist. Nicht nur im Waldviertel und Weinviertel, auch in anderen Regionen. Und weil das Einkommen bitter benötigt wird. Das heißt, ein Pendler macht das nicht freiwillig. Er wird gezwungen. Gezwungen vom Versagen der Politik. Das Versagen der Politik, heute schon oft hier gesagt: Versäumnisse in der Infrastruktur, keine Betriebsansiedlungen in der Region, ist eh klar. Weil eben hier die Infrastruktur fehlt. Und es gibt sowieso schon 56.000 Arbeitslose in Niederösterreich. Das heißt, es bleibt ja einem gar nichts anderes übrig als dass er kämpft und kämpft und kämpft, weil er weiß ja auf der anderen

Seite sind ja eh so viel die auch einen Arbeitsplatz benötigen.

Und dann kann man natürlich und muss natürlich auch die Frage stellen, wer ist schuld an diesem Zustand? Der Pendler nicht. Der muss es machen gezwungenerweise. Die Wirtschaft teilweise auch nicht. Weil die Wirtschaft sagt natürlich, wir werden uns dort ansiedeln wo die Infrastruktur in Ordnung ist. Also ist's die Politik. Und Politik ist so ein schönes Wort. Ich sage immer, Schuld hat der, der auch das Sagen hat. Und wer hat in Niederösterreich das Sagen und ist stolz darauf dass er das Sagen hat? Das ist der Herr Landeshauptmann Erwin Pröll. Er hat das Sagen, also hat er die Schuld. Und trägt die Verantwortung für all diese Probleme, die die Pendler haben.

Und der Landeshauptmann Pröll, ist traurig, dass er heute als zuständiges Regierungsmitglied gar nicht da ist. Das ist eigentlich beschämend und das ist eine Absage an den Landtag wie ernst er es wirklich mit den Problemen der Pendler nimmt. Und ich sage es hier ganz deutlich: Unserem Landeshauptmann Erwin Pröll sind die Pendler und ihre Probleme „wurscht“. Sonst wär er da und nicht irgendwo beim Buffet oder würde darüber reden was man irgendwo besser machen könnte.

Er sollte für Arbeitsplätze sorgen. Er sollte für eine bessere Infrastruktur sorgen. Und er sollte unseren Pendlern helfen. Doch ich fordere sogar unseren Landeshauptmann und seine Freunde auf: Versetzen Sie sich in die Lage dieser Pendler. Denken Sie zum Beispiel, Herr Landeshauptmann, an diese Menschen und an die Strapazen. Vielleicht in der Zeit wo man mit Chauffeur und Dienstlimousine durch die Landschaft fährt. Pendler sind Menschen. Pendler sind Menschen mit Familien und mit Kinder. Und die leiden darunter, dass sie oft bis am Wochenende ihre Kinder nicht zu Gesicht bekommen. Und daher, erleichtern wir unseren Pendlern ihr Leben!

Das ist ganz einfach. Wer hat im Bund das Sagen? Sein Freund, Bundeskanzler Schüssel, der große Schweiger. Er ist verantwortlich für die hohen Treibstoffpreise. Wäre ganz einfach. Aber wenn man auf Kosten der Pendler das Staatsbudget sanieren möchte, dann ist es ganz klar. Wer ist verantwortlich für die hohen Versicherungskosten? Wer ist für die hohen Bahntarife verantwortlich? Wer ist verantwortlich dafür dass das amtliche Kilometergeld nicht dementsprechend angepasst wird. Und wer ist dafür verantwortlich dass die Pendlerpauschale nicht dem entspricht was tatsächlich ein Pendler haben müsste.

Und daher sage ich, nicht erschweren, sondern verbessern. Aber wie wir es gewohnt sind von unserem Landeshauptmann, zuständigem Verkehrsreferent, bei einem Vierteltag der ÖVP hat er wieder davon gesprochen, gute Verbindungen sorgen für mehr Jobs. Das ist seine Politik. Ein Artikel in der „Kronen Zeitung“ und er glaubt, dass damit die Pendler zufrieden gestellt sind. Ja, das nutzt ja nichts! Und wenn er dann ein paar Wochen später sagt, 420 Millionen Euro für unser Pendler, ja wo, wo gibt's die? Wo hilft das einem Pendler wenn man nicht einmal weiß was damit wirklich geschieht und gebaut wird. Phrasen, Sonntagsmeldungen, Jubelmeldungen in der Zeit wo sich unsere Pendler schon wieder auf den Weg zur Arbeit machen.

Daher, es liegt in der Hand der ÖVP und der schwarzen Bundesbahn, so schlimm es ist, und ich verstehe den Ärger der Pendler sehr bewusst. Ich verstehe ihn und daher sage ich auch: Wir müssen hier im Interesse der Pendler tätig werden. Und nicht nach neuen Anschlägen auf unsere Pendler anvisieren oder suchen. Ob es jetzt die geplante Pkw-Maut ist, die nicht nur Minister Gorbach und sein Kollege Kukacka und die ÖVP im Allgemeinen, sondern, es ist leider so, dieser Abzock-Virus hat auch kurzfristig den Landeshauptmann Häupl befallen, den Bürgermeister.

Oder, wenn man so Aktionen von sich gibt wie es dort war, da haben wir uns alle so gefreut darüber – wir nicht, aber die ÖVP und die zuständige Ministerin – wie die Aktion Habicht gestartet wurde. Das war eine reine Abzockerei der Pendler, die sich durch den Verkehr quälen. Statt dass man die Kriminalität bekämpft hat man unsere Exekutivorgane, die das gar nicht wollen haben, auf die Straße geschickt und hat die Pendler noch einmal belastet. Und das ist genau das was wir nicht wollen, was wir verurteilen. Und daher sage ich abschließend, wir dürfen unsere Pendler nicht weiter zur Melkkuh der Nation abstempeln. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kernstock am Wort.

Abg. Kernstock (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Werte Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren!

Die Aktuelle Stunde im NÖ Landtag mit dem Arbeitstitel „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“ gibt uns die Gelegenheit, auch auf Versäumnisse beim Ausbau des Straßennetzes im niederösterreichischen Zentralraum Mostviertel hinzuweisen. Pendeln ist meines Erachtens nicht nur Schiene, sondern auch Straße.

Bereits im Juni 2003 habe ich im Zusammenhang mit dem dreispurigen Ausbau der S33 von Krems nach St. Pölten auf die Errichtung einer neuen Donaubrücke bei Traismauer hingewiesen. Viele Diskussionen sind seither geführt worden, aber von einem Baubeginn ist bis heute noch nichts zu sehen. Der Landeshauptmann und Verkehrsreferent von Niederösterreich Dr. Erwin Pröll hat auf Grund einer Anfrage von mir am 18. Jänner 2005, also schon vor einem Jahr, schriftlich mitgeteilt, dass mit dem Bau der Donau-Brücke noch im Jahr 2005 begonnen werden soll. Wir haben schon Februar 2006, von einem Spatenstich und von einem Baubeginn ist bis heute nichts zu sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landeshauptstadt St. Pölten erstickt täglich im Verkehr. An der Realisierung der Kerntangente Nord-Traisenbrücke in der Landeshauptstadt arbeiten die Gemeindeverantwortlichen nun schon bereits über 20 Jahre. In einem sogenannten Hauptstadtpaket ist diese Kerntangente zwischen dem Land und der Stadt festgehalten worden. Dazu zitiere ich eine jüngst getroffene Aussage der Vizebürgermeisterin der Landeshauptstadt St. Pölten, Susanne Kysela. Leider war es für das Land Niederösterreich 20 Jahre nicht möglich, für die Errichtung dieser für den gesamten niederösterreichischen Zentralraum wichtigen Straße eine Bundesfinanzierung zu erreichen. Ich fordere daher die rasche Aufnahme der Kerntangente Nord-Traisenbrücke in das Landesverkehrs-konzept und ebenfalls die Erarbeitung einer Trassenführung sowie deren Finanzierung durch die Verkehrsplaner des Landes Niederösterreich.

Nicht nur der Zentralraum des Landes Niederösterreich braucht dringend Entlastungsstraßen, sondern auch Bereiche des Mostviertels. Besonders markant ist die Verkehrssituation in Wieselburg. Verkehrszählungen zufolge passieren täglich 15.200 Fahrzeuge den Stadtkern. Ein unerträglicher Zustand für die dort wohnenden Menschen im Zentrum dieser Stadt. Seit 10 Jahren gibt es intensive Diskussionen hinsichtlich einer Umfahrv Variante. Das UVP-Verfahren ist in Vorbereitung. Eine Ortsumfahrung von Wieselburg ist dringend notwendig für erstens die Entlastung des Stadtzentrums und die Weiterentwicklung des großen Erlauftales. Das heißt, diese Umfahrung hat nicht nur lokale, sondern auch regionale Bedeutung.

Sämtliche bereits involvierte Abteilungen des Landes Niederösterreich sind aufgefordert, alles zu unternehmen, dass die Umfahrung Wieselburg rasch verwirklicht werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weiters wurde vom Herrn Landeshauptmann und Verkehrsreferenten Dr. Erwin Pröll versprochen, dass eine Umfahrung für Winden bei Melk, diese wäre auch wichtig für den Hochwasserschutz B3 bis B 260 erbaut werden soll. Diese Umfahrung verbindet die Donaubrücke Pöchlarn und Würnsdorf. Nichts ist bis heute geschehen, wollte ich dem Herrn Landeshauptmann sagen. Er befindet sich ja leider nicht unter uns.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch auf eine politische Wahnsinnstat erster Güte hinweisen. Die Güterzugsumfahrung St. Pölten. Bereits vor Jahren wurden mehr als 150 Millionen Euro für die Errichtung der Güterzugsumfahrung St. Pölten verbaut. Viele Brücken und Tunnels stehen nutzlos in der Gegend und sind inzwischen schon Bauruinen geworden. Selbst Landeshauptmann Pröll hat in der Vergangenheit die Forderung erhoben, das Projekt ist mit Priorität 1a im Generalverkehrsplan Österreichs zu listen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bei der Abstimmung stimmten jedoch die ÖVP-Abgeordneten des Nationalrates geschlossen, selbst die des Bezirkes St. Pölten, also seine eigenen Parteikollegen dagegen gegen den ausdrücklichen Wunsch ihres Landeshauptmannes.

Ja, so ist es! Für die bisher nutzlos getätigten Investitionen sind 16,6 Prozent oder 25 Millionen Euro an Kreditzinsen angefallen. Umgelegt auf die bisher investierte Summe von rund 159 Millionen Euro fallen damit jährlich weitere 7,3 Millionen Euro an reinen Zinskosten für die Bauruinen an. Und die Zinsen laufen munter weiter, ohne dass die Güterzugsumfahrung genutzt werden kann. Der Baustopp ist meines Erachtens ein betriebs- und volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Die Fertigstellung ist daher sofort aufzunehmen. Ich fordere daher den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll auf und ich ersuche ihn auch eindringlich, auf die Bundesverantwortlichen einzuwirken, diesen wahnwitzigen Umstand, den ich jetzt geschildert habe, rasch zu beseitigen, den Baustopp aufzuheben und die Güterzugsumfahrung St. Pölten fertig zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist im Bereich des Ausbaues der Straßen und der Schienen im niederösterreichischen Zentralraum Mostviertel nicht alles Eitel und Wonne, wie uns immer wieder vor Augen geführt wird. Vieles liegt noch im Argen. Ich habe einige gravierende versprochene und nicht gehaltene Baumaßnahmen im Herzen von Niederösterreichs Zentralraum angesprochen. Ich fordere daher nochmals und abschließend die rasche bauliche Umsetzung der von mir aufgezeigten

Beispiele. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan vermerkt auf der Rednerliste. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Wie ich meine, dass auch der Kollege Kernstock sagen wollte ... *(Abg. Weninger: Das haben wir eh selber bemerkt, Herr Oberlehrer!)*

Sag einmal, verstehst keinen ... *(Abg. Weninger: Das ist nicht lustig!)*

Ah, nicht lustig? Na gut, dann natürlich nicht.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zuerst auf einen Satz des Kollegen Hiller einzugehen, den ich heute schon sehr oft gehört habe, auch von anderen Kolleginnen und Kollegen. Schlecht reden und krank jammern. Kollege Hiller, meine Damen und Herren von der ÖVP! Wenn ich mir die Presseaussendungen von eurem Landesgeschäftsführer anschau, dann gibt's dort nichts außer schlecht reden. Dort wird alles andere was nicht ÖVP ist, schlecht gemacht. „Wurscht“ ob blau-gelb oder nicht. Alles was nicht schwarz wird, wird schlecht gemacht. *(Beifall beider Grünen und SPÖ.)*

Ein anderes Beispiel, meine Damen und Herren, was den Kollegen Riedl betrifft, was auch ganz symptomatisch für das schlecht machen ist. Es denkt eine Landesorganisation, „wurscht“ welcher Partei, über etwas nach und sagt es auch dass sie darüber nachdenkt, nicht mehr. Grund genug für Sie von der ÖVP, denen irgendwas zu unterstellen, dass mit dem Nachdenken schon alleine die Welt halb untergeht. Und schon das werten Sie gerade nicht als Landesverrat. Also das soviel zum Schlecht machen.

Aber jetzt zum Thema selbst. Es ist richtig, es ist vieles schon gesagt worden. Aus Niederösterreich pendeln sehr, sehr viele Menschen - ich weiß gar nicht, Kollege Thumpser, ob es nur 95.000 sind, ich weiß nicht, ob es nicht sogar schon mehr sind - großteils in die Bundeshauptstadt ein. Ich möchte nicht so streng sein wie der Kollege Waldhäusl und meinen, an allem trägt die Politik die Schuld. Ich glaube, dass was Wesentliches natürlich auch die Raumordnungspolitik ist. Es ist schon richtig, dass verfehlte Raumordnungspolitik natürlich zur Veränderung der Strukturen führt, auch der wirtschaftlichen Strukturen und das wieder mehr Mobilitätsbedürfnis erzeugt. Das stimmt schon. Aber nur die Schuld der Politik zu geben, wäre etwas zu kurz

gegriffen. Es sind natürlich auch wirtschaftliche Entwicklungen die man von der Politik nicht oder nur schwer beeinflussen kann, die da eine Rolle spielen.

Wobei ich aber der Frau Abgeordneten Kögler sehr, sehr beipflichte, dass Pendeln eine sehr große Belastung ist. Das glaube ich auch. Nicht zuletzt hat ja vor wenigen Tagen erst die Wiener Arbeiterkammer in einer Studie gezeigt, dass Pendeln ganz einfach Stress verursacht, Ärger verursacht, dass lange Arbeitswege Stress verursachen. Dass sowohl das Pendeln mit Bus und Bahn als auch mit dem Auto eine große Belastung für die Menschen ist. Und da möchte ich schon auf eines hinweisen: Allein mit dem Zuweisen von Geld werden wir diese Probleme nicht in den Griff bekommen! Ist schon richtig, dass es eine Belastung ist, auch finanziell. Aber mit einer Aufstockung der Pendlerhilfe reduzieren wir nicht den Stress den die Leute haben.

Ich glaube, wir sollten tiefer ansetzen. Wir sollten beim Fahrkomfort ansetzen. Wir sollten überhaupt trachten danach dass die Leute möglichst bequem pendeln können oder möglichst wenig pendeln müssen. Aber nur jetzt sozusagen das Kilometergeld anheben und damit erst recht eine Mehrmotivation zu schaffen mit dem Auto zu pendeln halte ich für nicht sehr sinnvoll.

Wo ich aber durchaus beipflichte, vielen meiner Vorrednern, trotz der versuchten Argumente, die der Kollege Riedl gebracht hat: Es ist schon so, dass der öffentliche Verkehr sehr, sehr mangelhaft ist. Ich nenne nur die mangelnde Pünktlichkeit, das veraltete Wagenmaterial. Diese unseligen Strafgeldgebühren. Wenn man in einem Zug steigt, wird einem per Lautsprecher mitgeteilt, dass man in einem Zug sitzt für den man sich hätte vorher die Fahrkarte beim Automaten kaufen müssen. Also etwas Unsinnigeres habe ich ja fast noch nicht gesehen. Ein Sparen am falschen Platz! Ich nenne nur diese WC-Einsparungsprogramme, die es da offensichtlich gibt in der ÖBB. Immer mehr Bahnhöfe ohne Schalter, ohne Personal, „bedienungsresistente“, wenn ich das so sagen darf, Fahrscheinautomaten, wofür man fast schon einen PC-Kurs absolviert haben muss und vieles mehr.

Und – und das finde ich auch, da pflichte ich auch der Kollegin Kögler bei – ich kaufe mir eine Fahrkarte, zahle den vollen Preis und kann nicht sitzen, habe keinen Platz und komm verspätet an weil der Zug Verspätung hat. Dabei, meine Damen und Herren, ist Österreich eigentlich, was die Benützung des öffentlichen Verkehrs betrifft, noch relativ gut dran.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Österreich hat nach der Schweiz noch relativ günstige Basisdaten im öffentlichen Verkehr, einen noch vernünftigen Modal Split, also Verhältnis zwischen öffentlichem motorisiertem Individualverkehr. *(Abg. Thumpser: Noch!)*

Noch. Ganz richtig! Einerseits die ÖBB, andererseits aber auch die Politik dahinter, hat man schon den Eindruck, tun alles um dieses Verhältnis weiter zu verschlechtern. Ich darf jetzt nur einige Anregungen bringen was man machen könnte in der Verbesserung.

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass man, ähnlich wie in der Schweiz, eine Chipkarte einführt mit der man alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen kann. Wo man einmal eincheckt und dann kann man das abbuchen. Was bei der Krankenkasse selbstverständlich ist und bei vielen anderen Bereichen, das muss doch auch im öffentlichen Verkehr möglich sein.

Einen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild würde ich sehr, sehr anregen, sich das in der Schweiz einmal anzusehen. Eine Nahverkehrsreform mit Hand und Fuß. Der Kollege Thumpser sagt natürlich, es wäre Aufgabe des Bundes. Das mag sein. Ich könnte mir schon vorstellen, dass es auch die Länder machen in Form eines Bestellprinzips. Nur muss es ordentlich dotiert sein. Ich kann nicht auf der einen Seite den Ländern das Geld wegnehmen oder weniger Möglichkeiten geben, aber ihnen die ganzen öffentlichen Regionalverkehrslinien, ÖPNV-Strecken zu überantworten. *(Abg. Thumpser: Muss ja auch koordiniert werden!)*

Natürlich muss es auch koordiniert werden. Das ist schon klar. Es hat sich aber gezeigt, gerade in Deutschland, und weil wir ja öfter im NÖ Landtag von diesen rot-grünen politischen Belangen in Deutschland reden: Gerade in Deutschland hat sich gezeigt, dass Länder mit entsprechender finanzieller Dotierung Regionalbahnen durchaus wieder in die Höhe bringen. Und es waren interessanterweise nicht immer nur Bahnen die dann von den deutschen Bundesbahnen betrieben worden sind, sondern die haben andere Betreibergesellschaften gehabt.

Damit bin ich bei ganz Wesentlichem, nämlich beim Wettbewerb im öffentlichen Personen-Nahverkehr. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass alles die ÖBB machen muss oder soll. Gerade wenn die ÖBB so beieinander ist so wie die Kollegin Kögler gesagt hat, worin ich ihr völlig beipflichte. Und da-

mit, meine Damen und Herren, sind wir natürlich beim politischen Willen.

Es hängt schon am politischen Willen wie heute der öffentliche Verkehr aussieht! Es ist die ÖBB letztendlich noch im Eigentum der Republik und es ist noch Angelegenheit des Infrastrukturministers, politische Wünsche oder Forderungen, wenn er diese ernst meint, umzusetzen.

Aber, und das kann ich dem Kollegen Waldhäusl nicht ersparen, es war der Minister Gorbach schon ein Freiheitlicher. Und er ist halt zufällig jetzt ein oranger geworden. Aber in Wahrheit ist das eine schwarz-blaue Regierung gewesen. Und in Wahrheit war das ein freiheitlicher Infrastrukturminister, dem zur Verkehrspolitik halt eine Versuchsstrecke zu Tempo 160 eingefallen ist und eine missglückte ÖBB-Reform. Das war's und mehr nicht! Also das kann ich dem Kollegen Waldhäusl nicht ersparen.

Die Bilanz, ich habe ein paar Zahlen vor mir: Treibhausgasemissionen aus dem Verkehr in Österreich steigen frappant an. Sowohl im Lkw- aber auch natürlich im Pkw-Verkehr. (*Abg. Hiller: 2004 das erste Mal unten!*)

Ja, 2004 das erste Mal stagniert, aber nicht im Verkehr. Generell! Ich rede ja von den Treibhausgasen nur aus dem Verkehr. (*Abg. Hiller: Das kommt mit dem Biosprit!*)

Ja, das werden wir dann schon sehen.

Dann etwas ganz Wesentliches auch was den Straßenverkehr betrifft. Es ist in Wirklichkeit eine Art stiller Krieg, der hier geführt wird. Man kann ihn ruhig so bezeichnen. 77.000 tote Österreicherinnen und Österreicher seit dem Jahr 1960, 2,6 Millionen Verletzte. Allein im Jahr 2004 55.000 Verletzte.

Feinstaubbelastung: 4,8 Millionen Österreicherinnen fühlen sich durch den Lärm belastet. Vorzeitige Todesfälle durch Feinstaub und Ozon 4.650. All das ist in Wirklichkeit Krieg. Wären es Terroranschläge, dann hätten wir wahrscheinlich Bürgerkrieg auf der Welt. Aber wir nehmen es hin, weil wir gewöhnt sind, mit dem Automobil unterwegs zu sein.

Die Reaktion der Bundesregierung aus ASFINAG-Ausbauprogramm: Wir bauen zur Behebung der Mängel im Straßenverkehr neue Straßen. Und wissen, dass das nicht möglich sein kann. Wir sind mittlerweile auf einem Rekordwert im Jahr 2005. Was bewirkt das? Der Modal Splitt, von dem ich zuerst gesprochen habe, verschlechtert sich. Pkw-Benützung seit 1990 um 5 Prozent gestiegen, im Verhältnis jetzt nur gesprochen, Bahn-, Bus-,

Rad- und Fußverkehr um 6 Prozent gesunken. Die Emissionen steigen stark an, die Autoflotte wächst um jährlich rund 100.000 Pkws und Kombis.

Also das müssten wir schon auch beachten dass wir das Problem haben. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir der absoluten Verstaubung, Verschmutzung und Verlärmung in unserem Bundesland, wollen wir dem weiter Vorschub leisten oder wollen wir versuchen umzuschichten so, dass es einen verträglichen öffentlichen Verkehr gibt, den wir auch benützen können.

Eine Zahl: Es gibt natürlich den politischen Willen auch in Niederösterreich. Das Budget 2006, Straßenbaubudget 357 Millionen, ein Plus von 13 Millionen Euro. Der öffentliche Verkehr 49,6 Millionen, ein Plus von 0,9 Millionen Euro. Man darf sich nicht wundern, dass das Verhältnis Straße zu öffentlichem Verkehr so ist wie es ist.

Oder: Der Vergleich Wien-Bratislava. Wir haben jetzt in Fertigstellung die Spange Kittsee. Wir haben eine hochrangige Straßenverkehrsverbindung zwischen Wien und Bratislava. Und bevor wir jetzt die hochrangige Schiene oder auch nur eine vernünftige Schienenverbindung ausbauen, bauen wir lieber die zweite Autobahn dorthin und wundern uns, wenn die Leute nicht den öffentlichen Verkehr benützen.

Wenn man vergleicht die Verbindungen zwischen Wien und Wr. Neustadt und Wien und Bratislava, das ist kaum was um was die Strecke betrifft, dann steigen einem die Haare zu Berge, wie schlecht eigentlich die Verbindung nach Bratislava ist.

Ein weiteres Beispiel, auch was die Region Bratislava betrifft: Es ist nicht möglich seit mehr als zehn Jahren, von Wolfsthal nach Bratislava sieben Kilometer Schiene, Schienenverbindung zu einem Spottpreis herzustellen. Wieder herzustellen. Noch dazu mit sehr, sehr günstigen Rahmenbedingungen. Die Kolleginnen, die aus der Region kommen, wissen das. Es ist nicht möglich! Es ist auch nicht das Anliegen des Herrn Verkehrsreferenten, des Herrn Landeshauptmannes.

Es ist das Anliegen bei der Bundesregierung durchzusetzen, aber neue Schnellstraßen. Und die sind nicht, Kollege Hiller, für die Pendlerinnen und Pendler. Der Autobahnring um Wien bringt dem Einpendler nach Wien überhaupt nichts. Weil dem Einpendler nach Wien dem nutzt das nichts wenn er mit dem Auto rund um Wien herumfahren kann. Das sind hochrangige Autobahnverbindungen, die dem Lkw-Transit dienen. Um unser Steuergeld, um

das Geld, das eigentlich die Pendlerinnen und Pendler bräuchten. Und das ist das Problem! (*Beifall bei den Grünen. – Abg. Hiller: Sieben Kilometer durch Strasshof!*)

Die Entscheidung heute ist schön und gut. Ich würde mir nur wünschen, dass der Herr Landeshauptmann in anderen Dingen auch so durchsetzungskräftig ist. Dass er auch die Schienenverbindung zwischen Wien und Bratislava so rasch durchsetzt. Wo ist da das Engagement? Wo ist das Engagement des Landeshauptmannes in Sachen der kleinen Regionalbahnen? (*Abg. Hiller: Kommt!*) Kommt. Na, wie lange ist er denn noch Landeshauptmann? Wie lange ist er es denn schon? Versäumnisse, bald schon Jahrzehnte. Seit der Ostöffnung ein konsequentes Versäumnis des Landeshauptmannes und Verkehrsreferenten in Sachen öffentlicher Verkehr in den Osten, Schienen in den Osten. (*Abg. Hiller: Mit dem Flughafen haben wir eine neue Perspektive!*)

Ja, mit dem Flughafen haben wir eine neue Perspektive. Das ist dann der City Airport, der dann die Schnellbahn aufhält. Fährst einmal dort, dann siehst es. Also: Wo ich dem Kollegen Kernstock völlig Recht gebe, ist die Frage der Güterzugumfahrung. Ich kann mich dem nur anschließen.

Zum Abschluss: Vergleichen wir ganz rasch noch ÖBB und Schweizer Bundesbahn. ÖBB-fehler Taktfahrplan. Schweizer Bundesbahn-integrierter Taktfahrplan. ÖBB-unattraktive Regionalbahnen. SBB Halbstundentakt bei den Städteverbindungen und Viertelstundentakt in den Ballungsräumen! ÖBB-mangelnde Pünktlichkeit, zu wenig Information bei Verspätungen, veraltetes Wagenmaterial, kompliziertes Umsteigen. Schweizer Bundesbahn-Pünktlichkeit, Komfort, günstige All-Inclusive-Tickets, wie ich sie schon vorgeschlagen habe. Und vieles mehr.

Auch in Österreich fehlender Wettbewerb im Nahverkehr. In der Schweiz gibt es das. Dort werden die Nahverkehrslinien ausgeschrieben und die funktionieren dann auch. Das kostet ein bisschen was, aber der Mensch bekommt wenigstens was für sein Geld. Daher zusammenfassend: Wir brauchen Budgeterhöhung im öffentlichen Verkehr. Wir brauchen Ausbau statt Einstellung der Regionalbahnen, Wettbewerb auf den Nebenstrecken, Förderung von Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften nach beispielsweise vielen Schweizer Modellen, die es dort schon gibt. Einen integrierten Taktfahrplan, eine Qualitätsoffensive bei den ÖBB und einen Landeshauptmann, der sich endlich auch um den öffentlichen Verkehr kümmert. Danke sehr! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner kommt Herr Präsident Sacher zu Wort.

Abg. Präs. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Hoher Landtag! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

„Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“ das heutige Thema und zahlreiche Wortmeldungen haben darauf hingewiesen, dass mit dieser Thematik heute eine sehr aktuelle angesprochen worden ist. Und nicht aus politischem Hintergrund, sondern aus der wirklichen Sorge um die Pendler. Nicht weil wir Wahlkampf machen wollen, sondern weil wir die Pendlersituation in Niederösterreich verbessern wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vielleicht ist es ein Zufall, wenn, dann ist es ein schöner Zufall, dass sich heute auch niederösterreichische Medien mit diesem Thema beschäftigen. Und ich zitiere jetzt den „Kurier“ von heute. (*Zeigt Zeitungsausschnitt.*) Der „Kurier“ schreibt über die Bahnhofs- und Qualitätsoffensive der ÖBB und erwähnt zugleich, und das ist irgendwo symbolisch, die Videoüberwachung in seiner Überschrift. Aber der erste Satz gibt schon zu denken: Den ÖBB läuft das Stammpublikum davon. Vor allem Pendler aus Niederösterreich setzen immer häufiger auf den Pkw. Zitat „Kurier“, erster Absatz des heutigen Artikels.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir brauchen einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik, in Österreich und in Niederösterreich! Damit hat der „Kurier“ vollkommen Recht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was läuft schief dass das Publikum davon läuft? Antwort: Laufen die Räder nicht mehr so rund? Gibt es da irgend jemand, der dauernd Bremsband auf die Schienen streut, um in der Eisenbahnersprache zu sprechen? Ich habe eine Antwort. Die schwarz-blau-oranger Verkehrspolitik trägt kräftig Mitschuld an dieser Situation.

Es ist nämlich, und der Herr Kollege Fasan hat darauf hingewiesen, das Gegenbeispiel als Beweis anzutreten. Wenn eine positive Verkehrspolitik vor allem für den öffentlichen Personennahverkehr gemacht wird, dann kommen die Pendler zurück, dann kommen die Gäste zurück. Die Schweiz ist ein gutes Beispiel. Und ich bin dir dankbar für diese positiven Beispiele die du gebracht hast. Es gab in Österreich schon einen Anlauf für einen Taktfahrplan in der Ära Übleis, wenn ich darauf verweise. Der wurde dann nicht mehr weiter geführt, leider Gottes. Ja, ja, von der jetzigen Bundesregierung wurde die Demontage der ÖBB eingeleitet.

Es gibt ein anderes Erfolgsbeispiel, dass die Gäste, die Fahrgäste, dass die Kunden zurückkehren. Und das habe ich ja schon vor einiger Zeit in einer Debatte hier angeführt. Wir brauchen nur nach Salzburg zu schauen. Der öffentliche Personennahverkehr im Großraum Salzburg unter Einbeziehung von ÖBB und Salzburger Lokalbahn hat ganz große Erfolge und eine Trendumkehr gebracht im Zustrom der Pendler. Bei den Salzburger Lokalbahnen sind durch verbesserte Angebote 50 Prozent mehr Fahrgäste auf die Schiene zurückgekehrt. Wir brauchen also einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik um das Pendlerlos zu verbessern, sehr geehrte Damen und Herren!

Und was diese falsche Verkehrspolitik betrifft, geht derzeit ein Murren, ja Aufschrei fast durch alle Bundesländer. Das neue Nahverkehrsgesetz treibt die Länder auf die Palme. Aus den meisten Bundesländern, aus vielen Bundesländern, aus vielen Landtagen und Gemeinden kommen Resolutionen gegen diese neuen Gesetzesabsichten der Bundesregierung, gegen die Vorhaben Gorbachs und Kukackas. Die einzig und allein darauf hinauslaufen, und da sind wir beim Kern der heutigen Verkehrsproblematik, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr zurückzieht, davonstiehlt, möchte ich fast sagen, und die Verantwortung auf die Bundesländer und die Gemeinden überträgt. So kann diese Politik nicht fortgesetzt werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die derzeitig Verantwortlichen machen sich damit zu Totengräbern des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem jenes auf der Schiene. Und darum müssen alle Länder, müssen die Gemeinden, Städtebund, Gemeindebund, entgegen steuern und dagegen auftreten.

Und jetzt muss ich leider einen Vorwurf an die Niederösterreich-Verantwortlichen, an die Regierungsmehrheit der ÖVP und ihren Verkehrsreferenten, den Herrn Landeshauptmann richten. Während man aus den anderen Bundesländern Murren, Widerstand verspürt, rührt sich in Niederösterreich nichts. Mir fehlt der Aufschrei des Verkehrsreferenten von Niederösterreich gegen diese Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch Verschweigen, sehr geehrte Damen und Herren, macht man der Demontage des öffentlichen Verkehrs die Mauer und tritt nicht dagegen auf, sondern stärkt den Parteifreunden, den vermeintlichen Freunden in der Bundesregierung den Rücken. Und das hast du zitiert, Kollege Riedl. Hast sogar unseren jahrzehntelangen Vorsitzenden Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger zitiert. Und

uns sozusagen ins Stammbuch schreiben wollen, wir sollen uns an ihm orientieren und die Interessen Niederösterreichs vertreten. Und jetzt möchte ich auch dem Kollegen Riedl sagen, was schon der Kollege Fasan gesagt hat: Wenn man in diesem Land objektiv und ernstlich Zustände kritisiert, die nicht entsprechen, dann bekommt man von der ÖVP den Stempel des Vernaderers und des Schlechtmachers. Und das, um dann noch dazu Ernst Höger zu missbrauchen ... *(Abg. Hiller: Für jede Übertreibung! Für sonst nichts!)* ... Ernst Höger zu zitieren, was Zusammenarbeit betrifft, dagegen verwehren wir uns. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es muss unser Recht sein, lieber Kollege Franz Hiller, Missstände aufzuzeigen. Und nicht nur aufzuzeigen, zu kritisieren ... *(Abg. Hiller: Missstände, Mängel, keine Frage!)* Du wirst von mir auch, wenn die Zeit reicht, aber ich werde es mir so einteilen, Verbesserungsvorschläge hören. Aber die Zeit ist bald um.

Die erste Zeile: Verbesserungsvorschläge, die schlicht und einfach in dem Punkt konzentriert sind, dass alles getan werden muss, dass der öffentliche Nahverkehr gestärkt wird. Und dass wir zurückkehren zu einer vernünftigen, zukunftsorientierten Verkehrspolitik, zu einer Wiederherstellung der guten, alten Firmenstruktur der Bundesbahn. Darin sehe ich ein Kernübel der Sache. Nicht zum Personalabbau sondern zum verstärkten Einsatz von Personal und nicht von Videokameras zur Überwachung der Bahnsteige. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer ist als nächster Redner zu Wort gemeldet.

Abg. Ing. Hofbauer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Diese Aktuelle Stunde, beantragt von den Sozialdemokraten, ist gekennzeichnet von Übertreibungen, und ich wiederhole hier einige Aussagen von heute, vom Schlechtmachen in der Politik in Niederösterreich. *(Abg. Mag. Fasan: Aber wenn ihr die Wissenschaftler beschimpft, ist das keine Übertreibung?)*

Und das ist keine Hilfe für unsere Pendler und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Bundesland.

Kollege Moser und Hiller haben die Leistungen des Bundeslandes Niederösterreich für den Ausbau des öffentlichen und des Individualverkehrs dargestellt. In den letzten Jahren wurde der größte Beitrag, der jemals in der Geschichte unseres Bun-

deslandes im Ausbau der Straßen und Bahnlinien geleistet wurde, getan. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Wir nehmen halt den Kollegen Riedl, passt schon.

Ich möchte euch, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten, hier nochmals in Erinnerung rufen, was im Bereich des Bahnausbaus in Niederösterreich geleistet wurde und was derzeit in Bau ist. Der viergleisige Ausbau der Westbahn mit der Linie durch das Tullnerfeld und mit der Möglichkeit des Einbindens der Franz Josefs Bahn schafft sowohl für das Mostviertel als auch für das Waldviertel und Teile des Weinviertels eine optimale Anbindung der Bahnlinie an die Bundeshauptstadt Wien. Der Ausbau der Flughafenbahn, der heute hier auch angesprochen wurde, war auf niederösterreichischer Seite viel weiter fortgeschritten als in Wien. Erst durch das Drängen unseres Landeshauptmannes bei Dr. Häupl war es möglich, dass auch die Wiener hier ihre Leistungen vorangetrieben haben. Ich denke an den Ausbau der Südbahn oder im Bereich der Ostbahn Richtung Bratislava oder der Linie Richtung Laa a.d. Thaya.

Ich erinnere mich an das Jahr 1996, und nachdem ich schon einige Jahre hier im NÖ Landtag arbeiten darf, ich erinnere mich an die Diskussion zur Einführung der Wieselbusse. Aus dem Bereich der Sozialdemokraten ist große Skepsis und Ablehnung gekommen. Wir brauchen die Wirtschaft nicht zu fördern mit dem Ankauf von neuen Bussen usw. das soll sich selbst alles entwickeln. Heute fahren 600.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit dem Wieselbus! Und wenn ich nur eine Strecke hier nennen darf, von Gmünd nach St. Pölten haben wir eine Fahrtzeit von knapp 1,20 Stunden, das waren vorher mit der Bahn fast drei Stunden. Hier hat es Verbesserungen für die Pendler gegeben. Und das muss auch die Anerkennung unserer Vertreter in unserem Bundesland erreichen. *(Beifall bei Abg. Hiller. – Abg. Vladyka: Warum ist unserer dann eingestellt worden?)*

Ich möchte zur Wieselbus-Linie auch noch einen Satz sagen, zur Verbindung Neunkirchen – Wr. Neustadt – St. Pölten. Wenn auf der Strecke von Neunkirchen nach Wr. Neustadt kaum Fahrgäste im Zug sind oder im Wieselbus sitzen, dann glaube ich, ist es auch aus wirtschaftlicher Überlegung heraus gerechtfertigt zu überlegen. Die Zeit, da wir warme Luft in Bussen oder in Bahnwaggons von einem Ort zum anderen führen ist vorbei. Das hilft auch dem Pendler nicht, sondern eine leistungsfähige Strecke, gut frequentiert und gut ausgebaut, das ist das, was der Pendler braucht. *(Beifall bei Abg. Hiller. – Abg. Thumpser: Du bist auch noch nie gefahren!)*

Bei den Wieselbussen haben wir heute insgesamt 51 Kurspaare auf insgesamt 12 Linien. Das ist eine hervorragende Ausstattung unseres gesamten Bundeslandes. Ein Punkt, der heute noch nicht angesprochen wurde oder kaum erwähnt wurde, sind unsere Park and ride-Anlagen. Wir haben an den Hauptverkehrslinien in den letzten Jahren für 30.000 Pkws und 21.000 Zweiräder Plätze geschaffen. Plätze, wo die Pendler problemlos anreisen und von dort mit dem öffentlichen Verkehrsmittel weiter fahren können.

Und eines auch: Hier zeigt das Bundesland Niederösterreich soziale Wärme. Die Park and ride-Plätze sind in Niederösterreich nach wie vor gratis. Schauen Sie nach Wien, was die sozialdemokratische Wiener Stadtregierung vom Betreiben von Parkplätzen hier kassiert!

Es wurde angesprochen die Qualität der Waggons. 240 Doppelstockwaggons wurden angeschafft, davon alleine 180 durch das Bundesland Niederösterreich finanziert bzw. vorfinanziert um einen Betrag von 125 Millionen Euro. Die Pendler, die täglich in diesen Doppelstockwaggons unterwegs sind danken es uns dass sie nicht mit alten Waggons der Nachkriegszeit fahren müssen, sondern mit modernen klimatisierten Doppelstockwaggons unterwegs sein können.

Es wurde das Thema angesprochen „Arbeitsplätze“. Jeder Arbeitsplatz in der Region erspart einem Pendler die Wegstrecke. Auch hier leistet das Bundesland Niederösterreich hervorragende Arbeit. Und ich möchte mich hier ganz explizit nur mit den entferntesten Grenzregionen beschäftigen. Die Therme Laa a.d. Thaya gäbe es nicht, hätte nicht das Land Niederösterreich hier gemeinsam mit der Stadt Laa a.d. Thaya Initiative ergriffen. Heute ein hochwertiger Arbeitgeber in der Region und erspart vielen Menschen aus der Region Laa a.d. Thaya das Auspendeln nach Wien. Wenn ich an das Moorheilbad Harbach denke mit 500 Beschäftigten in einer sehr peripheren Region. Hochwertige Arbeitsplätze, die vielen Menschen aus dieser Region das Pendeln ersparen.

Oder wenn ich an die wirtschaftliche Entwicklung unserer Betriebe im Grenzland denke, an die Industriebetriebe des Bezirkes Gmünd, die besonders aus der Osterweiterung und Ostöffnung der EU profitieren und wodurch damit auch Wirtschaftsstandorte abgesichert und damit Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden.

Wir haben heute in Niederösterreich 550.000 Arbeitsplätze. Es waren 1999 450.000 Arbeitsplätze. *(Abg. Thumpser: Ihr seid alle in der falschen*

Aktuellen Stunde!

Wir konnten 100.000 Arbeitsplätze in Niederösterreich schaffen um damit auch unseren Pendlern die Möglichkeit zu geben, in der Region zu arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dass uns die Pendler in Niederösterreich viel wert sind und dass wir hier auch soziale Wärme zeigen, kann ich mit Frau Landesrätin Petra Bohuslav dokumentieren. Im Jahr 2005 wurde allein ein Betrag von 2,2 Millionen Euro an 6.400 Antragsteller auf Pendlerhilfe ausbezahlt. Ein Betrag, der den sozial Schwächeren Hilfestellung gibt.

Ich darf mich noch mit meinen Vorrednern kurz auseinandersetzen. Herr Kollege Findeis, die Nordautobahn. Hätte es hier nicht den Kollegen Wilfing gegeben, der dieses Thema entsprechend getragen hat und initiiert hat, gäbe es heute die Nordautobahn noch immer nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich erinnere mich an den Herrn Nationalrat Kummerer, der zum Schluss noch immer gegen die Nordautobahn gewettert hat. Heute ist der Beschluss gefasst worden, dass nicht nur die Nordautobahn, sondern auch die B 303 von Hollabrunn nach Kleinhaugsdorf gebaut wird. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Kernstock! Die Planungen für die Nordumfahrung St. Pölten sind im Laufen. Und Sie wissen ganz genau, dass man nicht an einem Tag eine Planung und eine Realisierung umsetzen kann. Das Gleiche für die Umfahrung Wieselburg. Aber ich weiß ja, dass die Sozialdemokraten die positive Entwicklung in unserem Bundesland gerne hintanstellen.

Ich möchte euch eines bitte auch noch mitgeben: Der Herr Dr. Gusenbauer hat vor Kurzem im Zusammenhang mit der Diskussion über die Regionalförderung verlangt, die Reduzierung der ländlichen Förderung um 50 Prozent. Und dass das kein leeres Wort ist, beweisen auch die Aktivitäten der sozialdemokratischen Minister in der Vergangenheit. Die Marchfeldstraße, die heute wiederum in das Bundesstraßengesetz aufgenommen wurde, hat es schon einmal gegeben als Planungsstrecke. Sie wurde aus dem Plan genommen unter dem Bundesminister Sekanina. Und das Gleiche für die B 303 von Hollabrunn Richtung Kleinhaugsdorf. Auch diese Strecke war bereits einmal im Bundesstraßenplan enthalten und wurde durch den seinerzeitigen Bundesminister Dr. Übleis wieder aus dem Plan heraus genommen. Heute muss ein Dr. Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler gemeinsam mit Vizekanzler Gorbach auf Initiative von unserem Landeshauptmann diese Ausbaustrecken wieder in

den Plan aufnehmen und die Fehler der sozialdemokratischen Vergangenheit ausgleichen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Pendler in Niederösterreich können sich auf die Verkehrspolitik unseres Landeshauptmannes Dr. Erwin Pröll auch in Zukunft verlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Pendlerlos – Verkehrssituation in Niederösterreich“ für beendet.

Ich ersuche nun Frau Abgeordnete Adensamer, die Verhandlungen zu Ltg. 560/B-20 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Adensamer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 560/B-20, NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission.

Die Vorlage befindet sich in den Händen der Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten und daher komme ich zum Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2003 bis 2005 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2003 bis 2005 wird zur Kenntnis genommen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche um Einleitung der Debatte und Durchführung der Abstimmung.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich danke für Bericht und Antrag und erteile Frau Abgeordneter Mag. Renner das Wort.

Abg. Mag. Renner (SPÖ): Werter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich in der gebotenen Kürze zum Tätigkeitsbericht der NÖ Bediensteten-Schutzkommission äußern. Vorweg sei gesagt, dass die Kommission ihre Wahrnehmungen selbstverständlich in Abstimmung mit den Evaluierungsergebnissen der Abteilung Gebäudeverwaltung, Bedienste-

tenschutz, abstimmt und insofern zu einem gesamten Ergebnis kommt, das sicher von größerer Bedeutung ist als wenn sich die Kommission allein mit diesem Thema beschäftigen würde.

Das Hauptaugenmerk richtet sich unter anderem auf die Themen Brandschutz, Ergonomie, Maschinensicherheit sowie den Umgang mit gefährlichen Stoffen. Den Brandschutz betreffend ist hervorzuheben, dass es nunmehr doch nach längerer Anlaufzeit geschafft wurde, in allen Dienststellen einen Brandschutzbeauftragten zu installieren. Geeignete Brandschutzpläne sowie Brandschutzordnungen sind zum Teil noch beizubringen bzw. in Ausarbeitung. Und an dieser Stelle möchte ich im Namen unserer Fraktion noch einfordern, dass man dies vielleicht etwas beschleunigt. Denn im Notfall ist es zu spät, wenn es eine Brandschutzordnung in Ausarbeitung gibt und die nicht verfügbar ist. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Übungen, die sehr mangelhaft noch durchgeführt werden. Und das ist im Notfall dann wirklich zu spät.

Die Kommission fordert unseres Erachtens zu Recht eben die Abhaltung vermehrter Übungen für den Ernstfall. Ein weiterer Schwerpunkt des Tätigkeitsberichtes beschäftigt sich mit der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei auch hier noch weitere Aufklärungsarbeit zu leisten ist bezüglich der Arbeitsplatzgestaltung, Bildschirmarbeit, Sitzplatzgestaltung etc., um hier allfälligen Krankheitsbildern vorzubeugen.

Des weiteren wird den Kolleginnen und Kollegen der Umgang mit Maschinensicherheit und gefährlichen Arbeitsstoffen näher erläutert. Und auch hier konnten laufend Fortschritte erzielt werden. Ein permanentes Überprüfen sowie ein natürlich erfolgenden Nachrüsten mit neuem Gerät und mit neuen Maschinen in der NÖ Straßenverwaltung ist weiter zu verfolgen.

Geschätzte Damen und Herren, die NÖ Bedienstetenschutz-Kommission hat über 100 Überprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigen und rechtfertigen die Einrichtung dieser Kommission. Wie ich erläutert habe, sind die Anregungen, wie es in Hinkunft weiter gehen kann und welche Erfordernisse noch weiter zu verfolgen sind, habe ich schon angeführt. Wir wünschen im Sinne der Gesundheit und des Schutzes der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter alles Gute und viel Erfolg für die Zukunft. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Ing. Rennhofer zu Wort.

Abg. Ing. Rennhofer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die NÖ Bedienstetenschutz-Kommission wird auf die Dauer von fünf Jahren von der Landesregierung bestellt. Und zweimal in der Funktionsperiode ist sie eingeladen, einen Bericht abzugeben. Einen Bericht in zweifacher Hinsicht. Einmal einen Bericht in Richtung Wahrnehmungen und einen auch im Hinblick auf die Tätigkeit der Kommission.

In der heutigen Sitzung haben wir den Bericht für den Zeitraum der Jahre 2003 bis 2005 vorliegen. Und die Themen, denen sich der Bericht widmet, wurden teilweise schon kurz angesprochen. Der Bereich Brandschutz, der Bereich Ergonomie am Arbeitsplatz, aber auch Umgang mit gefährlichen Stoffen, mit gefährlichen Arbeitsstoffen.

Inhaltlich zeigt der Bericht, dass im Brandschutz bereits sehr, sehr viel Fortschritt gemacht wurde. In allen Dienststellen, in allen Bereichen gibt es Brandschutzbeauftragte, wurden sie namhaft gemacht. Die Brandschutzbeauftragten wurden geschult, mit ihren Aufgaben vertraut gemacht und errichtet und eingesetzt. Es ist damit ein großer Schritt gelungen.

Sehr hilfreich war hier sicher der Musterbrandschutzplan, den die Bedienstetenschutzkommission zur Verfügung gestellt hat. Die Brandschutzpläne sind also praktisch fertig und in Realisierung. Der bauliche Brandschutz ist auf einem sehr hohen Niveau laut Bericht und wird ständig verbessert. Und sogar in den alten Gebäuden gibt's nur ganz wenig oder Kleinigkeiten, die zu bemängeln sind.

Ich meine, das zeigt auch, dass die Bedienstetenschutzkommission Wirkung zeigt. Das hohe Niveau und der Fortschritt in vielen Bereichen beweist dies klar und lässt dies ablesen. Und der Bericht weist auch aus, dass die Anregungen der Kommission großteils sehr rasch umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Trotz der erfolgreichen Tätigkeit im Bedienstetenschutz ist das natürlich auch ein Prozess für die Zukunft, ein Entwicklungsprozess. In einer Zeit rascher Veränderungen in den Arbeitsabläufen ist die ständige und laufende Information der Mitarbeiter und Bediensteten über Vorbeugung, über Ergonomie, über Gesundheitsschutz angebracht. Die Mitarbeiter sind zu motivieren, auch zum eigenen Schutz selbst mitzuwirken, mitzudenken. Und das ist eine der wichtigen Aufgaben im Weiterentwicklungsprozess des Bedienstetenschutzes. Es ist ja nicht Selbstzweck,

sondern es geht wirklich um den Schutz unserer Bediensteten. Und hier ist viel Motivation erforderlich. Das geht auch aus dem Bericht hervor. Motivation, aber wohin, in welche Richtung soll sie führen?

Nun, einerseits ist es vorgesehen und sollen die Mitarbeiter motiviert werden, die notwendigen und vorhandenen Schutzeinrichtungen auch zu verwenden. Andererseits die eigenen Arbeitsweisen zu analysieren, gewohnte Arbeitsweisen zu verändern und zu verbessern.

Und das Land Niederösterreich als Dienstgeber hat hier in diesem Bereich viel an Motivation und Information anzubieten. Ich sage Ihnen ein Beispiel dazu: Für jede und jeden leicht abrufbarer Informationen über Gestaltung des Bildschirmarbeitsplatzes. Worum geht es da? Was kann die oder der Bedienstete selbst gestalten, selbst mitgestalten? Worauf sollte man im alltäglichen Arbeitsleben achten? Das sind nur einige Beispiele. Es geht weiter, es geht bis hin zur Aktion Fitness am Arbeitsplatz, 10 Minuten für ihre Gesundheit. Ganz einfach um wieder frische Energie zu tanken.

Meine Damen und Herren! Erwähnenswert und ganz wichtig erscheint mir auch der Abschluss der Betriebsvereinbarungen, die gemeinsam mit der Personalvertretung hier ausgearbeitet wurden und im besten Einvernehmen erstellt wurden. Ein Beispiel die Betriebsvereinbarung Impfen. Sie sehen daher, der Bericht und die Begleitmaßnahmen zeigen eine gute Entwicklung im NÖ Bedienstetenschutz, zeigen eine positive Entwicklung. Genau das spiegelt sich im Bericht wider und wir werden daher diesem Bericht sehr gerne zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Adensamer (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Es wird darauf verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 560/B-20:)* Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, die Verhandlungen zu Ltg. 554/R-3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur 15. Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz 1976, Ltg. 554/R-3.

In dieser Novelle erfolgten kleine Anpassungen beim Raumordnungsbeirat, eine Neuakzentuierung bei den regionalen Raumordnungsprogrammen sowie eine Behebung von Zitatfehlern und einige sprachliche Korrekturen und Klarstellungen. Ich bringe daher den Antrag des Bau-Ausschusses vor über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident, ich bitte um Debatte und Abstimmung.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Eigner.

Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Geschätzte Kollegen aus dem Hohen Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Raumordnung ist die vorausschauende Gestaltung eines Gebietes zur bestmöglichen Nutzung, aber auch zur Sicherung unseres Lebensraumes. Dabei kommt den Regionen große Bedeutung zu. Regionen, die sich als zusammenhängendes Gebiet mit gleichartigen Problemen oder Funktionszusammengehörigkeiten darstellen. Nun, das Raumordnungsgesetz 1976 hat uns bislang gute Dienste erwiesen. Dennoch, durch geänderte Verhältnisse sind immer wieder Korrekturen bzw. Klarstellungen vorzunehmen.

Die 15. Novelle des Raumordnungsgesetzes stellt eine solche Korrektur dar. Klarzustellen ist vorweg, dass keine Änderungen im Bereich der Kompetenzen davon betroffen sind. Die Gemeinden bleiben in ihrer Kompetenz im eigenen Bereich bestehen sowie die Landesregierung im übergeordneten Bereich.

Betroffen sind einige Punkte, die ich jetzt taxativ aufzählen möchte. Die Bruttogeschoßfläche ist ein wichtiges Steuerungselement wenn wir eine entsprechende Begrenzung einführen wollen. Es ist eine Klarstellung notwendig, für mehrere Betriebe in einer Anlage muss die Bruttogeschoßfläche adiiert werden.

Die Bruttogeschoßfläche von Handelsbetrieben darf innerhalb von geschlossenen, bebauten Ortsgebieten maximal 1.000 Quadratmeter betragen. Ausgenommen sind davon Widmungen mit Bau-land Kerngebiet Handelseinrichtung.

Künftig sollen auch regionale Raumordnungsprogramme nicht mehr flächendeckend auszuarbeiten sein, sondern nur mehr dort wo sie auch planlich erforderlich sind. Hinsichtlich des Raumordnungsbeirates konnten diese aus der Mitte ihrer Mitglieder Ausschüsse bilden. Da aber in letzter Zeit kaum Bedarf dafür bestand, oft dadurch nur Verfahren verzögert wurden, wurden diese obsolet. Das heißt, der ganze § 8a wurde aus dem Gesetztext herausgenommen.

Es gibt auch Klarstellung hinsichtlich der land- und forstwirtschaftlichen Hofstellen. Hier sind künftig auch Neubauten für eigene Wohngebäude und auch für Fremdenzimmer möglich. Der „Urlaub am Bauernhof“ ist uns allen ja ein Begriff.

Auch bei Campingplätzen soll eine Änderung kommen. Und zwar sollen auch jene Flächen, die unterhalb des hundertjährigen Hochwasserlevels, unter dem Hqu 100 liegen, bewilligbar sein. Aber nur dann, wenn keine Dauercamper dort zugelassen sind oder wenn sichergestellt ist, dass eine rechtzeitige Evakuierung im Überflutungsfall möglich ist.

Künftig sollen auch vereinfachte Flächenwidmungspläne nicht mehr geändert werden dürfen. Zu dem kommt es jetzt durch die Änderungen auch der 14. Novelle zu alten, überholten Widmungen. Einkaufszentrum gibt es nicht mehr, Fachmarktzentrum gibt es nicht mehr. Für alle jene Flächen soll nunmehr ein Bauverbot erlassen werden so lange bis die Gemeinde eine neue Widmung festgelegt hat.

Ich glaube, dass diese Abänderungen alle wichtig und notwendig sind. Und wir werden unsere Zustimmung zu diesem Gesetzesentwurf geben. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich darf mitteilen, dass für die weitere Sitzung Frau Abgeordnete Dr.

Krismer-Huber sich entschuldigt hat. Als nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Mein Vorredner hat ja bereits inhaltlich ausgeführt diese 15. Novelle, die Änderung des Raumordnungsgesetzes. Die Inhalte bei der Zahl 13, wo es um die Änderung geht, das ist, würde ich sagen, das ist keine Änderung hier im landwirtschaftlichen Bereich, sondern es ist nur eine ... Inhaltlich gibt's gar keine Änderung, sondern es ist ein bisschen was sprachlich geändert worden. Also das war vorher schon so, dass Grünland Land- und Forstwirtschaft einerseits und die forstwirtschaftlichen Hofstellen andererseits hier so geregelt wurden. Und das möchte ich auch sagen, dass das in Ordnung ist.

Es gibt einige Dinge, die auf alle Fälle berechtigt sind oder die Art der Vertretung auf Grund der Parteien, speziell ÖVP und SPÖ, gewünscht sind. Dass der Raumordnungsbeirat in Zukunft nach der Zusammensetzung des jeweiligen Stärkeverhältnisses in der Regierung passiert mit der Begründung, dass hier die Regierung beraten wird, würde sagen, das ist natürlich ein Einschnitt in die Kompetenz des Landtages. Ist daher von mir überhaupt nicht zu begrüßen und auch zuzustimmen. Und im Allgemeinen ich sowieso darauf hinweisen möchte, dass im Raumordnungsgesetz noch immer Dinge vorhanden sind, die aus Sicht der Freiheitlichen nicht dem entsprechen das ich mir persönlich und auch viele Bürger wünschen würden.

Ich verweise hier auf die von uns immer geforderte Parteienstellung im Widmungsverfahren, Parteienstellung der Grundbesitzer. Die ist leider Gottes in diesem Gesetz nicht drinnen. Ich würde mir wünschen, dass hier die Liegenschafts- und Grundbesitzer stärkere Rechte hätten. Genauso wie die Verständigung der betroffenen Liegenschaftsbesitzer bei Umwidmungen. Es steht zwar im Gesetz drinnen, es ist hineingenommen worden dass sie zu verständigen sind. Aber es steht dann weiter drinnen, und wenn das unterlassen wird von der Gemeinde, dann passiert auch wieder nichts.

Also wenn ich ein Gesetz machen will, sage, das ist verboten, aber wenn du es als Bürgermeister trotzdem nicht tust, und ich könnte euch jetzt – Zeit habe ich nicht so viel – aber sofort 50, 100 Beispiele aufzählen, wo Bürgermeister das bewusst nicht tun. Weil sie Änderungen vornehmen, die nicht in Ordnung sind. Ja, aber das ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn ich euch 100 Fälle von der ÖVP, 100 Fälle von der SPÖ, sind dann 200 Fälle. Das dauert ein bisschen lange.

Daher glaube ich, dass es wichtig wäre, wenn man schon Änderungen macht, dass man auch die Rechte und die Standpunkte der Bürger ernst nimmt. Und ich halte sehr viel davon, dass man Bürgerrechte stärkt, weil es ja kein Widerspruch dazu ist, dass ich deswegen hier bei Umwidmungsverfahren Nachteile erhalte. Weil, wo ist das Problem, dass ich in ein Gesetz hineinschreibe, ... ist nachweislich zu verständigen? Und wenn er es nicht tut, dann wird es zu einer Neuauflage der Umwidmung kommen. Könnte ich jederzeit vornehmen. Dann wird kein Bürgermeister hergehen und wird bewusst versuchen, den Liegenschaftseigentümer nicht zu verständigen. Nur, wenn ich das so vage mache, dann ist natürlich dem Tür und Tor geöffnet.

Zur Parteienstellung ist in diesem Land schon oft und lang diskutiert worden. Ich kann mich nur erinnern, wie ich als frisch gebackener Landtagsabgeordneter hier war, haben wir über das schon diskutiert. Ich weiß schon, dass die mächtigen Bürgermeister am liebsten haben dass gar keiner mitreden kann außer er selber wenn es um sein eigenes Grundstück geht. Aber es gibt ja Bürger, die nicht jeden Tag pilgern und schaut, wo passiert was, ist es angeschlagen, wird mir jetzt was rückgewidmet. Ich werde jetzt nur ein Beispiel nennen damit ihr wisst was ich meine und wovon ich spreche.

Da hat es eine Umwidmung gegeben eines Bürgermeisters, der hat ganz einfach den nicht wollen und hat ihm sein Bauland in Grünland zurückgewidmet. Hat alle verständigt in der ganzen Gemeinde, die hier in diesem Widmungsbereich betroffen waren. Nur den einen natürlich nicht. Ist ihm auch nichts passiert. Und der ist nicht ständig hingegangen und hat es nicht ausgehängt. Dann bin ich zu dem Bürgermeister gegangen - natürlich ein ÖVP-ler, weil die tun ja das liebend gerne und vom Bauernbund auch noch, weil das machen sie noch lieber, so Dinge - und habe gesagt, lieber Bürgermeister, das kannst du doch nicht machen. Ich mein', jetzt musst du zahlen. Weil das steht im Raumordnungsgesetz bewusst drinnen dass du für den Schaden aufkommen musst. Weil zweieinhalb Jahre haben wir herum getan, jetzt gibt's Gottseidank das Gerichtsurteil und jetzt muss er zahlen. Und das sind die Dinge, die nicht in Ordnung sind. Und die sollte man rechtlich ändern.

Daher glaube ich, wenn man schon Novellen macht, immer wieder unsere Forderung, sollte man

auf das auch eingehen. Bürgerrechte sind Rechte, die ernst zu nehmen sind. Denn der Bürger letztendlich, von dem Bürger und dem Volk geht das Recht aus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eine sehr kleine Raumordnungsnovelle, der wir auch zustimmen können. Es sind mehr oder minder geringe Änderungen. Das heißt nicht, dass wir mit allem was sonst im Raumordnungsgesetz drinnen steht, einverstanden sind. Das wissen Sie ja. Aber das, was hier geändert wird, dem können wir unsere Zustimmung durchaus geben.

Ich darf aber die Gelegenheit nützen, um doch einen Fall, einen konkreten Fall anzusprechen, bei dem die konkrete Raumordnung oder wenn Sie so wollen Flächenwidmungspolitik in einer Gemeinde, aber letztlich auch natürlich in der Landesregierung sehr zu wünschen übrig lässt. Und woran man sieht, wie die Raumordnungspraxis in Niederösterreich manchmal funktioniert. Und ich werde das Gefühl nicht los, dass sie umso wirtschaftsfreundlicher wird und vielleicht auch umso bürgerfeindlicher seit sich das Ressort in die Hände des Wirtschaftslandesrates begeben hat.

Es beginnt zunächst ganz harmlos. Es soll in der niederösterreichischen Gemeinde Strasshof 15 Hektar Ackerland, Grünland umgewidmet werden in Bauland-Sondergebiet, in eine Bildungs- und Forschungseinrichtung. Ein guter Zweck, auch hier eine neue Bildungseinrichtung, die sogenannte Marchfeld-Akademie. Lehrgänge in Technologie, Wirtschaft und Tourismus und ein Campus sind dort geplant. An und für sich überhaupt nichts Schlechtes.

Wenn man aber genauer hinter die Kulissen blickt und hinter das Gesamtprojekt das dort gemacht werden soll, dann kommt man drauf, dass da eine Salamiaktik erster Ordnung angewendet wird, die allen Grundsätzen der Raumordnung widerspricht. In Wahrheit handelt es sich nämlich dort um ein 2,4 Quadratkilometer großes Gebiet, einen Industrie- und Gewerbepark, der scheinbar Stück für Stück umgewidmet werden soll wie es gerade gefällt. Und dann zu einem riesigen Projektgebiet ausgebaut werden soll.

Ich habe mir das da mitgenommen. Da lesen Sie. *(Zeigt Papier.)* Und zwar geht es dann darum,

dieser Technologie- und Gewerbepark, angeblich der größte in Österreich, heißt Gewerbe- und Industriepark Wien-Nordost in Strasshof. Und er, und jetzt zitiere ich, eröffnet ihnen und ihrem Unternehmen – es ist nämlich natürlich an die Unternehmer gerichtet – die Freiheit praktisch grenzenloser Entwicklungsmöglichkeiten. Auf einer Gesamtfläche von 2,4 Quadratkilometern bietet er einzigartige Entfaltungschancen sowohl in der Größe als auch in der Gestaltung. Das heißt, es wird hier Werbung gemacht mit einem zweieinhalb Quadratmeter großen Gebiet, das zu einem Wirtschafts-, Technologie-, Industrie- und Gewerbepark umgewidmet werden soll oder hergestellt werden soll. Und es wird scheinbar- und schrittweise umgewidmet sodass dagegen nichts unternommen werden kann und unternommen werden soll. Und das ist meiner Ansicht nach schon ein schweres Versäumnis. Denn das missachtet dann sehr wohl die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Menschen die dort leben. Wenn man sich das Schaubild in diesem Prospekt anschaut, dann ist natürlich dieses jetzt zur Umwidmung stehende, dieses kleine Gebiet das hier zur Umwidmung steht, nicht weiter schlimm und auch an und für sich für sich durchaus in Ordnung.

Wenn man sich aber anschaut, es wird selbstverständlich schon mit der B8 gerechnet, die wird so quer eingezeichnet, quer über die Häuser drüber. Daneben sind die anderen, viel größeren Gebiete, die dann zur Verfügung stehen sollen. Und es steht ganz unumwunden hier das Projekt GIP, Gewerbe- und Industriepark Wien-Nordost, erstreckt sich derzeit auf insgesamt fünf Projektflächen mit einer Gesamtfläche von rund 240 Hektar. Vom größten Entwicklungsprojekt Österreichs wird dort gesprochen.

Also: Zur Debatte steht ein 15 Hektar großes Gebiet wo eine Akademie gegründet werden soll, zur Umwidmung. Und in Wirklichkeit ist es Teil eines riesigen Projektes und es gibt keinerlei Grundlagenforschung in der Raumordnung, die nur irgendwie auf dieses Projekt eingeht.

Die Konsequenzen für die Marktgemeinde werden nicht untersucht. Dass da innerhalb von 10 Jahren die Bevölkerung, dass die Bevölkerung hier anwächst um gut 50 Prozent. Dass hier 2.000 Arbeitsplätze „geschaffen werden“ sollen unter Anführungszeichen, was ja durchaus begrüßenswert ist. Aber was das für Auswirkungen für diese Gemeinde dort hat, für die Wohnsiedlungen, für die Wohnbevölkerung, das wird nicht einmal diskutiert. Dass dort in 10 Jahren vielleicht nicht 9.000, sondern 13.000 bis 14.000 Menschen ihre Wohnung finden sollen. Dass sich die Bautätigkeit entspre-

chend entwickelt, dass Infrastruktur errichtet werden muss und vieles mehr.

Und die Bevölkerung wünscht sich nichts anderes als Anwendung des § 13 im Raumordnungsgesetz, der für das örtliche Raumordnungsprogramm, das dort geändert werden soll, feststellt, das örtliche Raumordnungsprogramm hat Planungsziele zu definieren, Maßnahmen zu bezeichnen mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Es hat ein Entwicklungskonzept vorzulegen, es hat Grundlagenforschung zu erstellen. Naturräumliche Gegebenheiten, Grundausrüstung, Betriebsstättenplan, bauliche Bestandsaufnahmen, Verkehrskonzept usw. All das braucht man nicht in Strasshof! Wozu? Wir widmen einfach Salami-Taktik-artig um und die Geschichte wird schon gut gehen.

Und besonders interessant ist, dass sich diese Bürgerinitiative, die sich dort berechtigterweise gebildet hat, sich dann an den zuständigen Herrn Landesrat, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gabmann gewendet hat. Und ihm versucht hat zu erklären, dass das eben kein 15 Hektar Acker ist der in Sondergebiet umgewidmet wird, sondern dass da der größte Technologiepark Europas, oder zumindest Österreichs, entsteht. Und das will man im Ressort Gabmann nicht glauben und richtet den Herrschaften aus, das stimmt alles nicht, da habt ihr euch getäuscht, das ist ja in Wirklichkeit nur dieser eine Acker.

Und da frage ich mich schon: Wie geht dieses Ressort vor? Was sind hier die Entscheidungskriterien? Es haben die Planer selbst sogar empfohlen, die entsprechende Grundlagenforschung zu betreiben. Keine Rede davon! Die Gemeinde hat dem Land mitgeteilt, wir brauchen das nicht und das Land hat kein sprichwörtliches Ohrwaschl gerührt.

Und da sagen wir schon, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gabmann wird sich entscheiden müssen. Macht er Raumordnungspolitik ausschließlich für die Entfaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft? Oder ist er zumindest so weit, dass er die Entfaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft auch quer schneidet oder verschneidet zugunsten der Bedürfnisse der Bevölkerung und die Auswirkungen auf die Bevölkerung versucht auch zu untersuchen? Denn eines ist natürlich klar: Raumordnung ist schön und gut. Wirtschaftsentwicklung ist schön und gut. Aber wenn es auf Kosten der Menschen geht, dann sind wir wieder bei einem Problem, dass die Infrastruktur über die Menschen drüber fährt. Und das soll ja Raumordnung nicht sein.

Daher glauben wir, es müsste hier das zumindest das Raumordnungsgesetz angewendet wer-

den, vernünftig angewendet werden und den Menschen muss dort zu ihrem Recht verholfen werden. Und wir hoffen sehr auf einen Gesinnungswandel beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter und dass er sich dieser Sache annimmt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Jahrmann zu Wort.

Abg. Jahrmann (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir behandeln heute hier im wahrsten Sinne des Wortes eine kleine Novelle zum Raumordnungsgesetz. Betrifft kleine Anpassungen im Raumordnungsbeirat, Behebung von Zitatfehler und sprachliche Klarstellungen, Auslegungsprobleme in der Praxis sollen beseitigt werden. In einer Art überparteilichen Zusammenarbeit hat Herr Kollege Eigner bereits den ersten Teil meiner Rede vorweggenommen.

Daher kann ich mich auf zwei Dinge beschränken, die mir in diesem Zusammenhang sehr am Herzen liegen. Zum Ersten die Aussagen von Herrn Kollegen Waldhäusl, der gemeint hat, die Bürgerrechte würden hier mit Füßen getreten bzw. nicht entsprechend berücksichtigt. Weil man nämlich bei Widmungsvorgängen von Seiten der Bürgermeister, die ja eines seiner Lieblingsangriffsobjekte sind, hier in einer Art Gewaltherrschaft die Bürger vom Recht fern hält. Also, lieber Kollege Waldhäusl, ich kenne aus meinem Bekanntenkreis sozialdemokratischer Bürgermeister keinen einzigen, der irgend jemanden nicht verständigt hätte, wenn eine gravierende Widmungsänderung eines seiner Besitztümer betroffen hätte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und es wäre auch unklug, einen Bürger nicht zu verständigen. Denn die Probleme, die man hinterher hätte bis zu einer Klage vor irgendwelchen Gerichten, denen kann man damit aus dem Weg gehen. Es hat jeder Bürger das Recht, bei einer aufgelegten Flächenwidmungsplanänderung dort Einschau zu nehmen, seine Meinung kund zu tun. Das wird dem Sachverständigen mitgeteilt. Der gibt eine Empfehlung, die wird dann im Gemeinderat demokratisch besprochen. Und ich denke, dass hier jeder Bürger bei Umwidmungen einen entsprechenden Zugang zum Recht hat.

Und auch eine von mir schon mehrfach vorgelegte Meinung: Falls die Bürger der Meinung sind, dass Bürgermeister dieses „Recht“ des Fernhaltens von Informationen von Bürgern über Gebühr in Anspruch nehmen, dann gibt es alle fünf Jahre bitte eine Volksbefragung namens Gemeinderatswahl. Und dort kann der Bürger zum zweiten

Mal seine Unzufriedenheit mit dem Bürgermeister oder mit der entsprechenden Mehrheitspartei kund tun. Also ich denke, dass hier, wie du das darstellst, das Recht der Bürger nicht so mit Füßen getreten wird wie es nach deinen Worten den Anschein hat.

Ich darf aber auch in dem Zusammenhang eine andere Anregung einbringen. Es gibt für die Festlegung von Zentrumszonen bei der Durchsicht dieser Novelle eine Grenze von 1.800 Einwohner. Das ist eine Grenze, die fachlich nicht begründet ist. Ich kenne Fälle zum Beispiel in meinem Geburtsort in Spitz a.d. Donau, wo die Einwohnerzahl 1.750 beträgt. Dort hat die funktionierende Einheit von mehreren Versorgungsbetrieben eine Bruttogeschoßfläche von etwa 900 Quadratmeter. Nun wird ein Projekt angedacht, das etwa 200 Quadratmeter Fläche braucht. Das ist bei der derzeit festgelegten Gesetzesregelung nicht möglich. Also hier müsste man zumindest ein Umdenken einleiten. Wobei ich nicht meine, dass eine Abschaffung dieser Bestimmung zielführend wäre. Ich denke aber doch, dass man eine Untersuchung einleiten müsste und diese willkürlich festgesetzte Grenze von 1.800 Einwohnern tatsächlich den Gegebenheiten und den Erfordernissen anpasst. Natürlich, das ist ein Spezialfall, das gebe ich schon zu. Aber ein gutes Gesetz sollte auch für solche Spezialfälle Gültigkeit haben.

Es gibt auch keine Erfahrungswerte und ich bitte, diese Anregung bei einer allfälligen künftigen Novellierung des Raumordnungsgesetzes zu berücksichtigen. Im Übrigen wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion diesem Entwurf selbstverständlich zustimmen, weil wir immer für eine konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der niederösterreichischen Bürger bereit sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Grandl.

Abg. Grandl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus!

Es wurde ja schon mehrmals angesprochen, dass es sich hier um eine relativ kleine Novelle handelt. Trotzdem möchte ich ein paar Punkte beleuchten, die für uns auch in Zukunft wichtig sein werden.

In dieser Novelle steht auch drinnen, dass regionale Raumordnungsprogramme planbar sein sollen. Was heißt das? Planbar heißt, dass es dort, wo es wirklich notwendig ist, wo man vorausschauend planen kann, dass dort ein Raumordnungsprogramm, ein regionales Raumordnungsprogramm

entsteht. Das hat nämlich immer zwei Seiten, planen. Man kann sich selbst so viel Plan auferlegen, dass man für zukünftige Entwicklungen, die man nicht vorhersehen konnte, dann keinen Platz mehr hat. Daher ist es immer mit Vorsicht zu genießen, in ein Raumordnungsprogramm, ob örtlich oder überörtlich, derart viele Dinge zu verpacken und dann, wenn sich eine andere Entwicklung herausstellt, die aber für die Gemeinde oder für die Region sich als positiv erweisen würde, dann mit Plänen verhindert werden kann. Daher ist ein Raumordnungsprogramm immer sehr, sehr gut zu überdenken.

Und der zweite Punkt, den man auch nicht außer Acht lassen sollte, dass er in überschaubaren Einheiten beschlossen wird, dieser Plan oder dieses Raumordnungsprogramm. Denn alles was zu groß wird, ist meistens dann ein Hindernis für die tatsächliche Entwicklung.

Was sind die Ziele? Die Ziele sind ganz kurz genannt die Erhaltung und Nutzung der Naturräume. Naja, selbstverständlich. Gerade wenn ich es aus der Landwirtschaft her betrachte sind auch wir interessiert dass wir die Naturräume so gut als möglich erhalten. Dass sie auf der einen Seite bewirtschaftbar sind und auf der anderen Seite auch nachhaltig bewirtschaftet werden können. Und das hängt schon wieder zusammen damit, mit welchen Betriebsgrößen wir in der Landwirtschaft in Zukunft auch zu rechnen haben. Wir wissen, dass sich in der Vergangenheit auch hier sehr viel verändert hat.

Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur. Das betrifft wieder mehr die Gemeinden. Die Gemeinden müssen interessiert sein, dass sie ihre Siedlungsstruktur, egal was immer das ist, ob es sich hier um Wohnbau, ob es sich um Gewerbe oder ob es sich um Industrie handelt, sie sind hier gefordert die richtigen Pläne und Strategien an den Tag zu legen, damit Entwicklung regionaler Siedlungsstruktur auch in Zukunft machbar ist und machbar wird.

Die Standorte für Gewerbe und Industrie habe ich beleuchtet. Aber es gibt einen Punkt, der noch etwas schwerer zu beleuchten ist oder vorzusehen ist. Das ist die Entwicklung des Tourismus. Tourismus ist nämlich nicht nur von der Landschaft oder von der Lage abhängig, Tourismus hat ein Problem - und wir sehen das in manchen Gebieten - dass es sehr viel vom persönlichen Engagement abhängig ist. Ich brauche nur in meiner Umgebung das Labental hernehmen. Das Labental ist nicht schöner und nicht schlechter optisch betrachtet als andere Täler. Nur, dort haben sich eben Persönlichkeiten heraus entwickelt, die mit Hotelbauten den

Tourismus richtig angekurbelt haben. Da kann man aber nicht im Vorhinein sagen, ob das irgendwo in einer Region entsteht, sondern dort haben wir wirklich das Problem, dass oft die Initiativen von Haus aus fehlen. Und es wäre daher unsinnig, über den Tourismus ein großflächiges Raumordnungsprogramm drüberzulegen. Wenn es entsteht muss es unterstützt werden und damit sind wir natürlich auch auf dem besten Wege.

Das Gleiche gilt für Urlaub am Bauernhof. Auch hier muss das persönliche Engagement dahinter stehen. Denn wer mit den Menschen nicht umgehen kann oder nicht umgehen will, darf keinen Urlaub am Bauernhof betreiben. Andererseits, wer diese Fähigkeiten besitzt, der kann es sehr wohl. Daher kann man auch hier in diesem Bereich keine richtigen Vorausplanungen planlich oder auch gesetzlich festlegen.

Nachdem, wie gesagt, das heute eine kleine Novelle ist, und wie auch schon allseits bekannt ist, das Raumordnungsgesetz überhaupt neu erarbeitet werden soll und im Laufe des Jahres dies geschehen soll, sind wir alle gefordert – egal ob Landtagsabgeordnete, ob Bürgermeister, ob Tourismusverbände – sind wir alle gefordert unsere Ideen einzubringen. Und dieses Gesetz, das ja ursprünglich als Stammgesetz 1976 beschlossen wurde, dieses Gesetz neu erstehen zu lassen. Dazu bedarf es natürlich unserer Ideen, damit wir auch für die Zukunft dann wieder ein modernes, aber auch ein flexibles Raumordnungsgesetz schaffen können.

Ich möchte aber ein paar Worte, weil es so gut dazu passt, die heute hier gefallen sind, auf Wortmeldungen möchte ich antworten. Da geht's um die Wortmeldung vom Herrn Landtagsabgeordneten und Bürgermeister Kollegen Thumpser. Ich mein', es ist mir schon klar, dass das Pendlerlos ein Anliegen ist das alle betrifft. *(Abg. Thumpser: Wir reden jetzt über die Raumordnung!)* Ja, wir reden von der Raumordnung und ich möchte die Raumordnung auch hier beleuchten.

Wie Sie wissen, sind Straßennetze auch in der Raumordnung verankert oder man muss sie wenigstens im regionalen Raumordnungsprogramm mit berücksichtigen. In Traisen hat man sehr wenig Unterstützung für die B 334 gegeben. Das hat der Bürgermeister oder auch Bundesrat Bader mir gesagt, dass die Unterstützung sehr gering gewesen ist. *(Abg. Thumpser: Das ist ein Kommunikationsproblem!)*

Obwohl die B 334 ein äußerst notwendiges Projekt ist. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Damit auch aus dem Hinterland, sprich südlich von

Traisen, die Menschen schneller pendeln können. Denn sie müssen pendeln. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Noch ein bisschen schlimmer steht's aber in der zweiten Gemeinde. Auch die ist SPÖ-dominiert, das ist Wilhelmsburg. Wer Wilhelmsburg kennt, der weiß, dass in Wilhelmsburg vor zwei Jahrzehnten in etwa eine Umfahrung geschaffen wurde. Und ich fahre dort wöchentlich einige Male vorbei: Diese Umfahrung ist auf der zweiten Seite wieder verwidmet worden. *(Abg. Thumpser: Ich weiß!)* Herr Kollege, du weißt es, du musst ja selber vorbei fahren.

Diese Umfahrung in Wilhelmsburg ist links und rechts komplett verwidmet. Die Frage ist jetzt, wenn die B 334 bis Wilhelmsburg-Nord, und das ist im Bundesstraßengesetz mit Ministerrat jetzt verankert, gebaut wird, stellt sich die Frage, wo bauen wir sie dann weiter? Auch das ist Raumordnung und das ist in Zukunft gefordert. *(Abg. Thumpser: Kennst du den Raumordnungsplan der Marktgemeinde Traisen?)*

Die Umfahrung in Traisen ist nichts anderes als, wie mir die anderen Bürgermeister sagen, wenn ich Flächen frei lasse, die einer Nachbargemeinde gehören, dann ist das auch eine Raumordnung. So kann man es auch machen. Aber die B 334 ist ein großes Problem, weil auch Wilhelmsburg keine Flächen frei gehalten hat. Kennst du das? *(Abg. Thumpser: Wir haben es!)* Wo sind sie denn? *(Abg. Weninger: Im Flächenwidmungsplan!)* Im Flächenwidmungsplan! Nur, in dem Flächenwidmungsplan stehen Häuser dort. Das ist das große Problem. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Ja, die Gemeinde hat es genehmigt. Der Flächenwidmungsplan ist in der Regel Angelegenheit des Gemeinderates und des Bürgermeisters. Und wenn

ich eine Umfahrung links und rechts wieder verwidme, dann darf ich mich nicht wundern wenn es nicht funktioniert, so wie man das mit dem Verkehrsweg gerne hätte. Das zu dem einen.

Der Kollege Fasan hat das heute gesagt und da sind wir einer Meinung, dass die Verantwortlichkeit der Politik auf Landes- und Bundesebene nicht immer die Ausrede sein kann wenn ich auf Gemeindeebene meine Flächenwidmung nicht so gestalten wie sie gestaltet werden soll. Und das ist in diesen beiden Fällen leider Gottes der Fall.

Wir werden natürlich auch dann bei der Schaffung eines neuen Gesetzes alle gefordert sein, und das sind alle Fraktionen, und wir hoffen, dass man dann auch diese Ideen einbringen kann damit wir für die Zukunft ein gutes Gesetz haben. Denn eines ist sicher: Das beste Gesetz kann nicht die Weitsicht in der Gemeinde selbst ersetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Bau-Ausschusses, Ltg. 554/R-3:)* Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Mehrheit angenommen wurde. Gegen diesen Antrag hat die Freiheitliche Fraktion gestimmt.

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Ich schließe die Sitzung um 17.12 Uhr. *(Ende der Sitzung um 17.12 Uhr.)*